



4. Heft | 4. März 1915

## CARL LEGIEN · DIE GEWERKSCHAFTEN ALS ORGANE DES NATIONALEN WIRTSCHAFTSLEBENS

**W**IE Vorstellungen sich ändern, Ansichten wechseln können, lernt man aus dem Verhalten der offiziellen Kreise Deutschlands gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen während der Kriegszeit. Noch wenige Wochen vor dem Krieg galten fast allgemein die Gewerkschaften als ein Fremdkörper im Wirtschaftsleben Deutschlands. Der Ruf der Unternehmerorganisationen nach Einschränkung des Koalitionsrechts, der Versuch die Tätigkeit der Gewerkschaften durch die Verwaltungsorgane zu hemmen beweisen das. Unmittelbar nach Kriegsausbruch zeigte sich jedoch, daß die Gewerkschaften ganz etwas anderes waren als man in den anderen Kreisen angenommen hatte. Nicht als ein Hemmnis erwiesen sie sich bei der Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft sondern als ein sehr bedeutender Faktor zu deren Förderung. Es galt während des Krieges gewichtige Fragen zu lösen: die Verteilung der Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt, die Aufrechterhaltung der Konsumfähigkeit der Bevölkerung und die Anpassung der Volksmassen an die Notwendigkeiten, die durch die Kriegslage sich ergeben mußten. Nach einer Kriegsdauer von 7 Monaten läßt sich wohl sagen, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft Deutschlands den an sie gestellten Anforderungen haben gerecht werden können.

Die Verteilung der Arbeitskräfte, insbesondere derjenigen, die für die Erntearbeiten erforderlich waren, hätte sich unmöglich in so glatter Weise vollzogen, wenn keine gewerkschaftlichen Organisationen vorhanden gewesen wären. Die Aufforderung an die beschäftigungslosen Industriearbeiter der Städte Erntearbeit anzunehmen dürfte wenig Erfolg gehabt haben, wenn sie nur von wohlmeinenden Leuten oder von amtlichen Stellen ausgegangen wäre. Diesen würde, trotz guten Willens, kaum zum Verständnis gekommen sein, daß nicht Unlust zur Arbeit sondern ganz andere Momente den Widerwillen gegen die Annahme solcher Arbeit bei den Industriearbeitern hervorgerufen hätten. Es mag für Leute, die nicht unmittelbar mit der Arbeiterschaft in Berührung kommen, nicht leicht sein zu verstehen, welchen Wert der industrielle Arbeiter darauf legt die absolut freie Verfügung über seine Arbeitskraft zu haben. Diese wäre wesentlich eingeschränkt, wenn der Arbeitsvertrag für landwirtschaftliche Arbeiten nach den geltenden Gesetzen abgeschlossen worden wäre. Den Gewerkschaften

ist es zu danken, daß dieses Hemmnis behoben wurde, und die industrielle Arbeiterschaft bereitwillig ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellte, in einem höhern Maß sogar als sie gebraucht wurde.

In gleicher Weise regelte sich die Übernahme von Erdarbeiten in weit vom dem Wohnort der städtischen Arbeiter gelegenen Bezirken. Auch die Vermittlung besonders qualifizierter Industriearbeiter nach auswärtigen Arbeitsplätzen würde ohne Mitwirkung der Gewerkschaften kaum so einfach vonstatten gegangen sein. Bei rein mechanischer Arbeitsvermittlung kann den jeweiligen besonderen Bedürfnissen der Unternehmer nicht Rechnung getragen werden. Sodann aber bot die tarifliche Festlegung der Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften den nach auswärts vermittelten Arbeitern eine Garantie, daß ihre berechtigten Forderungen an der neuen Arbeitsstätte, zu der sie vielfach nur gelangen konnten, wenn sie den letzten Groschen für die Reise verwandten, erfüllt wurden. Welche Nachteile in kritischen Zeiten wie den gegenwärtigen durch den Mangel einer tariflichen Bindung der Arbeitsbedingungen entstehen können, hat sich in der Ausrüstungsindustrie gezeigt. Das Kriegsministerium hat sich schließlich veranlaßt gesehen die Hilfe der Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen, um in diesem Industriezweig Ordnung durch Festlegung eines Tarifs zu schaffen. Die gewerkschaftliche Schulung der Arbeitermassen ermöglichte den glatten Verlauf der Verteilung der Arbeitskräfte.

Deutlicher noch als auf diesem Gebiet zeigte sich der Wert der gewerkschaftlichen Organisationen bei der Erhaltung der Konsumfähigkeit der Bevölkerung. Bei Kriegsausbruch versuchten nicht wenige Unternehmer und leider auch Gemeindeverwaltungen die Arbeiter zu veranlassen mit geringeren Löhnen als den bisher üblichen sich zu begnügen. Eine den Fortgang der Volkswirtschaft durchaus hemmende Maßnahme. Verringerung der Löhne bedeutet Einschränkung des Konsums, in der weitem Wirkung somit Einschränkung der Produktion. Dem energischen Eingreifen der Gewerkschaften gelang es dieses volkswirtschaftlich gefährliche Vorgehen von Unternehmern vielfach zu verhindern. Desgleichen wurde im allgemeinen den gewerkschaftlichen Forderungen Folge gegeben nicht unbezahlte Arbeitskräfte zu beschäftigen und dadurch Arbeitern, die auf den Arbeitsverdienst angewiesen sind, um sich und ihre Familien zu erhalten, die Existenzmöglichkeit zu nehmen. Vor allen Dingen aber kam in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch die materielle Hilfe, die die Gewerkschaften ihren Mitgliedern gewährten, für die Aufrechterhaltung der Konsumfähigkeit großer Volksmassen in Betracht. Ehe Staat und Gemeinden die nötigen Vorarbeiten für die Gewährung der Beihilfen für die Familien der Kriegsteilnehmer erledigt hatten, war der dringendsten Not dieser Familien zum nicht geringen Teil durch die Hilfeleistung seitens der Gewerkschaften gesteuert. Die Arbeitslosenfürsorge lastete in den ersten Kriegswochen fast ausschließlich auf den Gewerkschaften. Sie ist auch heute noch keineswegs in dem Maß öffentlichrechtlich durchgeführt, daß sie den berechtigten Anforderungen entsprechen könnte. Zahlreiche Gemeinden halten auch jetzt noch eine geregelte Arbeitslosenfürsorge nicht für erforderlich. Auch heute noch bildet die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften einen großen Teil dessen, was die Bevölkerung, die keinen Erwerb finden kann, zur Aufrechterhaltung ihrer Konsumfähigkeit nötig hat.

Von der Anteilnahme der Organe der Gewerkschaften an den Organisationen und Maßnahmen zur Regelung des Konsums, von der Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle, von dem Wirken der Arbeitersekretariate sei nur nebenbei an dieser Stelle gesprochen. Der ganze organisatorische Aufbau der Gewerkschaften ermöglichte ihnen unvermittelt auf allen Gebieten des volkswirtschaftlichen Lebens tätig zu sein. Sie waren weder genötigt ihre Organisationsform zu ändern noch ihre Tendenz oder Grundsätze aufzugeben. Wenn sie während der Kriegszeit tun, was im Interesse der Gesamtheit von ihnen gefordert wird, so entspricht das ihrem innern Wesen, ihrem bisherigen Wirken. Dies ist von den Vertretern der Organisationen auch früher oft genug betont worden; nur stieß man sonst damit nicht auf Verständnis an den Stellen, die das Wirken der Gewerkschaften hätten fördern können.

Der Krieg hat große Anforderungen insbesondere an die Solidarität der Arbeiterklasse gestellt, ihr Lasten auferlegt, die nicht ertragen worden wären, hätte nicht durch die Schulung in den Arbeiterorganisationen der Gedanke in den Arbeitermassen Wurzel gefaßt, daß das Interesse der Gesamtheit jedem Sonderinteresse voranzustellen ist. Man hat es den Gewerkschaftsblättern oft genug verübelt, daß sie eine sozialistische Tendenz zeigen. Würde ohne diese die Erziehung der Massen zur Solidarität den Erfolg gehabt haben, der sich jetzt zeigt? Der Egoismus des einzelnen würde in den Arbeiterschichten kraß zum Ausdruck kommen, wenn es an der Erziehung und Schulung durch die Organisation gefehlt hätte. Mit Recht ist dieser Umstand bei den Verhandlungen mit den amtlichen Stellen in den Vordergrund gerückt worden, und die Richtigkeit dieser Auffassung wurde an keiner dieser Stellen bestritten. Ob diese Anschauung dauernd sein wird, auch wenn die wirtschaftlichen Kämpfe wieder in voller Schärfe geführt werden müssen, wird sich erweisen. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften sich als Organe erwiesen haben, die in kritischen Zeiten wesentlich zur Aufrechterhaltung des volkswirtschaftlichen Lebens der Nation beizutragen vermögen, steht unzweifelhaft fest. Sie kann und wird jetzt und voraussichtlich auch in späteren Zeiten selbst von denen nicht geleugnet werden, die früher die Gewerkschaften in totaler Verkennung ihres Wesens als ein Hemmnis für die Fortentwicklung der wirtschaftlichen Kräfte unseres Vaterlands angesehen haben.

XX

## HUGO HEINEMANN · ZUR ERKLÄRUNG DER SOZIALDEMOKATISCHEN FRAKTION IM PREU- SSISCHEN LANDTAG



ENN man im Kreis von Parteigenossen von den großen Fortschritten spricht, die der sozialistische Gedanke in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung während des Krieges und durch ihn in Deutschland gemacht hat, so kann man es zuweilen erleben, daß ein Redner auftritt, der uns erklärt, alle diese Erregenschaften seien ohne jeden bleibenden Wert, denn die herrschenden Klassen hätten das, was sie gewährt haben, ja nicht freiwillig gegeben, sie hätten dies vielmehr nur getan, weil sie es tun mußten, weil die Not

der Zeit sie dazu zwang. Daraus wird dann die Folgerung gezogen, daß, sobald die Zeit der Not vorbei ist, alles beim alten bleiben werde. Dann würden die sozialistischen Errungenschaften weggefegt werden, wie die Spreu vom Wind. Derjenige also sei ein Illusionär und Optimist, der aus den nur n o t g e d r u n g e n von den regierenden Gewalten heute gemachten Konzessionen eine Umwandlung im politischen Leben für die Zeit nach dem Krieg erhoffe. Merkwürdig sei es, daß gerade diejenigen in der Sozialdemokratie wie in der Gewerkschaftsbewegung, die ihren größten Stolz darin setzten ausschließlich p r a k t i s c h e Politik zu treiben, sich in einen unfruchtbaren Utopismus verrennten.

Solches Raisonement beweist eine erschreckende Begriffsverwirrung. Es zeigt uns, zu welchen Unklarheiten Einseitigkeit und Verbitterung führen müssen. Jene *radikalen* Genossen glauben doch sicherlich, daß sie auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen. Das würde aber bedeuten, daß sie die Notwendigkeit aller geschichtlichen Vorgänge und Entwicklung begreifen. Wie aber ist es mit dieser Auffassung vereinbar, wenn uns tagtäglich erzählt wird, d e r Umstand, daß Regierung und herrschende Klassen die Einführung von Reformen und eine andere Stellungnahme zur Arbeiterschaft für n o t w e n d i g gehalten hätten, beweise etwas gegen den B e s t a n d dieser Neugestaltung? Man sollte meinen, gerade der umgekehrte Schluß sei richtig und selbstverständlich. Wären die Konzessionen *freiwillig*, das heißt aus Stimmung, oder um Gnade zu üben, gemacht worden, so könnten sie, wenn die Sultanslaune der regierenden Klasse einmal umschlägt, sofort wieder geraubt werden. Nur weil die nationale und wirtschaftliche N o t w e n d i g k e i t zur Anerkennung vieler seit Jahrzehnten von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften gestellten Forderungen geführt hat, ist die Dauer des Fortschritts gewährleistet. Das also, was diejenigen, die uns die Befriedigung über das in Deutschland Erreichte trüben und die Hoffnung auf das zu Erreichende rauben wollen (nennen wir sie kurz die Anhänger der Verekelungstheorie), zum Beweis für die Richtigkeit ihrer Ansicht anführen, spricht gerade gegen sie. Wäre ein freiwilliges Geschenk wirtschaftlicher oder sozialer Zugeständnisse im Sinn sozialdemokratischer Betrachtungsweise überhaupt diskutabel, so würde ein solches Geschenk wertlos sein. Es ist von diesem Standpunkt aus ganz schief gedacht, wenn man die Bedeutung des Errungenen danach abschätzt, aus welchen M o t i v e n heraus es diejenigen gewährt haben, die sich im Besitz der politischen Macht befinden. Für die Anlegung eines moralischen Wertmessers ist kein Raum im wissenschaftlichen Sozialismus, der sich die Aufgabe gesetzt hat die Notwendigkeit der Entwicklungs- und Bewegungsgesetze des gesellschaftlichen Organismus zu erforschen. Ist es denn je einem Sozialdemokraten eingefallen etwa zu behaupten, die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung oder die Gewährung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts seien vollkonimen freiwillige, aus reinem persönlichen Edelsinn gemachte Geschenke an das Volk gewesen, haben wir nicht im Gegenteil uns stets auf das eifrigste bemüht die Gründe für die Notwendigkeit dieser großen Errungenschaften zu finden, und haben wir deshalb, weil uns dies gelungen ist, es je unternommen die Wertlosigkeit des Erreichten zu behaupten und an seinem Bestand zu zweifeln? Ein Rätsel erscheint es, daß alle diese festgewurzelten sozialdemokratischen Ansichten und Betrach-

tungsmethoden für diejenigen sozialpolitisch so überaus wichtigen Maßnahmen nicht gelten sollen, die man in dem Wort Kriegssozialismus zusammenfaßt. Der Umstand, daß es sich hier um Vorgänge der Gegenwart handelt, denen gegenüber für verärgerte Kritik kein Raum ist, und daß hier der Gebrauch *radikaler* Phrasen versagt, von denen ungefähr ein halbes Dutzend für den Lebensgebrauch ausreicht, dürfte als Grund für das Überbordwerfen unserer wissenschaftlichen Überzeugungen nicht genügen.

An dem Fortbestand des während der Kriegszeit Errungenen, an der Durchsetzung von dessen weiterem Ausbau und an der Fortbildung der sozialen Anschauungen unserer Tage haben wir um so weniger Grund zu zweifeln, als die Entwicklung, die dahin geführt hat, eine gradlinige ist. In einem überaus lesenswerten Aufsatz weist der stellvertretende Vorsitzende des Bauarbeiterverbands August Winnig nach, wie die notwendige Auffassung jeder brutal bekämpften Arbeiterschaft in der Jugendzeit ihrer bewußten Selbstbetätigung die in dem Satz »Der Proletarier hat kein Vaterland« wurzelnde Verneinung jeden Staatsgedankens sein mußte.<sup>1)</sup> Allmählich aber haben die Aufwärtsbewegung der deutschen Arbeiterschaft, ihr Eintritt in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften, die Erkenntnis des unlöslichen Zusammenhangs zwischen dem glanzvollen Aufstieg der gewerkschaftlichen Organisation und dem mächtigen Aufschwung der deutschen Industrie in der Arbeiterklasse die Grundlage zu einem Staatsbürgergefühl geschaffen, das unser ganzes öffentliches Leben umzugestaltet im Begriff stand. Wie diese Entwicklung durch den Krieg gefördert worden ist, bedarf keiner Ausführung. Welche Menge der Kraft, die in unserer Bewegung aufgespeichert war und untätig sein mußte, ist durch die große Erschütterung gelöst und freigemacht! Die Bedeutung der Masse und ihrer Organisation ist jetzt plötzlich allen denen klar geworden, die sie bisher leugneten und als antinationalen Faktor bekämpften. »Man darf es ruhig zugestehen«, sagt Friedrich Thimme, der Direktor der Bibliothek des Herrenhauses, »die Sozialdemokratie war eine Kulturnotwendigkeit. Die Sozialdemokratie bleibt auch ferner eine Kulturnotwendigkeit ersten Ranges; nur im Bündnis mit einer machtvollen Sozialdemokratie wird der machtvolle Staat das Ziel des sozialen Friedens erreichen können. Jetzt ist dieses Bündnis, wir können nicht froh genug darüber sein, zum erstenmal angebahnt.«<sup>2)</sup>

•Nur eine Tatsache könnte es verhindern, daß wir die Früchte dieses Umschwungs ernten: Wenn wir uns gewaltsam isolieren und in dieser Zeit, in der Einheit und Weiterexistenz der deutschen Nation zusammenfallen, uns in einen bewußten Gegensatz zum übrigen Deutschland stellen wollten. Von diesem Standpunkt aus ist die von der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses bei dessen jetzigem Wiederzusammentritt abgegebene Erklärung geeignet ernste Sorgen zu erwecken.

Zunächst erscheint es schon mehr als fraglich, ob es überhaupt notwendig oder zweckmäßig war abermals eine feierliche Erklärung abzugeben. Zweimal bereits hatte die Reichstagsfraktion ihre prinzipielle Stellung zum Krieg und zu allen damit zusammenhängenden Fragen dargelegt, und zwar am 4.

<sup>1)</sup> Siehe Winnig Die deutsche Arbeiterbewegung und der Krieg, in den Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung, 4. Band, 1915, pag. 142 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Thimme Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland, in den Süddeutschen Monatsheften, 1914-1915, 1. Band, pag. 709.

August mit so markigen, schönen Worten, daß daneben jeder neue Aufguß nur schal sein konnte. Die preußische Landtagsfraktion hatte ebenfalls schon früher ihre *Erklärung* abgegeben. War die Wiederholung nun wirklich angebracht, obwohl sich diesmal, wo es sich um eine Wochen umfassende Session handelt, reichlich Gelegenheit bot alles erforderlich Erscheinende vorzubringen? Die ewige Wiederholung des selben Vorgangs muß abflauend und abschwächend wirken. Daher ist es politisch nicht klug, daß jeder Parlamentseröffnung die obligate sozialdemokratische Erklärung folgt, mit der selben Sicherheit und Regelmäßigkeit, wie man nach Einwurf eines Zehnpfennigstücks von dem Automaten die Hergabe des gewünschten Gegenstands erwartet. Die Bedenken gegen dieses Vorgehen mußten sich steigern, nachdem kurze Zeit vorher die französischen Sozialdemokraten ein so ganz anders geartetes Verfahren beobachtet hatten. In dem von der Humanität veröffentlichten Manifest der Partei wird betont, daß diese sich j e d e r E r k l ä r u n g während der Session der Kammer enthalten habe, um die Disziplin und Einigkeit nicht zu stören, die die Nation dem Feind gegenüber bisher bekundet habe. Die Landtagsfraktion möge sich darüber klar sein, daß es viele Parteigenossen gibt (und sie sind nicht die schlechtesten), die die Franzosen darum beneiden, daß ihre sozialdemokratische Fraktion so viel politische Reife besaß, daß sie in ernstester Stunde aus Verantwortlichkeitsgefühl für die Geschicke ihres Vaterlands die Hervorhebung des Trennenden bis nach der Beseitigung der von auswärtigen Feinden drohenden Gefahren vertagte.

Mehr aber noch als die Abgabe der Erklärung ist ihr Inhalt zu beanstanden, und weite Kreise der Partei haben mit Befriedigung in unserm Hamburger Parteiblatt die Tatsache festgestellt gefunden, daß die Majorität für die Resolution »an einem [!] Faden« hing, das heißt daß diese mit der Mehrheit von nur einer Stimme in der Fraktion zur Annahme gelangt ist, also nicht die gesamte kleine Fraktion die Verantwortung dafür trägt. Dies war auch, ohne daß man in die Kulissengeheimnisse der Fraktion einzudringen sich die Mühe gibt, von vornherein klar. Denn die in der Fraktion sitzenden G e w e r k s c h a f t e r können die in der Erklärung vorgebrachte Forderung der Beendigung des Polizeikampfs gegen die Gewerkschaften in der agitatorischen Form, in die dieses Verlangen gekleidet ist, sich u n m ö g l i c h zu eigen machen. Wer die Resolution liest, muß den Eindruck haben, daß auch gegenwärtig dieser Polizeikampf in ungeminderter Stärke fort dauert. Dies aber ist nicht zutreffend. Dem Polizeikampf gegen die Gewerkschaften hat die preußische Regierung durchweg ein Ende bereitet. Von den vielen Prozessen, die bei Kriegsbeginn vor den Verwaltungsgerichten schwebten, brauchte nicht ein einziger durchgeführt zu werden. Sämtliche polizeilichen Verfügungen wurden ausnahmslos zurückgezogen, gleichviel welchen Gegenstand sie betrafen. Von wesentlicher Bedeutung für die Gewerkschaften war es, daß insbesondere diejenigen Anordnungen, die die Gewerkschaften für p o l i t i s c h e Vereine erklärten und daher die Entfernung der Arbeiterjugend aus den Gewerkschaften forderten, restlos beseitigt wurden. Allein in Berlin nahm der Polizeipräsident gegen 3 Zentralverbände und 3 große Zahlstellen seine Verfügungen, worin diese aufgefordert wurden den für politische Vereine bestehenden vereinsgesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, mit der Begründung zurück, daß unter den jetzigen Verhältnissen

kein Interesse an der Erörterung und Entscheidung von Streitfragen des öffentlichen Rechts bestehe, wenn auch deren Klärung in Friedenszeiten wichtig sein möge. Mit dieser, der Größe und dem Ernst der Zeit Rechnung tragenden Maßnahme solle die Bereitwilligkeit ausgesprochen werden, soweit dies von den Verwaltungsbehörden abhängt, alles auszuschalten, was das Gefühl der Einheit und das großzügige Streben des gesamten Volkes in den jetzigen Zeitläuften beeinträchtigen könne. Das preußische Ministerium des Innern hat diese selben Grundsätze auch gegenüber einem großen Verband, gegen den bereits ein im Weg des strafgerichtlichen Verfahrens ergangenes Urteil eines ordentlichen Gerichts vorlag, zur Anwendung gebracht. Eine entschiedenerere Einstellung des Polizeikampfs gegen die Gewerkschaften in der Jetztzeit läßt sich nicht gut konstruieren. Mehr konnte der Minister unmöglich tun, insbesondere wenn er es vermeiden wollte sich den Zorn des Genossen Ledebour zuzuziehen, der sich jüngst im Vorwärts mit bitterbösen Worten über die Niederschlagung eines gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens beschwert und seinen Mannesmut vor Staatsanwaltsthronen glänzend durch den Protest bewährt hat, daß in Deutschland Gründe politischer Zweckmäßigkeit niemals für die Niederschlagung eines Strafverfahrens maßgebend sein dürfen.

Weiter vergleiche man mit der Redewendung der Landtagsfraktion von dem Polizeikampf gegen die Gewerkschaften das, was diejenigen darüber sagen, die aus reichster praktischer Erfahrung heraus urteilen: die an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung stehenden Männer. Ihnen, die tagtäglich vor dem Krieg die Politik der armseligen und verbitternd wirkenden polizeilichen Nadelstiche, mit der man die größte Kulturbewegung der Gegenwart töten zu können wähnte, am eigenen Leib spürten, wird niemand Überschwang und Mangel an nüchternem, klarem Blick zutrauen. Eben deshalb aber sind sie auch gegen inhaltsleere, unwahre Phrasen gefeit. Ein Beispiel nur sei angeführt, aber dieses eine wird genügen, denn es sind Worte, die der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gesprochen hat. Er sagt: »Soziale Maßnahmen, die jahrelang von den Gewerkschaften vergeblich gefordert wurden, sind getroffen worden. Zu ihrer Durchführung sind die Gewerkschaften von der Regierung herangezogen worden, und sie haben bereitwilligst ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Vor wenigen Monaten noch wurden unsere Organisationen von den Unternehmern und von seiten der Regierung als ein Fremdkörper im Wirtschaftsleben angesehen und behandelt. Heute weiß man den Wert dieser Vereinigungen zu schätzen.«<sup>1)</sup>

Sollten sich aber die pathetischen Worte der Landtagsfraktion »Wir verlangen, daß dem Polizeikampf gegen die Gewerkschaften ein Ende gemacht wird« auf die Zukunft beziehen, so ist darauf zu erwidern, daß die kühnste Phantasie keinen ungeeigneteren Augenblick als den jetzigen entdecken kann, um durch Konstruierung zurzeit nicht vorhandener innerpolitischer Mißstände in die verschiedenen Klassen des deutschen Volks eine nicht notwendige Verstimmung hineinzutragen. Die Gewerkschaften haben es wahrlich an Energie in der Bekämpfung jeder Art von Unterdrückungsgesetzgebung und aller gegen sie gerichteten Verwaltungsmaßnahmen nicht

<sup>1)</sup> Siehe Legien Die Gewerkschaften Deutschlands während der Kriegszeit, in der Deutschen Auslands-korrespondenz vom 1. Februar 1915.

fehlen lassen, und ich glaube, daß das, was ich selbst darüber in meinem Referat auf dem Gewerkschaftskongreß in Dresden gesagt und auch sonst vielfach geschrieben habe, an Schärfe in der Sache nicht überboten werden kann. Aber die Gewerkschaften halten ihr Pulver trocken, bis ein Angriff gegen sie erfolgt. Solange das nicht geschieht, unterlassen sie alle großen Worte. Daß nach dem Krieg die gewerkschaftliche Tätigkeit in vollem Umfang aufgenommen werden muß, daß es dann Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern, genau wie vor dem Krieg, geben wird, und daß diese Kämpfe dafür sorgen werden, daß die Ziele und Zwecke der Gewerkschafts- wie der gesamten Arbeiterbewegung keinen Augenblick in Vergessenheit geraten, wissen wir alle. Niemand gibt sich darüber Illusionen hin, ohne daß man uns erst mit gespreizten Worten platte Selbstverständlichkeiten über »Realismus und Utopismus in den Gewerkschaften« vorzutragen braucht. Es gibt keinen Utopismus in den Gewerkschaften. E i n e s jedoch brauchen diese nicht, um ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen und ihre Mitglieder kampfeskräftig und kampfesfreudig zu erhalten: nämlich Zusammenstöße mit den Behörden. Daß im Gegenteil diese aufhören werden, das dürfen wir hoffen und erwarten, nachdem die Gewerkschaften mitten hinein in das Leben des staatlichen Ganzen gestellt, viele ihrer Grundsätze und Forderungen zu Bestandteilen des heute geltenden öffentlichen Rechts geworden sind. Scharfmacher in den eigenen Reihen werden diese gesunde Entwicklung nicht stören.

Endlich ein Wort über den F r i e d e n s p a s s u s in der Fraktionserklärung. Es sind keineswegs formal juristische Gesichtspunkte, die die Überschreitung der Kompetenz der Landtagsfraktion, ihr Eingreifen in eine ausschließlich zur Zuständigkeit des Reichs und damit der Reichstagsfraktion gehörige Frage als bedauerlich erscheinen lassen. Vor kurzem haben der württembergische und der badische Landtag getagt. Mit Recht würde man unseren dortigen Fraktionen, wenn sie sich dazu hätten hinreißen lassen ihrer sicherlich von der der preußischen Fraktion verschiedenen Ansicht Ausdruck zu geben, den Vorwurf der Offenlegung von Gegensätzen in der Partei und der Zurschautragung einer wichtigtuerischen Pose, hinter der keine reale verfassungsrechtliche Macht steckt, gemacht haben.

Was ist denn der Inhalt dieses Passus? Es wird da der heiße Wunsch ausgesprochen, daß der entsetzliche Krieg, in dem sich die Völker zerfleischen, bald ein Ende finden möge. Darin unterscheiden sich die preußischen sozialdemokratischen Abgeordneten wohl von keinem Menschen auf dieser Erde. Der Friede soll dem Heil des deutschen Volkes und der gesamten Menschheit dienen: ein sonderbarer Pleonasmus in einem offiziellen Schriftstück; als ob das deutsche Volk nicht auch einen Teil der gesamten Menschheit bildet. Insoweit klingt die Fraktionserklärung allerdings nur wie eine unschädliche Sonntagnachmittagspredigt. Ein weit ernsteres Gesicht gewinnt sie dagegen, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß hier in schicksalsschwerer Stunde eine politische Korporation Ansichten ausspricht, die das Ausland mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt. Auf die deutsche Sozialdemokratie sind die Augen der Welt gerichtet. Denn kein anderes Land hat ein geistig so hoch entwickeltes Proletariat aufzuweisen, und in keinem andern Land ist daher die Arbeiterschaft so wie in



Deutschland vom sozialistischen Geist erfüllt. Die aus dieser Tatsache sich ergebende Verantwortung ist riesengroß. Hatte die preußische Landtagsfraktion diese Verantwortung wirklich richtig verstanden, als sie die Worte niederschrieb, daß die Beendigung des Krieges in allen beteiligten Ländern vom Volk ersehnt werde, und daß unter dem Einfluß dieses Friedenswillens ein baldiger Friede zustande kommen möge? Die sozialdemokratischen Parteien des Auslands (und sie sind doch das Volk, das die Landtagsfraktion meint) weisen diesen Gedanken zurück. Auch sie wollen einen Frieden, aber nur einen für Deutschland unannehmbaren. Daran hat auch die jüngste Konferenz des sozialdemokratischen Parteivorstands Frankreichs und der Fraktion noch nicht viel geändert. Mit Leuten wie den deutschen Sozialdemokraten, rief Sembat in seiner von der Versammlung ausdrücklich gebilligten, die Neutralen zur Kriegsteilnahme auffordernden Rede, verhandelt man nicht. Will man aber selbst diese unfreundliche Wendung nicht allzu ernst nehmen oder anders verstehen, so steht jedenfalls das eine fest, daß in England, das sich immer mehr als der Feind Deutschlands in diesem Krieg gezeigt hat, die offizielle Arbeiterpartei hinter ihrer Regierung steht und deren Programm von der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz Deutschlands und damit seiner Arbeiterklasse billigt. Diese Tatsache wird auch dadurch nicht um Haaresbreite geändert, daß einige Konventikel Ansichten vertreten, die von denen der Führer der englischen Arbeiterbewegung abweichen.

Die einzige Folge der Erklärung der Landtagsfraktion könnte daher nur die sein, daß man über sie in den feindlichen Ländern lächelt, insoweit sie sich die Köpfe der Gegner zerbricht. Diese wissen selbst viel besser, was sie wollen. Dagegen könnte das Ausland leicht durch das ihm aufdringlich und schwächlich erscheinende Friedensangebot der Landtagsfraktion in Verbindung mit dem an den Anfang der Erklärung gestellten Satz von dem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt gegenüber der in allen wesentlichen Grundzügen unverändert gebliebenen Regierungspolitik zu sehr falschen, Deutschland nachteiligen Schlüssen über die Stellung der deutschen Arbeiterschaft gelangen. Jedenfalls beweist der wenig glücklich gefaßte Friedenspassus in der Erklärung der Landtagsfraktion, daß die Reichsregierung und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung recht darin haben, wenn sie zurzeit die Friedenserörterungen für wenig opportun halten und diese bis nach dem Sieg der deutschen Waffen vertagt zu sehen wünschen.

Trotz aller dieser Bedenken gegen die mit knappster Mehrheit angenommene Erklärung der kleinen Landtagsfraktion brauchen wir von ihr eine schädliche Wirkung für die Partei glücklicherweise nicht zu befürchten, da die große Reichstagsfraktion, die Parteiinstanzen und die Parteipresse in ihrer überwiegenden Zahl sowie vor allem die Generalkommission und der gesamte Apparat der Gewerkschaften sich rückhaltlos auf den Platz gestellt haben, wohin in dieser Stunde, in der um die nationale, wirtschaftliche und kulturelle Existenz Deutschlands gekämpft wird, jeder Deutsche gehört. Ausgesprochen mußten aber diese Bedenken werden. In einem Parteiblatt ist gegen die die Erklärung der Landtagsfraktion kritisierenden ins Schwarze treffenden Ausführungen des Hamburger Echos gesagt worden, sie seien nur gemacht, damit, wenn nach dem Krieg der Partei die von den Illusionisten erhoffte Stellung nicht eingeräumt werde, man gleichsam einen Prügeljungen



»Ich glaube, ein Unterseebootskrieg gegen englische Handelsschiffe ist eher noch wirksamer . . .«

»Hat Deutschland genug Unterseeboote, um durchzuführen, was auf eine teilweise Unterseebootsblockade Englands hinausläuft?«

»Ja, in Unterseebooten größern Typs sind wir England überlegen.«<sup>1)</sup>

Wochen des Zuwartens und der scheinbaren Unschlüssigkeit ließen alsdann diese halb drohende, halb warnende Ankündigung wieder mehr in den Hintergrund treten. Spöttische Bemerkungen über den leeren deutschen Bluff blieben nicht aus. Unter dem 4. Februar endlich veröffentlichte der Reichsanzeiger die Bekanntmachung, die dereinst vielleicht mit den Berliner und Mailänder Dekreten Napoléons, zur Verhängung der Kontinentalsperre gegen den alten Todfeind Frankreichs, auf eine Stufe gestellt werden wird, und die deshalb auch hier nochmals in ihrem Wortlaut wiedergegeben sei:

»BEKANNTMACHUNG

1) Die Gewässer rings um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten englischen Kanals werden hiermit als Kriegsgebiet erklärt. Vom 18. Februar 1915 an wird jedes in diesem Kriegsgebiet angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden, ohne daß es immer möglich sein wird die dabei der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden.

2) Auch neutrale Schiffe laufen im Kriegsgebiet Gefahr, da es angesichts des von der Britischen Regierung am 31. Januar angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Seekriegs nicht immer vermieden werden kann, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen.

3) Die Schifffahrt nördlich um die Shetlandsinseln, in dem östlichen Gebiet der Nordsee und in einem Streifen von mindestens 30 Seemeilen Breite entlang der niederländischen Küste ist nicht gefährdet.

Berlin, den 4. Februar 1915.

Der Chef des Admiralstabs der Marine  
von Pohl.»

Alle alten Bahnen der gewohnten Seekriegführung scheinen mit dieser ebenso bündig kurzen wie vielsagenden Proklamation wie mit einem plötzlichen Ruck verlassen. Zunächst handelt es sich dabei nicht um eine der üblichen Blockadeerklärungen. Weder ist, weil von vornherein ganz undenkbar, eine praktisch lückenlose Umgürtung Englands mit deutschen Kriegsschiffen geplant, noch erstrebt man den neutralen Schiffen an sich einen Durchbruch oder Durchbruchversuch, gleichviel ob sie Konterbande führen oder nicht, grundsätzlich zu verwehren. Aber der entschlossen ins Auge gefaßte Endzweck ist allerdings der gleiche wie bei der Blockade: möglichst vollständige Unterbindung des Seehandels zum und vom feindlichen Gebiet. In vielen Beziehungen geht die Schärfe und die summarische Vollstreckung des ange drohten Einschreitens durch Unterseeboote sogar noch weit über die vollständige Durchführung einer Blockade durch Kriegsschiffe des ältern Typs hinaus. Doch gerade die Leiter der englischen Politik können hier die Folgerichtigkeit und Zulässigkeit des deutschen Schrittes eigentlich am allerwenigsten bestreiten.

Denn in seiner Furcht vor deutschen Seewagnissen und in seiner Sorge die britische und neutrale Seefahrt, der leichtern und ungefährlichern Sicherung und Überwachung wegen, auf bestimmte Nordseegebiete zu konzentrieren hat England schon vor längerer Zeit das Vorbild aufgestellt, dessen Nachahmung ihm jetzt so wenig gefallen will. Das »Kriegsgebiet«, das die Neutralen bei Strafe der schwersten eigenen Gefährdung und Schädigung

<sup>1)</sup> Das Tirpitzinterview ist in allen größeren deutschen Blättern am 21. und 22. Dezember 1914 abgedruckt worden.

meiden müßten, war anfangs die eigenste Erfindung Englands, und Blätter wie die Times waren auf diese glücklich vollbrachte »Versiegelung« der Nordsee, auch ohne Blockade alten Stils, nicht wenig stolz, nur daß den *M i n e n* feldern und ihrer unabänderlichen Technik damals noch die grundlegende Rolle zugebracht war, die heute den *U n t e r s e e b o o t e n* und ihrer eigentümlichen Kampfweise zufällt. Der einflußreiche Marinemitarbeiter der Times, der schon vor der englischen Regierung für die Abgrenzung beliebiger Seekriegsgebiete und für die entsprechende Beschränkung des neutralen Handels auf bestimmte Seestraßen eingetreten war, schrieb damals mit dankenswertester Offenheit:

»Da *M i n e n* innerhalb des militärischen Gebiets liegen müssen, ist es nicht unsere Sache ihre genaue Lage denjenigen bekanntzumachen, die es nicht lassen können dort umherzufahren. Eine allgemeine Warnung ist erlassen worden, und wenn etwaige Blockadebrecher [!] auf die *M i n e n* auflaufen, dann ist es eben ihre eigene Schuld. Mir ist ein Vorwurf gemacht worden, daß ich von Blockadebrechern spreche, weil doch England nicht die Blockade über die deutschen Küsten verhängt habe. Genau genommen ist das richtig; aber hier setzt wieder eine falsche Vorstellung ein. Die Blockade, wie man sie in früheren Zeiten kannte, ist durch die *M i n e n* und den *T o r p e d o* abgetan. Wir erklären nicht mehr die Blockade, die jedem Schiff verbietet ein bestimmtes, durch die Anwesenheit eines Blockadegeschwaders kenntlich gemachtes Gebiet zu passieren. Wir machen statt dessen bekannt, daß alle ein bestimmtes Seegebiet befahrenden Schiffe das auf eigene Gefahr tun. Die *M i n e n* besorgen das übrige. Das sind Ausnahmemaßnahmen, die den neuen Bedingungen, unter denen dieser Krieg geführt wird, angepaßt sind.«<sup>2)</sup>

Von vornherein gilt, im Gegensatz zur wahllos vernichtenden Mine, der geplante deutsche Unterseebootskampf sogar nur dem feindlichen Kriegsschiff, und in keiner Weise dem neutralen Fahrzeug. Erst die mit eiserner Stirn von England gewählte Verteidigungstaktik, die Flaggenfälschung, weckt schwerste Gefahren auch für die Neutralen, wenn sie es schließlich nicht doch noch vorziehen die Abgrenzung des Kriegsgebiets, wie früher gegenüber der englischen Maßnahme, mit mehr oder weniger Murren als unabänderliche Absperrung hinzunehmen.



AS stolze meerbeherrschende Albion, das im heraufziehenden letzten und schwersten Völkerringen seine Hauptabwehrwaffe in der Flaggenverschleierung und Flaggenfälschung sieht: wer hätte bis vor kurzem eine ähnliche demütigende Selbsterabwürdigung, eine solche förmliche Selbstentthronung für möglich gehalten? Und diese Verkleidungsposse, dieses Verkriechen hinter fremde Staatsgewalt wirkt um so abstoßender und widerwärtiger, als man dabei nicht nur von dem Gedanken an die eigene Rettung sondern immer zugleich von der Berechnung ausgeht, daß die Unsicherheit der Flaggenführung Deutschland unauhaltsam mit neutralen Mächten, vor allem mit den Vereinigten Staaten von Amerika, in Konflikt bringen müsse.

Noch auf der Londoner Seekriegskonferenz trat England für den Grundgedanken ein (Leitsatz 25):

»Ein Schiff kann nicht zu dem Zweck unter neutrale Flagge gestellt werden, um den mit der Eigenschaft eines feindlichen Schiffes verbundenen Folgen zu entgehen.«

Zur Erläuterung fügte England noch die Bemerkungen bei:

»Der Flaggenwechsel, zu dem Zweck vorgenommen ein Schiff den aus seiner

<sup>2)</sup> Siehe den Artikel Eine neue Art von Blockade in der Vossischen Zeitung vom 29. Dezember 1914.

Eigenschaft als feindliches Schiff sich ergebenden Rechtsfolgen zu entziehen, ist als unzulässig zu betrachten.«

Am 11. Dezember 1908, in der 4. Sitzung der Konferenz, betonten die englischen Vertreter nochmals, der aufgestellte Leitsatz decke sich lediglich mit dem bereits in verschiedenen Denkschriften übereinstimmend festgehaltenen Grundsatz, »daß ein handeltreibender Angehöriger des kriegführenden Staates den Folgen des Krieges sich nicht dadurch soll entziehen können, daß er seine Schiffe unter eine neutrale Flagge stellt«. Schließlich wurde über den Flaggenwechsel nach Ausbruch des Krieges, unter Englands Zustimmung, in Artikel 56, der unverändert in die Erklärung über das Seekriegsrecht vom 26. Februar 1909 übergegangen ist, bestimmt:

»Der nach Beginn der Feindseligkeiten herbeigeführte Übergang eines feindlichen Schiffes zur neutralen Flagge ist nichtig, falls nicht bewiesen wird, daß dieser Übergang nicht herbeigeführt worden ist, um den mit der Eigenschaft eines feindlichen Schiffes verbundenen Folgen zu entgehen. Jedoch spricht eine unwiderlegliche Vermutung für die Nichtigkeit 1. wenn der Übergang herbeigeführt worden ist, während sich das Schiff auf der Reise oder in einem blockierten Hafen befand...«

Nun mag es mit der bloßen Vortäuschung einer neutralen Flagge als rasch vorübergehender Kriegslist völkerrechtlich anders stehen. Aber, wie hierüber neuerdings unter dem 15. Februar der niederländische Minister des Äußern an den englischen Gesandten Sir Alan Johnstone schrieb, »die Tatsache der Benutzung der Flagge eines andern Staates ohne dessen Zustimmung ist stets als Mißbrauch zu betrachten«. Erst recht muß dieses Urteil gelten, wenn für die betroffenen Neutralen der Mißbrauch in seiner Wirkung nicht mehr lediglich indifferent, wenn auch kränkend und verstimmend ist, wenn er vielmehr in höchstem Maß die schwersten Nachteile und Konfliktschancen für die Neutralen heraufbeschwören muß. England mag sich um die Zustimmung oder Nichtzustimmung der Neutralen noch so wenig scheren; aber frivol mit den Lebensschicksalen, mit der ganzen internationalen Stellung an sich unbeteiligter Völker zu spielen, nur um einer augenblicklich bequemen Ausflucht willen, das wäre der Gipfel der britischen Selbstsucht und Überhebung. Selbst von einer so schwächlich englandfreundlichen Regierung, wie jene der Vereinigten Staaten, darf man nach ruhigerer Überlegung wohl erwarten, daß sie die drohenden und von England zweifellos gewünschten und nach Möglichkeit geförderten Konflikte nicht jenem Staat anrechnen wird, der aus den, von anderer Seite geschaffenen fertigen Tatsachen lediglich die unvermeidlichen Folgerungen zog.

Deutschland hat seine Kampfweise so wählen müssen, wie sie ihm seine Rüstungstechnik, die Unebenbürtigkeit seiner Schlachtflotte und die Überlegenheit seiner Unterseebootsflottille vorschrieb. Völkerrechtliche Einwendungen sind an sich gegen seinen letzten großen Entschluß nicht zu erheben, am allerwenigsten von Neutralen, die sich seinerzeit mit der britischen Abgrenzung eines streng zu meidenden Seekriegsgebiets (in diesem Fall wegen der britischen Minenlegungen) ohne weiteres zufrieden gaben. Die Neutralen haben sich von England nicht nur diese ausgedehnte Nordseesperre bieten lassen sondern dazu noch die hemmungslose Verstümmelung des Kontербандerechts, die zu einer Aufhebung jedes an sich erlaubten neutralen Handels, soweit er nicht England selber zugute kam, führte. Sie haben sich von den britischen *Hütern der kleinstaatlichen Selbständigkeitsrechte* förmlich ihre Handelspolitik vorschreiben lassen, indem sie zu Ausfuhr- und

Durchfahrverboten schritten, wo England (abermals an sich durchaus erlaubte) Einfuhren und Wiederausfuhren zugunsten seiner Gegner argwöhnisch witterte. Dies alles, weil England jedesmal von seinen *Lebensinteressen* sprach, die es nur durch die erwähnte Umdeutung und Beseitigung alles anerkannten, mühsam erreichten Seevölkerrechts wahren könne. Zeigen die Neutralen von jetzt ab nur halb so viel Entgegenkommen und Duldung gegen Deutschland, wenn es den eisernen Ring der britischen Seetyrannei (zunächst um seiner eigenen Lebensinteressen willen, in letzter Linie aber doch auch zum dauernden Vorteil aller seefahrenden Völker) mit der neuen, an bestimmte neue Kampfformen notwendigerweise gebundenen Waffe der Unterseeboote zu sprengen sucht: dann brauchen die von England ersehnten und sehr bald vielleicht provozierten Konflikte niemals einzutreten.

»Zwei fechten da auf Tod und Leben, man bleibe aus dem Weg, wenn man nicht getroffen werden will«, so schrieb neulich der frühere holländische Kriegsminister Staal im Vaderland. Die Entscheidung Deutschlands ist unumstößlich gefallen. Ihre Folgen, im Guten wie im Schlimmen, wird das deutsche Volk einmütig und ohne Wanken auf seine starken Schultern nehmen.

XX

## KARL LEUTHNER · DIE FRIEDLICHE DEMOKRATIE



ARCHIDAMOS, der Spartanerkönig, warnte bei der Besetzung von Attika seine Landsleute vor dem Umhauen der Ölbäume; alles, was über die Vernichtung einer Jahresrente hinausgehe, pflanze nicht Entmutigung sondern Erbitterung, reize den Gegner zum äußersten, zur ἀπένοια. Archidamos hatte Athener vor sich, Männer voll Freiheitsstolz und Unabhängigkeitssinn, die eben deshalb für die Menschheit Schöpfer des demokratischen Gedankens wurden. Noch gab es in der Welt nicht jene Spielart des homo sapiens, die des Volkes Selbstregierung statt auf stolze Selbstbehauptung auf demütiges Nachahmen aufbauen will, die als ein kleines, aber schreibeifriges Häuflein in der deutschen Demokratie den Freiheitskampf für Deutschland in steter Unterwürfigkeit gegen das Ausland kämpft. England hat alle Errungenschaften des Völkerrechts zur See zertreten, um Deutschlands Greise, Weiber und Kinder aushungern zu können. Nun, es gibt trotzdem Deutsche, eben jene Leute, die all dies zur ἀπένοια durchaus nicht hinreißt. Weder die angedrohte deutsche Hungersnot noch die angedrohte Zerstückelung Deutschlands hat ihnen bis jetzt auch nur eine Silbe der Entrüstung abgewonnen, selbst die Barbarisierung des Krieges nicht, obwohl sie von Humanitäts- und Friedensideen seit jeher reden; denn eine von England ausgehende Barbarei ist schon durch ihren Ursprung geheiligt und gerechtfertigt. Unter keinen Umständen darf das *Band mit dem Westen* zerrissen werden, und wäre dieses Band auch nur die Hungerpeitsche, die Churchill schwingt. Unsere Umwerter aller demokratischen Werte haben längst erkannt: Nur in der Knechtschaft des Westens wird der Deutsche zur Freiheit genesen.

Doch wollen wir alle Erregung uns fernhalten. Wenn wir die Haltung so vieler Deutscher in den Tagen Ludwigs XIV. und Napoléons aus geschichtlichen Voraussetzungen zu begreifen vermögen, müssen wir auch lernen in der geistigen Welt ihrer Nachfahren uns zurechtzufinden. Sie haben ihre

besondere Anwendung des Nietzscheschen Satzes »Einst wart ihr Affen, und auch jetzt noch ist der Mensch mehr Affe als irgendein Affe«. Sie setzen für »Mensch« der Deutsche, und es ist wahrlich ihre tiefste Überzeugung, daß mindestens in Deutschland alles politische Werden, alles Emporwachsen zu Freiheit und Volksmacht nicht aus den Tiefen und Wurzeln der Nation nach ihrer Art geschehen könne und dürfe, sondern nur als blinde Nachahmung, als toter Abklatsch möglich sei. Genauer noch: Freiheit und Demokratie sind ihnen Waren, und als taktfeste Freihändler beziehen sie sie, wo man dergleichen am preiswürdigsten feilhält. Sie holen die künftige deutsche Volksherrschaft aus London. Doch auch die beste Marke der bestrenommierten Firma bedarf, wenn sie im Ausland marktgängig gemacht werden soll, unermüdlicher Reklame. So haben sie denn ihr ganzes Leben in allen seinen Taten und Worten zu einem endlosen Lobgesang auf die Mutter des Parlamentarismus und der Volksfreiheiten gemacht. Glaubt jemand, daß diese Publizisten die ihnen geläufigen Vorstellungen etwa aufgeben werden, nur weil Millionen deutscher Arbeiter irren Blickes umhersehen, ob der Churchillsche Hungerknebel nicht doch noch ihrer und ihrer Lieben Leben hart einschnüren und einengen werde? Deutsche Arbeiter: was für wohlfeiles Fleisch das ist, hat erst kürzlich ein Wiener Anglomane festgestellt, da er nachwies, daß der deutsche Proletarier, indem er für seine Besserstellung kämpft, nur verspießbürgert und die Entfaltung der sozialistischen Idee aufhält. In die Zeitumstände richtig eingestellt, lehrt diese Beweisführung, wie sehr sich der deutsche Arbeiter an den Zukunftshoffnungen der Menschheit versündigt, indem er sich gegen die Vernichtung seines Wirtschaftslebens durch die Engländer wehrt.

Man braucht nicht Geisterohren zu haben, um die Konzerte unserer *Westler* vor auszuhören, die uns beschieden sind, sobald die Zeit wird erfüllt sein. Man braucht nur auf das fleißige Stimmen der Instrumente hinzuhorchen, wenn sich aus dem Klanggewirre Tonfolgen loslösen. Da vernimmt man einstweilen noch leise und klagend das Lied von der »bewunderungswürdigen« englischen Regierung, deren friedvolle Unschuld deutsche Blut- und Kriegsgier ins wilde Mordgemetzel roh gestoßen. Das Leitmotiv klingt an. In allen Abwandlungen vom Heldenlied bis zum Gassenhauer wird es uns entgegentonen, entgegenbrüllen. Es ist unsere liebliche Zukunftsmusik. Und es ist die nächste, höhere Stufe dessen, was wir 10 Jahre und länger Tag um Tag erlebt haben. Wer da von uns die Katze Katze zu nennen wagte und den Dreiverband ein Länderverteilungssyndikat, wer die unabwendbar heranschreitende Gefahr des englischen Weltkriegs vorhersagte, über den erging Verleumdung und Ächtung in allen Formen. Nichts wurde gescheut die deutsche öffentliche Meinung zu betäuben und zu blenden, auch vor der offenbaren Dummheit schreckte man nicht zurück. Als die länderverteilenden Mächte Marokko verspeisten, Persien tranchierten, im nahen Orient die blutige Kette des Balkanbunds schlangen, durfte der demokratische Friedensmann immer nur vom deutschen Imperialismus reden. Wenn die englischen Staatsmänner, die englischen Admirale und Generale, die angesehensten Zeitschriften und gelesenen Zeitungen Englands offen heraus sagten, daß der Untergang Deutschlands am nächsten Tag jeden englischen Bürger bereichern würde, daß man die deutsche Flotte mit einem Schlag hinstrecken müsse, daß England nach Vernichtung der deutschen Seemacht

zu Rußland und Frankreich sagen werde: holt euch in Deutschland Kompensationen!, da durfte dies kein Deutscher auch nur anführen oder gar kommentieren. Die Kenner Englands hielten ihm sofort allerlei Traktätlein oder Predigten der Friedensapostel und aus rentenreichem, gähnendem Müßiggang humanitär Gewordenen entgegen. (Würde der auch Kenner heißen, der Richtung und Stimmung der deutschen Politik aus der Friedenswarte und den Versammlungen der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur herauslesen wollte?) Der als Kriegspräsident gewählte Poincaré, die Militärkonventionen Greys, Sasonow und Hartwig, die Nowoje Wremja, die Times und der *Matin*: alles das hat es nie gegeben, die *Westmächte* waren vielmehr in einem sichtbaren Fortschreiten zu demokratisch friedensvoller Staatspolitik, zu demokratischer Diplomatie. Das wahrlich, das wagt man heute den Deutschen zu bieten, in den Tagen des englischen Hungerkriegs.

Doch wo Tatsachen weggewischt werden sollen, muß man handfest dicke Theorien darüber streichen. Die Demokratie ist der Friede, wird uns jetzt verkündet. Heute, nicht in den Tagen Rousseaus, wo das Ovidische »Aurea prima sata est aetas, quae vindice nullo« noch die Stimmungsfarbe für die Schilderung des Naturstands abgeben konnte, und der im Schäfergeschmack aufgeputzte Mensch an sich zu der ursprünglichen Gesellschaft voll Frieden und Gerechtigkeit hinüberleitete, in die erst Gewalt der Starken Blut und Kampf gebracht habe. 140 Jahre geschichtlicher, ethnologischer, volkpsychologischer, philologischer Forschung sind seither vorübergezogen, haben alle Grundauffassungen über die Vergangenheit des Menschengeschlechts von der Wurzel aus umgegraben und umgewälzt. Die Demokratie der Friede? Man nenne gefälligst von Perikles und Kleon bis Roosevelt und Poincaré eine einzige Demokratie, die friedlich war! Und wenn es die echtste war, war es just die kriegerischste. »Per me si va nella città dolente« setzt Burkhardt als Motto an die Spitze der Schilderung der griechischen πόλεις. Die Lebensgewalt der griechischen Stadtrepubliken, der, wenn man von der Sklaverei absieht, echtsten Demokratien der Geschichte, brannte ab in rasenden, endlosen Fehden. Wie menschlich behandelte das despotische Persien die ionischen Städte, während griechische Wut sich wechselseitig mordete und in Sklaverei versenkte! Erst als es um den griechischen Demos Abend wurde, stiegen auf dem verblassenden Himmel die Ideale der Menschlichkeit, Brüderlichkeit, der Internationalität auf. Sie gestalteten sich in den von Fürstenhuld erhaltenen Gelehrtenmuseen und wurden reif, als die harte Faust der Römer die ganze griechische Welt in die gleiche schweigende Ohnmacht und Dienstbarkeit herabgedrückt hatte. Die *pax Romana* ist der Friede, den die Cäsaren und ihre Legionen geboten. Perikles und seine Volksversammlung hätten mit Friedensidealen nichts anzufangen gewußt. Wie kam es, daß Rom, erst Herrin eines Teils des heutigen Italiens, im Zweiten punischen Krieg Heeresmassen aufzubieten vermochte, die nie ein asiatischer Despot um sich versammelt hatte, und daß es in zähem Ringen das Genie Hannibals niederwarf? Rom war die demokratischere Republik, die also ihren Bürgern die weitestgehende Aushebung und den längsten und härtesten Kriegsdienst zumuten konnte. Es ist die in der Demokratie auf den Gipfel gesteigerte Staatsmacht, was sie so außerordentlich kriegsfähig und darum in der Regel so eroberungslustig macht. Als die Komitien in Rom verstummten, verlösch auch das fressende Feuer der Er-



oberung. Die Kaiser hatten die Machtorganisation des demokratischen Krieges geerbt, doch nicht seinen Geist. Ihn konnten, durften sie nicht beleben. Der in Rom waltende Imperator mußte vor den Lorbeeren der Feldherren seiner Grenzlegionen zittern, und Tiberius rief seinen Neffen ab, als dieser sich anschickte unseren Vorfahren das Schicksal zu bereiten, das in den Tagen der Republik über Gallien und Hispanien niedergegangen war. Im Wesen waren die Eroberungen der Kaiserzeit nur Grenzerweiterungen zu Verteidigungszwecken.

Nur die Demokratie vermag das Letzte aus dem Volk herauszuholen, sie ist die Mutter der eisernen Kriegszucht. Sie hat die Schweizer Urkantone an den Anfang der neuzeitlichen Heeresentwicklung gestellt und in der Glorie beispielloser Siege diesen Handbreit Erdboden der Weltgeschichte eingefügt. Wir wissen heute dank Bürkli und Delbrück, daß die Schweizer Bauern kein sanftes Volk Schillerscher Hirten waren, nie Druck und Not litten, sondern von Anbeginn erobernd ausgriffen, weil sie in all der Kleinheit ihrer Gemeinwesen durch Aufbietung des letzten Mannes stärkere Heere zu stellen vermochten als die mächtigsten Fürsten der Christenheit, weil sie die ersten waren, die wieder in gegliederter Masse kämpften und durch eiserne Disziplin dem Plündern vor dem endgültigen Sieg wehren konnten, wie sie denn auch die mittelalterliche Milde der Gefangenenbehandlung in erbarmungslosem Abschachten erstickten. Sie haben das Werkzeug des Söldnerheers geschmiedet, das jahrhundertlang die Despoten Europas führten, wahrlich allesamt schwächlich genug führten. Warum kennen alle die Jahrhunderte bis zur französischen Revolution keine Vernichtungsstrategie? Warum sind noch alle die Großen aus den Tagen des vollendeten Absolutismus: Turenne, Eugen, Marlborough, Friedrich, Ermattungsstrategen? Warum vermag die gewaltige Monarchie des Sonnenkönigs keine Länder überschwemmenden Heereszüge ins Werk zu setzen, warum, statt ins Herz des Deutschen Reichs zu stoßen, wie es die Revolutionsgenerale tun, benagen die Marschälle Ludwigs bloß die Grenzen des brüchigen Reichsbau? Weil auch der Hof von Versailles mit all seiner Königsvergötterung nicht stark genug war dem Adel seine Bauern zu nehmen und sie in die Kaserne zu stecken, das eng begrenzte Werbeheer aber nach Siegen wie nach Niederlagen schmelzend zu weitreichenden Unternehmungen nicht zulange. Der absolute Monarch kargt mit dem Leben der Soldaten, das der Demokrat frei verschwenden darf und verschwendet. Der rechte Krieg mit seinen grenzenlosen Schrecken, der Krieg, der Staaten versinken und auftauchen läßt in einem Meer von Blut, ist überhaupt nicht die Sache der absolutistischen Monarchien, sie hätten denn noch die Form der ursprünglichen Despotie, die, wie früher die Despotie der Zaren, über ein vom Fürsten bis zum Leibeigenen gleich willenloses und knetbares Volksmaterial verfügt. Das stand in dem feudalen Europa keinem Herrscher zu Gebote. Zur Tragödie des Künstlers wird die militärische Schwäche der Monarchie in dem Schicksal des größten vorrevolutionären Feldherrn: Friedrichs II. Warum wälzte Friedrich nach dem leuchtenden Sieg bei Leuthen nicht wie Napoléon nach Ulm seine Heerscharen gegen Wien und schlug den Gegner vollends zu Boden? Weil die Fuchtel der Potsdamer Wachtparade wohl den sieghaften starren Anmarsch der Linearschlacht erzwingen konnte, aber Truppen, die bei einem Waldmarsch oder Biwak wie Gefangene überwacht werden

mußten, um nicht fahnenflüchtig zu werden, nicht requirieren konnten sondern auf die langsam nachgeschobenen Magazine angewiesen waren, weil sie eine beschränkte Zahl Unersetzlicher darstellten, mit denen nur in der äußersten Not ein großes Spiel zu spielen gerechtfertigt war. Erst die Revolution schöpfte aus dem vollen Born des Volkes, erst sie verwirklichte die Staatsallmacht, brauchte von keinem Junker und keinem Grafen die Rekruten sich vorenthalten zu lassen, konnte die größten Lücken, die Sieg oder Niederlage riß, mit frischen Menschenleibern beliebig füllen, erst sie durfte wieder Länder überfluten, Throne und Reiche zerbrechen. Sie hat dem Krieg die Furchtbarkeit wiedergegeben, die er in Hannibals und Caesars Händen hatte, sie ist die Erweckerin des Vernichtungsgedankens, sie ersetzt die menschenparenden Manöver Eugens und Friedrichs durch die schonungslosen Schläge, unter denen Hunderttausende ins Grab sinken. Ihr Robespierre zu Pferde hat die demokratische Heeresverfassung dem Europa des 19. Jahrhunderts aufgezwungen. In der allgemeinen Wehrpflicht des zu Boden geschmetterten Preußens wurde die geniale Improvisation des Jakobiners Carnot dauernde Einrichtung, in Clausewitz' Werk Vom Kriege der terreur der französischen Kriege zur Lehre, die mit ihrem Grundsatz der Vernichtungsstrategie jetzt von Paris bis Tokio die Köpfe aller Heerführer beherrscht. Und besitzen, als Ergebnis der französischen Revolution, heute alle Staaten die in die Tiefe des Volks dringende Gewalt, die ihnen gestattet im Krieg den letzten Mann herauszuholen, so bezeichnet doch noch immer der Grad der Friedensleistung den Grad der Demokratisierung der Staatsform. Frankreich steht an der Spitze. Den Drang gibt die schwache Volkszahl. Aber ein volksarmes Frankreich der Bourbonen hätte den Wettlauf mit Deutschland aufgeben müssen. Gesetze wie das Dreijahrgesetz, das 67 % aller Männer, auch die Söhne des Besitzes und der Bildung, 30 Monate in die Kaserne sperrt, kann sich nur die Nation selbst auferlegen.

Die Demokratie ist sonach wahrlich nicht der Friede. Doch zu sagen, sie sei der Krieg, wäre eine ebenso unwissenschaftliche und unsocialistische Überschätzung der bloßen Staatsform. Vielmehr ist diese, mag sie eine Despotie, eine konstitutionelle Monarchie oder eine demokratische Republik sein, für den Gang der äußern Politik eines Staates im wesentlichen und in dessen größten Zügen gegenstandslos. Wie die Lage des Landes, wirtschaftliche Dränge, geschichtliche Gegebenheiten der Beziehungen zu den Nachbarn, überlieferte Macht- und Herrschaftsziele einer Nation sie bestimmen, so zieht sie ihren Weg; ihr Wandel unterliegt tieferen, inneren, andersartigen Entwicklungen. Die bloße Staatsform ändert die äußere Politik nur so weit, als durch die absolutistische Monarchie und noch schärfer durch den Feudalismus nach innen wie nach außen die Kraftäußerungen gehemmt, durch die Demokratie unter sonst gleichen Umständen, und wiederum nach außen nicht weniger als nach innen, entfesselt werden. Das feudale Frankreich Heinrichs II. schob sich erobernd rheinwärts, den selben Weg wandelte die vollendete Selbstherrschaft Ludwigs XIV., und wieder über den Rhein, nur mit verhundertfacher Gewalt, brachen die Kraftströme, die das revolutionär umgewandelte Frankreich Robespierres und Napoléons in schäumendem Leben erzeugt hatte. Nicht anders steht es um England. Seit die Tudors die bis dahin wasserscheuen Briten aufs Meer hinausgetrieben, wurde die Alleingewalt zur See das starr festgehaltene Ziel aller britischen Politik. Das Monksche Wort »Was braucht es viele Gründe

zu einem Krieg gegen Holland? Wir brauchen mehr von dem Handel, den Holland hat« hätte schon Cromwell sprechen können, und die demokratischen Staatsmänner und führenden Schriftsteller des Englands von heute haben 15 Jahre in endlosen Tonabwandlungen den schönen Satz uns in die Ohren geschrien. Ob Republik, ob Adelsclique mit Königszier, ob Puritaner oder Anglikaner, ob endlich Nonkonformisten und sozialistende Schatzkanzler: Holland, Frankreich und Deutschland haben nach einander eindringlich erfahren, daß Englands Appetit nach fremdem Handel jederzeit gleich gesund und stark ist. Und wenn die deutschen Arbeiter heute, von der Vernichtung der deutschen Handelsflotte und der Zerstörung aller überseeischen Verbindungen, dem englischen Ziel des Krieges selbst in des Sozialisten Hyndman Mund, mehr zu besorgen haben als das vorwiegend bäuerliche Frankreich Napoléons, wenn die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt die »bewunderungswürdigen« Churchill und Genossen zu dem Versuch anstachelt, ob sich das Ziel nicht auf dem Weg über die Leichen verhungerner deutscher Arbeiterkinder gewinnen ließe, so ist doch nicht einzusehen, warum der deutsche Proletarier seine unerbittlichen Aushungerer nur deshalb lieben und schätzen soll, weil sie sich zu Haus ihr Heim verfassungsmäßig prächtig eingerichtet haben und nun mit desto größerer Bequemlichkeit, mit gepflegterer und ausgeruhterer Kraft in fremde Häuser einbrechen können. Doch sogar das Rußland des jetzt überall bei den Ententeverehrern in seiner Ehre reparierten Zaren macht von unserer Regel keine Ausnahme. Auch hier endet die Revolution, soweit die auswärtige Politik in Frage kommt, mit der Übernahme der Geschäfte des bisher revolutionär Bekämpften. Die Parteiführer, die 1904 die Zarenpolitik im Fernen Osten verfluchten, als es noch keine Duma gab, bewilligen in der dritten Duma die Hunderte von Millionen für die Amurbahn, der Präsident der Duma ist ebenso überzeugt wie einst Pobjedonoszew und Alexander III., daß die Kleinarussen kein Anrecht auf ihre eigene Sprache haben, der ehemalige Marxist Struwe tut es nicht anders. Und als der Krieg ausbricht, entdecken sogar Sozialdemokraten und Anarchisten, die wie Plechanow und Krapotkin noch auf keinem Abgeordnetenstuhl sitzen, ihr Herz für die Einheit und Unteilbarkeit Rußlands, das heißt für den gegenwärtigen Herrschaftszustand, bei dem die Großrussen ungefähr 70 bis 80 Millionen *Andersstämmige* unter ihrem Stiefelabsatz halten. Die Entwickelung des russischen Proletariats bedarf des Sieges des Zaren und also auch der Ausbreitung nach den Meeren, die seit Peter dem Großen alle Selbstherrscher mit der Seele suchten, und jetzt in bester sozialdemokratischer Gesellschaft suchen. Daß die Armenier, die Ruthenen Galiziens und die Deutschen Ostpreußens andere Meinungen über die Nützlichkeit eines Zarensiegs hegen, daran kehrt sich Plechanow so wenig wie Nikolaj selber.

Nun sollte eigentlich diese ganze umständliche Beweisführung unnötig sein. Unmöglich kann ein Sozialdemokrat glauben, die Demokratie beseitige den Krieg. Denn wäre die bloße Regierungsform imstande die ungeheuren Interessenbewegungen, die in einen Krieg münden, aus der Welt zu schaffen, könnte sie die Engländer auf das Monopol der Ausnutzung und Beherrschung der Meere, Rußland auf die Vormachtstellung in der Slawenwelt verzichten machen, warum dann noch ein Sozialismus? Es wäre ein zweckloser Anwuchs. Er ist es sicherlich für den, der rein nach Art des alten biedern Demokratismus von Anno Tobak die größten und verwickeltesten Macht-

Wirtschaftsprobleme der Nationen, wie sie im Krieg zur Entscheidung kommen, in dem Gegensatz zwischen dem alles Gute, Friedliche und Schöne wollenden Gesamtvolk und der ränkevollen, im Dunklen schleichenden Kriegstücke der Throne und Diplomaten beschlossen und gelöst glaubt. Wie gründlich sind für die, die so denken, reden und schreiben, Marx und Engels gestorben und verscharrt! Die *Westmächte* sind demokratisch, die Demokratie ist (was ihr in dem wirklichen Verlauf der Geschichte freilich noch niemand anmerken konnte) notwendig friedlich, also sind offenbar auch die *Westmächte* am Weltkrieg unschuldig: was zu beweisen war. Ja aber um Himmelswillen, glaubt man noch immer der Sache der Demokratie in Deutschland zu nützen, wenn man sie, statt sie zur nationalen Sache der Deutschen werden zu lassen, aus deutscher Volksnotwendigkeit abzuleiten und zu erweisen, durch das lockende Vorbild der *Westmächte* schmackhaft macht? Wird das Lob der Aushungerer für die Demokratie zu einer Empfehlung vor denen, die ausgehungert werden sollen? Nein und wieder nein. Die Übertragung der englischen Mode aus dem Schneiderladen in die Politik, wie sie einige Unverbesserliche betreiben, ist den deutschen Arbeitern schon lange teuer genug zu stehen gekommen. Auch in der innern Politik ringt man um die Seelen der Neutralen. Keine besseren Bundesgenossen und Helfer haben die Klassengegner der Arbeiter als diejenigen, deren anglistisches Gerede vor den Augen der mehr oder weniger im Klassenkampf indifferenten den Anschein einer Auslandssucht der Sozialdemokratie erregt.

Der 4. August 1914 hat dem dummen und dreisten Märchen von der Vaterlandslosigkeit der Arbeiter ein Ende gesetzt. Endlos fließt das Opferblut der Arbeiter für die deutsche Sache und schwemmt in seinem Strom Irrtum, Nichtverständnis, Lüge fort. Sollte wirklich jemand meinen, des Blutes sei so köstlich viel, daß es auf etliche allerneueste Ungeschicklichkeiten und Torheiten nicht weiter ankomme?

XX  
**HEINRICH LUX · DIE NEUORIENTIERUNG UNSERER INDUSTRIE DURCH DEN WELTKRIEG**



Bei einer Ansprache im Verein deutscher Ingenieure führte Dr. Ing. Oechelhäuser aus, »daß es jetzt für uns darauf ankomme die schwere Zeit dieses sicherlich nicht kurzen Krieges nicht nur auszuhalten sondern diese Zeit noch zu benutzen, um eine völlige Umorientierung unserer Ingenieurtechnik vorzunehmen.«

Vor Ausbruch des Krieges hätte eine solche Forderung, die darin gipfelt uns in wirtschaftlicher Hinsicht zu emanzipieren, beinahe chinesisch angemutet. In den 43 Friedensjahren, in denen sich der große Werdeprozeß der deutschen Industrie und Technik vollzog, war bei uns das Streben unverkennbar in der Produktion und im Warenaustausch nach Möglichkeit internationale Beziehungen zu pflegen. Wir waren der Meinung, daß eine innerhalb der Staatengrenzen in sich geschlossene Eigenwirtschaft weder kulturfördernd sei noch im Interesse von Industrie und Handel liege. Wir suchten nach Möglichkeit die in der Mechanik herrschende Forderung zu erfüllen: mit dem geringsten Energieaufwand die größten und stärksten Leistungen zu vollbringen. Wir importierten deshalb Kupfer, Eisen, Aluminium, Nickel, Wolfram, obwohl wir den größten Teil des Bedarfs durch Eigenproduktion

hätten decken können, weil die Minen in den Vereinigten Staaten, in Mexiko, Marokko, Schweden, Norwegen reicher sind und trotz der Transportkosten das Roherz an die deutschen Verwendungsstellen billiger lieferten als die heimischen Bergwerke. Anstatt den Bedarf an Nahrungsmitteln durch Eigenbau zu decken, importierten wir lieber Weizen aus Amerika, Roggen aus Rußland und bauten dafür auf dem deutschen Weizenland Zuckerrüben und auf dem Roggenland Kartoffeln für die Spiritusbrennerei. Gewaltige Moorländereien in Hannover, Preußen und Brandenburg wurden weder industriell noch landwirtschaftlich rationell ausgenutzt, weil die für die Kulturarbeit erforderlichen gewaltigen Geldsummen im Import- und Exporthandel rascher rollten und höhere Profite abwarfen. Es war uns als eine Verschwendung im Sinn der Weltwirtschaft erschienen neben das weitverzweigte englische Kabelnetz ein deutsches Netz zu legen. Eine große Zahl von Rohstoffen, ich nenne nur Petroleum, Benzin, Kautschuk, Salpeter, in deren Bezug wir ganz vom Ausland abhängen, haben wir kurzer Hand in den gegebenen Formen für unsere Industrien verwandt, um keine Zeit damit zu verschwenden heimische Stoffe ausfindig zu machen, mit denen auf anderm Weg die gleichen Leistungen zu vollziehen sind. Umgekehrt haben wir unbekümmert von unseren Schätzen abgegeben, mehr als uns dienlich war. Kruppsche Kanonen, auf deutschen Werften gebaute Kriegsschiffe, deutsche Dynamomaschinen, Funkentelegraphen, Eisenbahnschienen, Werkzeugmaschinen, Chemikalien, Arzneistoffe, Glühlampen, Scheinwerfer, Bogenlampenkohlen, Gasglühkörper, Petroleumlampen, photographische Apparate, landwirtschaftliche Maschinen, Lokomobile, Lokomotiven, Bagger, Zement, Fernrohre, Distanzmesser, Periskope, Kreiselkompass, Verbandstoffe, Röntgenapparate und Röntgenröhren, chirurgische Instrumente, Mikroskope und tausend andere Dinge fanden im Ausland willige Abnehmer. Indem wir in unserer Industrie unser Augenmerk mehr darauf gerichtet hatten auf dem Weltmarkt eine dominierende Stellung zu erhalten als Produktion und Absatz auf die Bedürfnisse des Inlands abzustimmen, sind zwischen uns und dem Ausland Abhängigkeitsverhältnisse entstanden, die eine in sich geschlossene Eigenproduktion fast undurchführbar erscheinen ließen.

Der Ausbruch des Krieges hat uns nun gelehrt, daß dieses Abhängigkeitsverhältnis für uns nachteiliger als für das feindliche Ausland ist. Indem sich unsere Industrie auf die Fertigfabrikation ausländischer Rohstoffe einrichtete, mußte mit der Sperrung unserer Grenzen für diese Rohstoffe in zahlreichen Betrieben eine Deroute eintreten, die einer verlorenen Schlacht gleich zu werten ist. Natürlich litt auch das Ausland durch die Unterbindung des deutschen Handels unberechenbaren Schaden.<sup>1)</sup> Aber dadurch wird unser eigener Schaden um nichts vermindert.



W OHL den schwersten Schlag erhielten wir, gleich beim Ausbruch des Krieges, durch unsere Nachrichtenisolierung. Noch ehe Englands formelle Kriegserklärung erfolgt war, hatte es bereits seinen Pressefeldzug gegen Deutschland eröffnet. Er kostete uns die Reste von Sympathieen in Nord- und Südamerika, in Portugal, Italien. Um diesen Schaden wieder wettzu-

<sup>1)</sup> Wie intensiv dieser Schaden empfunden wird, geht aus den Auslassungen der Engineering News hervor, die ich in der Rundschau Technik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 1209 f., wiedergegeben habe.

machen, werden Jahrzehnte von Friedensarbeit nicht ausreichen. Wir aber waren ohnmächtig und konnten den Schlag nicht parieren, weil wir im Nachrichtendienst von den englischen Kabelgesellschaften abhängig waren und unser Welttelefunkennetz erst im Entstehen begriffen war. Diese erste schmerzliche Lehre, die uns der Krieg gab, werden wir hoffentlich nicht in den Wind schlagen.

Weit schwieriger ist es dagegen die zweite Lehre zu beherzigen, die uns die zwingende Notwendigkeit vor Augen stellt: uns für alle Eventualitäten durch unbedingte Autogenie auf industriell-technischem Gebiet zu sichern. Im Augenblick sind wir durch das von England ausgeübte Seeräuberrecht zu fast vollkommener Eigenwirtschaft gezwungen. Wohl oder übel mußte die deutsche Industrie sich den völlig veränderten Verhältnissen anpassen. Daß sie es vermochte, ist ein Zeichen ihrer Kraft und Elastizität. Mit den Augen eines von aller Welt abgeschlossenen Robinson durchmusterst sie jetzt die in Deutschland und den verbündeten Staaten vorhandenen Mittel und Naturschätze, um sich selbst lebensfähig zu erhalten und den Bedürfnissen von Volk und Heer ohne nennenswerte Zufuhr aus dem Ausland genügen zu können. Nach dem Friedensschluß wird die Industrie daran gehen müssen unsere Auslandsstatistik kritisch zu durchforschen, um zu erkennen, welche großen Aufgaben sie auch auf dem Inlandsmarkt noch zu lösen hat. Denn in sich ist es natürlich ein Unding, wenn unsere Maschinenindustrie auf der einen Seite nach Rußland, China, Indien usw. Werkzeugmaschinen, Schreibmaschinen, Nähmaschinen usw. exportiert und andererseits gleichartige Erzeugnisse aus Amerika importiert. Es ist ein Unding Zucker und Spiritus für den Export zu produzieren, um damit gewaltige Landstriche der inländischen Nahrungsmittelversorgung zu entziehen. Es ist ein Unding Torfländereien von dem Umfang ganzer Provinzen technisch und landwirtschaftlich unproduktiv liegen zu lassen und aus Bequemlichkeitsgründen oder aus rein merkantilen Interessen landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Kanada, Australien oder Indien einzuführen.

Im System der Weltwirtschaft bildete der Austausch von amerikanischem Kupfer gegen deutsche Kalisalze ein glänzendes Kapitel, denn dieser Austausch gewährleistete dem Zwischenhandel und der Schifffahrt enorme Verdienste. Jetzt aber erkennen wir zu unserm Schaden die unangenehme Kehrseite der Medaille. Infolge der Beschlagnahme aller Vorräte von Kupfer und Kupferlegierungen für Heereszwecke befindet sich unsere elektrotechnische Industrie, befindet sich die deutsche Metallwarenfabrikation, soweit sie nicht Heereslieferungen leistet, in schwerer Bedrängnis. Der Verbrauch an Kupfer und Kupferlegierungen bei den überanstrengten Lokomotiven, den ständig unter Dampf liegenden Kriegsschiffen, den unausgesetzt beanspruchten Achsenlagern der Eisenbahnwagen ist an und für sich schon enorm. Dazu kommt noch der Bedarf an Dichtungsringen für Granaten, an Patronenhülsen und -rahmen, Beschlägen für Ausrüstungsgegenstände, an Feldtelefonleitungen, Granatzündern, Torpedos, Schiffschrauben, Ventilen und Armaturteilen usw. usw. Der Abgang ist hier so bedeutend, daß die Heeresverwaltung sich alle verfügbaren Bestände sichern mußte, selbst auf die Gefahr hin einzelne Industriezweige empfindlich zu schädigen. Nach zuverlässigen Schätzungen sollen die Vorräte an Kupfer und Kupferlegierungen für Zwecke des Heeres und der Marine zwar aus-

reichen, selbst wenn der Krieg noch 2 Jahre dauern sollte. Damit ist aber der Privatindustrie nicht geholfen. Sie leidet unter dem Kupfermangel. Daraus ist zu ersehen, wie wichtig es für die gesamte Industrie gewesen wäre, wenn sie es gelernt hätte mit der deutschen Eigenproduktion von etwa 65 000 Tonnen Kupfer im Jahr auszukommen und das Manko mit Eisen, Aluminium, Aluminiumbronze oder anderen Stoffen zu decken.

Die elektrotechnische Industrie ist jetzt gezwungen für Leitungszwecke Eisendraht zu benutzen. Bei Gleichstromanlagen ist das an sich kein Nachteil, denn wenn auch im Verhältnis des geringern Leitungsvermögens des Eisens stärkere Drahtquerschnitte als bei Kupferleitungen genommen werden müssen, so ist der Preis von Eisenleitungen erheblich niedriger als der von Kupferdrähten, und wegen der größeren Zugfestigkeit kann bei der Verwendung von Eisen- respektive Stahlleitungen noch an Trägermasten usw. gespart werden. Bei Wechselstromleitungen aber bedingt das Eisen durch das Auftreten magnetischer Erscheinungen ganz bedeutende Energieverluste: Telephonleitungen können über eine bestimmte Entfernung hinaus dieser Verluste wegen überhaupt nicht mehr aus Eisendraht oder Stahldraht hergestellt werden. Auch beim Bau von Dynamomaschinen und Elektromotoren können die Wickelungen nicht aus Eisendraht hergestellt werden, wenn man nicht ganz ungewöhnlich große Dimensionen in Kauf nehmen will. Hier aber leistet das Aluminium oder auch die Aluminiumbronze einen brauchbaren Ersatz. Freilich ist Deutschland auch hier noch auf den Import angewiesen, da nach den gegenwärtigen Verfahren die elektrometallurgische Aluminiumerzeugung nur dort lohnend ist, wo billige Wasserkräfte zur Verfügung stehen. In der kapitalistischen Produktion ist ein solches Stigma ausreichend, um auch die Forschung nach neuen Herstellungsverfahren zu lähmen. Der Weltkrieg und die durch ihn für uns bedingte Isolierung hat aber wohl eine arge Bresche in das Dogma von dem Segen der Austauschwirtschaft geschlagen, und wir werden wohl oder übel daran gehen müssen auch hier nach neuen Wegen zu suchen, um uns selbständig machen zu können, und wenn wir dazu auch ganz neue technische Wege einschlagen müssen. Das ist vielleicht sogar der Ansatz zu einem ganz besonders technischen Fortschritt. Wenn wir heute Kupferleitungen durch Eisendraht ersetzen, so greifen wir notgedrungen zu einem minderwertigen Surrogat. Das ist natürlich ebensowenig ein Fortschritt wie es ein Fortschritt wäre, wenn wir aus Mangel an Stahl wieder Feuerstein bearbeiten würden. Ein immenser Fortschritt aber wäre es, wenn wir in den Stand gesetzt würden die gleichen elektrotechnischen Leistungen von heute mit dem zehnten Teil des Kupferaufwands zu vollziehen. Hier ruhen noch Probleme, an deren Bearbeitung man bisher nicht herangegangen ist, weil noch kein Zwang vorlag.

In einer ganz analogen Situation befinden wir uns mit dem Kautschuk. Die Automobilindustrie und zahlreiche andere Industrien sind ganz auf diesen wertvollen Rohstoff angewiesen, der nur aus den Tropen bezogen werden kann. Der Bedarf an Kautschuk ist dabei in den letzten Jahren so angewachsen, daß die Produktion kaum damit Schritt zu halten vermochte. Da wir den Kautschuk wegen seiner wertvollen physikalischen und chemischen Eigenschaften für schlechthin unersetzlich halten, sein Preis aber von Jahr zu Jahr stieg, empfand die Industrie einen mächtigen Anreiz Kautschuk auf synthetischem Weg zu erzeugen. Das Problem ist laboratoriumsmäßig

in den letzten Jahren gelöst. Dagegen sind wir noch sehr weit davon entfernt den Bedarf an Kautschuk auch nur einigermaßen durch das Kunstprodukt zu decken. Bei diesem Stand muß die Frage aufgeworfen werden, ob wir uns nicht für die meisten Anwendungszwecke ganz von dem Kautschuk emanzipieren können. Wir schätzen an dem Kautschuk und anderen Gummiarten vor allem seine hervorragende Elastizität, seine Widerstandsfähigkeit gegen chemische Agenzien, die Möglichkeit mit ihm wasserdichte und wenigstens teilweise gasdichte Stoffe herzustellen; ferner ist er ein ausgezeichnetes Isolationsmaterial gegen Elektrizität. Wegen dieser Eigenschaften werden die verschiedenen Gummierzeugnisse zur Herstellung elastischer Radreifen, zur Fabrikation von Gas- und Wasserschläuchen, von Dichtungsringen, Regenmänteln, Ballonhülsen, Überschuhen, chirurgischen Instrumenten, Schalterhebeln, Isolatoren, Drahtumkleidungen für elektrische Leitungen, Kämmen usw. verarbeitet. Bei allen genannten Verwendungsarten kommen die verschiedenen günstigen Eigenschaften des Gummis aber durchaus nicht gleichzeitig zur Geltung, es ist deshalb eine Verschwendung, wenn man den teuren Gummi für solche Zwecke anwendet, wo er leicht durch andere, billigere Stoffe ersetzt werden kann.

Greifen wir beispielsweise die Automobilreifen heraus. Zahlreiche Privatautomobile müssen jetzt in Deutschland stillgesetzt werden, weil Gummireifen nicht zu haben sind. Sind die Automobile aber wirklich und ausschließlich auf Gummireifen angewiesen? Ist die technische Leistung, die der Gummireifen zu vollziehen hat, nicht auch durch andere technische Mittel zu erreichen, die nicht auch zugleich dem immensen Verschleiß unterworfen sind wie die Gummireifen? Die Patentliteratur zeigt, welche Unsumme von Erfinderarbeit auf die Lösung dieser Frage gerichtet gewesen ist. Daß aus dieser Arbeit noch kein voller Erfolg herausgesprungen ist, liegt aber nicht an der Unlösbarkeit der Aufgabe, sondern daran, daß mit der Benutzung importierten Kautschuks für den Automobilbedarf größere kommerzielle Momentanerfolge zu erzielen sind als durch die Ausbildung einer vollkommen elastischen Felge aus Stahl oder einem andern Material. Nicht anders liegt es bei den Gummischläuchen. Kilometerweise werden jährlich teure Gummischläuche zum Sprengen von Gärten, Parkanlagen verwüstet. Durch unsachgemäßes Handhaben, durch Schleifen auf rauhem Sandboden, durch Lagern in der Sonne wird ihnen außerdem noch ein frühzeitiges Ende bereitet. Und hier sind die Gummischläuche ohne weiteres durch die ungleich robusteren Spiralschläuche aus zusammengefaltetem Stahlband usw. zu ersetzen. Für den Anschluß von beweglichen Gasapparaten, Lampen, Bügeleisen, Heizöfen usw. sollten die Gummischläuche überhaupt eliminiert und durch Metallschläuche ersetzt werden, weil die unzuverlässigen Gummischläuche eine permanente Gefahrenquelle bilden. Es ist nichts anderes als eingewurzelter Schlendrian, wenn man immer und immer wieder zum Gummischlauch zurückkehrt. Es ist zu erwarten, daß die Zwangslage, in der wir uns gegenwärtig befinden, zu gründlicher Revidierung unserer Gewohnheiten führen wird.

Noch auf zahlreichen anderen technischen Gebieten tut eine Umorientierung der Industrie dringend not, wie uns der Krieg gelehrt hat.

Der Erfolg unserer Explosionsmotoren und damit der Aufschwung von Automobilismus und Luftfahrt sind an die Verwendung amerikanischen Ben-



zins geknüpft. Es ist sicher sehr viel bequemer gewesen Motoren für Leichtbenzin zu bauen als sich der Aufgabe zu widmen ein geeignetes Triebmittel aus Inlandsprodukten ausfindig zu machen. Die Sperrung der Benzinzufuhr und die dadurch notwendig gewordene Beschlagnahme der Benzinvorräte zeigt uns, daß wir auf diesem Weg in eine Sackgasse geraten sind. Und doch bietet sich hier möglicherweise ein recht gangbarer Ausweg. Ich denke hier an das Prinzip des Dieselmotors. Der Erfinder hat bekanntlich selbst gar nicht die letzten Konsequenzen aus seiner zunächst theoretisch gemachten Erfindung gezogen. Er ging von dem Gedanken aus nach der Ansaugperiode im Kolben so starke Drucke zu erzeugen, daß die Entzündungstemperatur von schweren Kohlenwasserstoffen und selbst von Kohlenstaub erreicht würde. Meines Wissens sind Dieselmotoren für Kohlenstaubverbrennung auch nicht einmal für Versuchszwecke gebaut worden. Heute sollte dieser Gedanke energisch wieder aufgegriffen werden. Wenn die Lösung auch sicher nicht einfach ist, besonders dann nicht, wenn es sich um den Bau sehr leichter Motoren handelt, so liegt sie doch nicht außerhalb des Bereichs des Möglichen. Mit einem sicher arbeitenden, kleinen und leichten Kohlenstaubmotor wären wir aus allen Kalamitäten heraus, und wir könnten rationellste Eigenwirtschaft treiben.

Weit verhängnisvoller als bei der Auslandsabhängigkeit von Kupfer, Kautschuk und Benzin hätte für uns die Abhängigkeit der einheimischen Sprengstofffabriken von Chilisalpeter werden können, wenn hier nicht die ständig steigenden Kosten und das Knapperwerden dieser Stickstoffverbindung das Augenmerk unserer Chemiker schon längst darauf gelenkt hätte den Luftstickstoff für technische Zwecke nutzbar zu machen. Hier ist das Problem theoretisch bereits mehrfach gelöst, und wir sind, wenn, wie im Krieg, die Kosten erst in zweiter Linie in Betracht kommen, praktisch vom Ausland unabhängig. Dazu sind heute an verschiedenen Stellen im Reich Chemiker an der Arbeit die schließlich auch für den Krieg nicht ganz unwichtige Frage zu lösen billige Erzeugungsmethoden von Salpetersäure aus dem Luftstickstoff ausfindig zu machen.

Noch an einer andern Stelle ist bereits eine Umorientierung in der Industrie erfolgt, nämlich in der vollkommenen Ausnutzung anscheinend verbrauchter und für den gegenwärtigen Besitzer nutzloser Gegenstände. Je wohlhabender Deutschland wurde, desto mehr wurde Raubbau getrieben; wir lernten es immer mehr mit unseren Natur- und Kunstprodukten haushälterisch umzugehen. Von den Küchenabfällen angefangen, bis zu unseren abgetragenen Kleidungsstücken, Teppichen und unseren Metallgegenständen ließen wir bisher Millionen auf Millionen im Jahr achtlos verkommen. Wir verbrauchten immer neue Massen bester Wolle zu untergeordneten Zwecken, wie zu Decken, Vorhängen und dergleichen, anstatt hierfür abgetragene Kleidungsstücke verarbeiten zu lassen. Jahr für Jahr wurden ungeheure Wälder skrupellos abgeholzt, um immer neues Zeitungspapier zu erzeugen und dieses achtlos der Vernichtung anheimzugeben, anstatt aus dem alten bedruckten Zeitungspapier neue weiße Bogen und Rollen herzustellen. In unseren Schränken und Kästen lagern Millionen von Kilogramm von altem Kupfer, Messing, Zinn in Gestalt von Knöpfen, Schrauben, alten Beschlägen, Lampen, Brennern, verbogenen Drähten, durchgebranntem Kochgeschirr, leeren Zinntuben; wie viele Zentner Stanniol wurden täglich beim Aufmachen

von Schokoladen-, Tee-, Vanillepackungen weggeworfen! Die Not des Krieges hat uns bereits gelehrt auch an diesen Dingen nicht achtlos vorüberzugehen. Heute ist es strenge Vorschrift der Militärdiktatur die Küchenabfälle der Viehfütterung wieder zuzuführen. Die Reichswollwoche hat so gewaltige Vorräte alter Wollsachen ans Tageslicht gefördert, daß alle Schützengräben mit Decken und Sophas ausgestattet werden könnten. Und ich bin davon überzeugt, daß das systematische Einsammeln von alten Metallgegenständen uns über manche Schwierigkeit hinaus helfen wird.

Am schnellsten hat bisher die Textilindustrie sich umorientiert. Als die Wolle anfang selbst für Militäruniformen knapp zu werden, traten an die Stelle von Tuchen, halbwoollene und selbst baumwollene Gewebe. Was man im Frieden für unausdenkbar gehalten hätte, das wurde im Krieg Ereignis: Offiziere tragen Lodenmäntel, und Mannschaften marschieren mit Rucksäcken. Matratzen werden aus Holzwolle hergestellt, und für Tausende von warmen Decken liefert zusammengeknülltes Zeitungspapier ein ebenso billiges wie zweckmäßiges Grundmaterial.

Um die Beispiele nicht so sehr zu häufen, will ich mich mit dem skizzenhaften Hinweis auf einzelne Industriezweige, in denen durch den Krieg eine Umorientierung zwingende Notwendigkeit geworden ist, begnügen. Aber das Problem der künstlichen Nahrungserzeugung soll wenigstens noch gestreift werden. Heute erscheint es vielleicht noch ganz utopisch Sägespäne als vollwertiges Nahrungsmittel zu verwenden. Aber was die Wiederkäuer in ihrem Verdauungstraktus leisten, nämlich die Aufschließung verholzter Zellulose, kann der Chemiker auch in der Retorte vollziehen. Die Herstellung von Zucker und Alkohol aus Holz ist gelungen, freilich nur laboratorienmäßig; sie sollte auch fabrikmäßig möglich werden. Noch zwingt uns nicht die Not auch die Wälder für Ernährungszwecke nutzbar zu machen. Aber in dem Ringen um unsere Volksexistenz erscheinen systematische Arbeiten zur Lösung auch dieses Problems durchaus nicht verfrüht.

Die Verschwendung von Material und Energie ist überhaupt ein besonderes Kapitel der Technik, dem bisher noch lange nicht genügende Beachtung geschenkt worden ist. Im Wohlstand eines langen Friedens war seine Behandlung nicht so brennend wie jetzt, wo es an allen Ecken und Enden an Arbeitskräften fehlt, und jeder gesparte Zentner Material, jede gesparte Pferdestärke für das Durchhalten ebenso wichtig ist wie jedes gesparte Kilo Brotfrucht. An verschiedenen Stellen treiben wir Raubbau mit unseren Naturschätzen. Am größten ist er bei unseren Kohlenlagern. Unsere Öfen und Kesselfeuerungen arbeiten mit unglaublich kleinem Nutzeffekt, und daneben vernichten wir mit der einfachen Verbrennung von Steinkohlen noch die wertvollen Stoffe, die wir bei der trockenen Destillation der Kohlen in der Gestalt von Ammoniak, Teer und Zyan gewinnen könnten. Wir sollten deshalb als Brennmaterial ausschließlich Koks und, wenn irgend möglich, Steinkohlengas verwenden. Ganz rationell aber würden wir wirtschaften, wenn wir die in der Steinkohle und der Braunkohle aufgespeicherten Energien gleich an den Fundstellen in andere Energieformen umwandelten, in Elektrizität oder Gas für Fernleitungen, und nur den Koks oder die Verkohlungsnebenprodukte in verarbeiteter und direkt verwendbarer Form auf die Reise schickten. Die Güterzüge würden dann im Durchschnitt noch nicht die Hälfte unserer heutigen Länge haben, und es würde gewaltig an

rollendem Material, an Bedienungs- und Transportkosten gespart werden können. Daß auch die elektrische Beförderung aller Züge ein Postulat der Wirtschaftlichkeit ist, versteht sich von selbst.



MIT der Forderung in der Produktion mit Energieen und Materialien hauszuhalten soll indessen nicht einer engherzigen Knausererei das Wort geredet werden. Die schöpferische Tätigkeit hat anderen Leitsätzen zu folgen als die technische Produktion. Bei allen großen Erfindungen kam es immer und in erster Linie auf eine Qualitätsänderung in der Leistung an, der ökonomische Nutzeffekt spielte im Geist der Erfinder nur eine untergeordnete Rolle. Als die Dampfmaschine auf den Plan trat, und die alte Verkehrsmethode durch Lokomotive und Dampfschiff in grundstürzender Weise geändert wurde, dachte man gar nicht daran den prinzipiell neuen Verkehrsmitteln ihren Nutzeffekt nachzurechnen. Als das Problem des Automobilismus greifbare Gestalt annahm, war die erreichte neue Verkehrsform von unendlich größerer Wichtigkeit als die Frage der Betriebsstoffausnutzung. Bei der Luftfahrt ist die Tatsache, daß wir fliegen können, das erreichte Ziel eines uralten Menschheitstraums, und nur Nörgler können hier nachrechnen wollen, daß wir beim Fliegen Energie verschwenden. Noch weit größer sind die Energievergeudungen bei der Funkentelegraphie, bei der wir mit einem Ausnutzungskoeffizienten von noch nicht  $1\frac{1}{1000}$  arbeiten; aber diese immense Verschwendung nehmen wir seelenruhig in Kauf, wenn wir ungehindert von Nauen nach Togo sprechen können. Mit der Scheu vor Energieverschwendung würden wir niemals fliegen oder das Luftmeer durch den elektrischen Funken zu überwinden gelernt haben, denn die lastende Erdschwere dieser Forderung ist ganz dazu angetan allen Erfindergeist, alle Unternehmungslust zu lähmen. Hierzu gehören Idealismus und ein Stück Abenteuerermut, und beiden ist das ängstliche Rechnen wesensfremd. Das Rechnen ist aber am Platz in den Tagen der Not, des äußern Zwangs, wo uns nur haushälterisches Wirtschaften die Erhaltung des nationalen Lebens und die Sicherung der Kultur gewährleistet. Und jetzt, unter dem Druck des Krieges, ist für das isolierte Deutschland die Umorientierung der Technik unter dem Gesichtspunkt des haushälterischen Wirtschaftens mit Materialien und Energieen zwingendes Gebot. Und auch im Frieden wird uns dann bei der Vertiefung technischer Arbeit diese Umorientierung wertvollste Dienste leisten.

So wichtig es aber auch für uns ist, daß wir mit der von uns erreichten Herrschaft über die technischen Mittel der Schwierigkeiten Herr werden können, in die uns die starke Abhängigkeit von dem feindlichen Ausland hineingebracht hat, so kann uns das doch für die Zukunft nicht genügen. Indem wir uns in zahlreichen Produktionszweigen so eingestellt hatten, daß das Ausland als Rohstofflieferant, Deutschland als Fertigwarenfabrikant in Betracht kam, mußte uns die Unterbindung der Rohstoffversorgung notwendig in eine überaus schwierige Situation bringen. Uns auch an dieser Stelle für die Zeit nach dem Frieden zu sichern ist eine unserer wichtigsten Gegenwartsaufgaben. Wir müssen uns auch in der Rohstoffherzeugung vom Ausland unabhängig machen. Im deutschen Mutterland können wir das nicht mehr, oder doch nur noch in beschränktem Umfang. Es zwingt sich deshalb ganz von selbst die Forderung auf unsere bisher noch bescheidene Kolonialwirtschaft in systematischer Weise auszubauen.

In Deutsch Südwestafrika können wir Wolle und Fleisch produzieren so gut wie im Kapland; wahrscheinlich steht uns dort auch Kupfer in reicher Menge zur Verfügung. Die deutschostafrikanischen und Kameruner Kautschukplantagen haben sich zwar schon etwas an der Lieferung von Gummi beteiligt, aber sie müssen so weit ausgebaut werden, daß sie uns gänzlich von den brasilianisch-englischen Produzenten unabhängig machen können. Auch für die Lieferung landwirtschaftlicher Produkte, ganz abgesehen von Tee, Kaffee, Kakao, müssen die Kolonien in intensiver Weise herangezogen werden. Als Lieferanten vegetabilischer Öle kommen sie schon heute stark in Betracht; durch die Verwandlung der Öle in feste Fette würden sie weiter zur Versorgung des Mutterlands mit Nahrungsmitteln beitragen. Bisher hingen unsere Kolonien an Deutschland noch wie ein unorganischer Fremdkörper; welche Bedeutung die Kolonien für das Mutterland im Fall des Krieges haben, das sehen wir am besten an England, dem sie Kornmagazine, Rohstofflieferanten und Flottenstützpunkte zu gleicher Zeit sind.

So stellt sich wirkliche Kolonisation als eine der wichtigsten Aufgaben heraus, deren Erfüllung uns dieser Krieg als notwendige Forderung vor Augen geführt hat.

XX  
**HERMANN MATTUTAT · DIE KOMMUNALE LE-  
 BENSMITTELVERSORGUNG**

**N**ACH den zu Beginn des Krieges von den amtlichen Stellen abgegebenen Erklärungen sollten die zur Verfügung stehenden Lebensmittel zur Ernährung der deutschen Bevölkerung bis zur nächsten Ernte ausreichen; eine Aushungerung Deutschlands wäre nicht zu befürchten. Diese Versicherungen wurden von der Bevölkerung zunächst sehr pessimistisch aufgenommen, wie der Sturm auf die Lebensmittelgeschäfte bei Ausbruch des Krieges erkennen ließ. Sehr bald jedoch trat eine Beruhigung ein, und schließlich machte sich in weiten Bevölkerungskreisen sogar eine ziemlich weitgehende Sorglosigkeit über die Gestaltung der Lebensmittelversorgung während des Krieges bemerkbar, die besonders in dem starken Weizenmehlverbrauch zum Ausdruck kam. Alle dagegen gerichteten Mahnungen zur Sparsamkeit waren fruchtlos. Nur zu viele stellten sich auf den Standpunkt, daß es auf sie hierbei nicht ankäme, und sie sich deswegen keine Beschränkungen ihrer gewohnten Lebensweise aufzuerlegen brauchten.

Das ist natürlich grundverkehrt. Wir haben allen Anlaß mit den vorhandenen Lebensmittelvorräten haushälterisch umzugehen, wenn der englische Aushungerungsplan durchkreuzt werden soll. Wir haben das in unserer Macht, und wir müssen alle Kräfte daran setzen das auch durchzuführen. Es ist bekannt, daß unsere heimische landwirtschaftliche Produktion bisher den Lebensmittelbedarf des deutschen Volkes nicht völlig gedeckt hat. Bei ihrer Entwicklung zu immer größerer Intensität und bei der Einbeziehung bisher nicht genutzter Flächen wird sie freilich in absehbarer Zeit dazu in der Lage sein. Einstweilen ist das noch nicht der Fall, und wir sind so bis zu einem gewissen Grad auf die Einfuhr angewiesen. Im Jahr 1913 wurden noch für 3063,5 Millionen Mark Nahrungs- und Genußmittel eingeführt. Ihnen stand eine Ausfuhr der gleichen Waren im Wert von 1362,5

Millionen Mark gegenüber. Für den Eigenverbrauch des deutschen Volkes ergibt sich somit ein Defizit von 1701 Millionen Mark. Die Zufuhr vom Ausland, die dieses Defizit bisher deckte, ist jetzt während des Krieges zum größten Teil unterbunden. Daher muß ein erhebliches Quantum durch Streckung und Sparsamkeit ausgeglichen werden. Wie die Erfahrungen zeigen, kann man sich hierbei aber nicht auf die Initiative und Einsicht der Verbraucher verlassen. Nur der gesetzliche Zwang vermag ein sparsames Umgehen mit den notwendigen Lebensmitteln herbeizuführen. Mit der Sparsamkeit allein ist es aber nicht getan, es muß auch ernstlich daran gedacht werden die Menge der Lebensmittel zu vermehren und so die Ernährung des deutschen Volkes von der Zufuhr des Auslands unabhängig zu machen. Die Möglichkeit hierfür besteht, wenn auch zugegeben werden muß, daß wir bei Gebrauch aller in dieser Richtung anwendbaren Mittel mancherlei Einschränkungen gegenüber dem normalen Zustand der Dinge in den Kauf nehmen müssen. Das bringt der Krieg eben mit sich. An Vorschlägen, wie hierbei vorgegangen werden muß, fehlt es nicht, und es ist bereits manches geschehen, was auf die Lebensmittelversorgung nicht ohne Einfluß bleiben wird. Hierzu gehört vor allem die Nutzbarmachung von Ödländereien und Mooren für die Landwirtschaft. Daneben ist eine Reihe weiterer Maßnahmen erforderlich.

Die Lebensmittelversorgung unserer Bevölkerung war bisher ausschließlich der privaten Initiative überlassen. Diese ist naturgemäß im wesentlichen durch das Eigeninteresse der Lieferanten und nicht durch soziale Rücksichtnahme bestimmt. Die Folgen sind Preistreibereien der Spekulanten sowie eine gewaltige Zersplitterung der Kräfte überhaupt. Einige üble Erfahrungen, die wir gerade jetzt während des Krieges machen mußten, haben die Unzulänglichkeit und die Mängel der heutigen Lebensmittelversorgung klar nachgewiesen. Gleiche Erfahrungen sind in den letzten Jahren aber mehrfach gemacht worden. Niemand befindet sich deshalb darüber wohl im Zweifel, daß wir ohne die Einmischung der Regierung, der Militärbehörden und der Gemeinden in den Lebensmittelverkehr sowie ohne die Festsetzung von Höchstpreisen sehr schlimme, anarchische Zustände hätten. Der durch die Höchstpreise geschaffene Zustand war aber noch lange nicht befriedigend. Die Preise wurden vielfach als zu hoch empfunden. Doch werden sie hoffentlich dazu beitragen den Anbau der notwendigsten Lebensmittel in einer dem Bedarf genügenden Weise zu fördern. Indessen, der Schwerpunkt des Versorgungsproblems lag gar nicht in der Preisfestsetzung sondern in der Verteilung selbst, die sich nicht rationalisieren ließ, solange die Verbraucher sorglos in ihren bisherigen Lebensgewohnheiten fortfuhren.

Daher ist der Bundesrat nach langem Zögern einen Schritt weiter gegangen. Er hat durch Verordnung vom 25. Januar 1915 für die in Berlin gegründete Kriegsgetreidegesellschaft sämtliche im Reich vorhandenen Vorräte an Weizen (Dinkel und Spelz) und Roggen sowie die Vorräte an Weizen-, Roggen-, Hafer- und Gerstenmehl beschlagnahmt und den Kommunalverbänden zur Verfügung überwiesen, in dessen Bezirk sie sich befinden.<sup>1)</sup> Das gleiche ist mit den noch auf dem Transport be-

<sup>1)</sup> Siehe die Rundschau Wirtschaft, Staatssozialismus und Kommunalsozialismus, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 96 f., 140 f. und 145 ff.

findlichen Vorräten geschehen. Zur Verteilung dieser Lebensmittel-mengen wird eine Reichsverteilungsstelle gebildet, in der die Bundesstaaten durch 16 Bevollmächtigte vertreten sind. Ihr liegt unter Mitwirkung der Kriegsgetreidegesellschaft die Verbrauchsregelung über das Reich für die Zeit bis zur nächsten Ernte nach den vom Bundesrat aufgestellten Grundsätzen ob. Die Verteilung in den Bezirken der Kommunalverbände ist diesen übertragen. Von den Kommunalverbänden kann die Verbrauchsregelung den Gemeinden für ihren Bezirk überwiesen werden. Gemeinden, die bei der letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner hatten, können diese Übertragung verlangen. Den Kommunalverbänden und Gemeinden stehen für die Erfüllung ihrer Aufgabe ziemlich weitgehende Befugnisse zu. Sie können Backvorschriften erlassen, Bestimmungen über das Durchmahlen in solchen Mühlen treffen, die das gesetzliche Ausmahlverhältnis nicht erreichen, die Abgabe von Brot und Mehl beschränken und für außerhalb ihres Bezirks liegende Niederlassungen ganz verbieten. Mit dieser Maßnahme hat der Bundesrat getan, was von sozialdemokratischer Seite schon unmittelbar nach Beginn des Krieges gefordert wurde. Das lange Zögern beweist, wie schwer ihm der Eingriff in die Rechte des Privateigentums geworden ist. Noch vor wenigen Monaten bezeichnete man unsere Forderung nach Beschlagnahme der Ernte als undurchführbar und undiskutabel. Nunmehr hat man eingesehen, daß es einen andern Ausweg nicht gibt.

Eine weitere Bundesratsbekanntmachung vom 25. Januar legt den Städten und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern die Verpflichtung auf zur Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch einen Vorrat von Fleischdauerwaren zu beschaffen und ihre Aufbewahrung für die Zeit des Mangels sicherzustellen. Dieser Maßnahme liegt die Absicht zugrunde durch Abschachtung eines Teils des deutschen Schweinebestands den Verbrauch von Kraftfuttermitteln, vor allem Brotgetreide, einzuschränken, zugleich aber auch eine Verschleuderung der Viehbestände aus Futtermangel zu verhindern. Gegen diese Absicht ist nichts einzuwenden, wohl aber gegen die Art ihrer Ausführung. Die Verpflichtung der Gemeinden zur Aufspeicherung von Fleischdauerwaren hat eine Steigerung der Schweinepreise hervorgerufen, die noch anhält und die Versorgung der Gemeinden mit Fleisch zu verhindern droht. Ähnlich verhält es sich mit den Kartoffeln. Die nach langem Warten endlich festgesetzten Höchstpreise stellen eine Halbheit dar. Die Besitzer der Vorräte halten mit dem Verkauf zurück, weil sie nicht zu ihrer Herausgabe gezwungen werden und darauf rechnen noch höhere Preise erzielen zu können. Diesen Bestrebungen ist wie beim Brotgetreide und Mehl nur durch die Beschlagnahme oder den Zwangsverkauf der Fleisch- und Kartoffelvorräte wirksam zu begegnen.

Durch die angeführten Bundesratsverordnungen wird den Gemeinden eine außerordentlich wichtige Aufgabe zugeteilt, zugleich aber auch ein wesentlicher Teil der auf die Ernährung der Bevölkerung abzielenden Forderungen des sozialdemokratischen Kommunalprogramms verwirklicht. Wir sind bei der kommunalen Lebensmittelversorgung angelangt. Und selbst bürgerliche Kreise erklären sich mit dieser Gestaltung der Dinge einverstanden und fordern sogar ihre weitere Ausdehnung. Die Not der

Zeit hat ihnen eine andere Auffassung aufgezwungen. Zahlreiche Gemeindeverwaltungen haben übrigens schon vor Erlaß der Bundesratsverordnungen der Gefahr eines Mangels an Lebensmitteln durch Ankauf und Aufspeicherung von Kartoffeln, Getreide, Mehl, Fleisch usw. vorzubeugen gesucht. Dabei ist man nicht stehengeblieben. Man hat die freien gemeindlichen Ländereien, Bauplätze usw. für den landwirtschaftlichen Anbau zur Verfügung gestellt. Ferner sucht man nach Möglichkeit die Selbstverproviantierung der Bevölkerung mit Dauerwaren zu fördern. Bei allen diesen Maßnahmen darf man freilich nicht vergessen, daß es sich um Notstandsaktionen handelt. Man braucht sich auch über ihre prinzipielle Bedeutung einstweilen nicht zu großen Illusionen hinzugeben. Gleichwohl läßt sich nicht verkennen, daß bereits seit Jahren die Verpflichtung der Gemeinden für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung tätig zu sein in steigendem Umfang Anerkennung gefunden hat. Hierzu trugen freilich die wirtschaftlichen Verhältnisse, der ungünstige Ernteausfall, der Futtermißbrauch und die daraus folgende Fleischnot, desgleichen die Verheerungen der Maul- und Klauenseuche nicht wenig bei. Man war auch hier gezwungen den Verhältnissen Rechnung zu tragen und die sozialdemokratischen Forderungen zu erfüllen. Trotzdem haben wir alle Ursache mit dieser Entwicklung zufrieden zu sein. Sie liefert uns den Beweis, daß wir rüstig vorwärtsschreiten.

Daß eine Gemeindeverwaltung heute die Lebensmittelversorgung für die Gemeindebevölkerung vollständig oder auch nur überwiegend übernehmen und durchführen kann, ist ausgeschlossen. Dazu fehlen noch alle Voraussetzungen. Diese Feststellung erscheint notwendig gegenüber den Vorwürfen, die in diesen Tagen hier und da auch aus Arbeiterkreisen gegen Gemeindeverwaltungen erhoben werden. Solche Vorwürfe sind leicht erhoben, zeugen aber von einer völligen Verkennung der bestehenden Verhältnisse. Die sozialdemokratischen Kommunalprogramme verlangen die kommunale Fürsorge für die Ernährung der Bevölkerung durch Übernahme der Produktion und des Verkehrs von Nahrungsmitteln zunächst nur in einem Umfang, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinde gesichert ist. Damit ist den Gemeindeverwaltungen ein sehr weites Tätigkeitsgebiet zugewiesen. Es fällt darunter die Kontrolle und Regelung des Lebensmittelverkehrs durch amtliche gesundheitspolizeiliche Untersuchungen, der Betrieb von Märkten und Markthallen, von Vieh- und Schlachthöfen. Darüber hinaus werden in unseren Programmen die kommunale Wasserversorgung, Milchversorgung und die Einrichtung von Bäckereien, Schlächtereien und Speisehäusern gefordert.

Soweit die Kontrolle des Lebensmittelverkehrs und dessen Regelung durch Märkte, Markthallen, Vieh- und Schlachthöfe in Frage kommt, sind wohl in allen namhafteren Gemeinden entsprechende, wenn auch nicht immer ganz vollkommene und einwandfreie Einrichtungen vorhanden. Dahin wirken nicht nur die Interessen der Gemeindebewohner selbst, sondern auch die gesetzlichen Vorschriften über die Nahrungsmittelkontrolle, Seuchenverhütung usw. Wesentlich ungünstiger ist es um die kommunale Produktion und den Vertrieb von Nahrungsmitteln bestellt. Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung durch die Gemeinden ist zurzeit noch äußerst begrenzt. Nur die Wasserversorgung wird so ziemlich allgemein aus gesundheitlichen

und feuerpolizeilichen Gründen als kommunale Aufgabe anerkannt. Daneben haben sich einzelne Gemeinden unter der Wirkung der hohen Fleischpreise dazu aufgerafft Fleisch und Vieh aus dem Ausland zu beziehen und das Fleisch entweder direkt oder durch die Vermittlung der Metzger an die Bevölkerung abzugeben. Ebenso hat man in den letzten Jahren, um einen Ersatz für das teure Fleisch zu schaffen, den Verkauf von Seefischen eingeführt. Die mit diesen Einrichtungen erzielten Erfolge sind nicht schlecht, haben aber noch keine größeren Wirkungen ausgelöst. Dazu bleiben solche Maßnahmen zu vereinzelt und zu sehr auf die Befriedigung eines augenblicklichen und daher eng begrenzten Bedürfnisses beschränkt. Das gleiche trifft für die Milchversorgung und die Errichtung von Bäckereien, Schlächtereien und Speisehäusern zu. Wir befinden uns demnach mit der kommunalen Lebensmittelversorgung noch in den allerersten Anfängen. Das liegt nicht nur an den hierbei zu überwindenden Schwierigkeiten und dem Widerstand der Interessenten sondern nicht zuletzt auch an der Teilnahmslosigkeit der arbeitenden Bevölkerung gegenüber kommunalen und sozialen Fragen, wie sie bei kommunalen und sozialen Wahlen in die Erscheinung tritt. Das ist nur zu sehr mit die Folge jener Erziehungsmethode in unseren Organisationen, die sich an Schlagworten beirrauscht, der Masse der Arbeiter aber damit das Verständnis und den Willen zur praktischen sozialen Arbeit raubt. Unter anderen Verhältnissen wäre es ganz unmöglich, daß die Haus- und Grundbesitzer und andere Interessengruppen auf den Rathäusern noch eine so starke Vertretung besitzen und sich mit Erfolg jedem sozialen Fortschritt entgegenstemmen können.

Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ist eine äußerst wichtige Sache, und im Interesse der Volksernährung und Volksgesundheit sollten die Gemeindeverwaltungen nicht passiv beiseite stehen und sich vollständig von einer Mitwirkung ausschließen lassen. Zum mindesten sollten sie darauf bedacht sein den Bedarf an den notwendigsten Lebensmitteln, an Milch, Brot und Fleisch, für ihre eigenen Fürsorgeeinrichtungen, wie Kinder- und Volksküchen, Kinderheime und -horte, Krankenhäuser und Rekonvaleszentenanstalten, Armenhäuser, Asyle und Speiseanstalten, zu decken und sich von den privaten Lebensmittellieferanten unabhängig zu machen. Eine große Zahl von Widerwärtigkeiten und Nachteilen würde ihnen dadurch erspart. Die kommunale Versorgung dieser Anstalten mit Milch, Brot und Fleisch wäre nicht nur ein Fortschritt in der Verbesserung und Sicherung der Qualität und des Preises sondern böte auch die Grundlage für die Preisbildung der Lebensmittel im allgemeinen. Eine solche Grundlage ist heute schwer zu beschaffen. Soweit eine kommunale Festsetzung von Lebensmittelpreisen stattfindet, ist man in hohem Maß auf die Angaben der Interessenten angewiesen, die alles andere, nur nicht zuverlässig und einwandfrei sind. Für die Normierung der Spannungsverhältnisse fehlt jeder genauere und bestimmte Maßstab. Daß hier nicht alles so ist, wie es das Interesse der Konsumenten erfordert, zeigt der Widerstand der interessierten Kreise selbst gegen eine noch so beschränkte kommunale Lebensmittelversorgung. Diesen Widerstand kann man nicht nur mit der Furcht vor dem Verlust der Existenz begründen, wie es versucht wird. Eine solche Existenzgefährdung liegt um so weniger vor als nach den Versicherungen der Interessenten an den kommunalen Lieferungen nichts verdient, sondern fast regelmäßig viel



zugesetzt wird. (Gegen eine solche Behauptung spricht freilich der Umstand, daß um die Lebensmittellieferungen der Gemeinden mit wenigen Ausnahmen eine starke Konkurrenz stattfindet.)

Zur eigentlichen Lebensmittelproduktion sind die Gemeinden nur in beschränktem Umfang fähig. Eine prächtige Gelegenheit bieten dazu die Rieselfelder und Rieselgüter im Anschluß an die großstädtische Abwässer- und Fäkalienbeseitigung in Form der Schwemmkanalisationen. Sie gestatten einen umfangreichen landwirtschaftlichen Betrieb, sind aber nur dort möglich, wo ein durchlässiger Boden und ein nicht zu hoher Grundwasserstand vorhanden ist. Die Versuche mit kommunalen Schweinemästereien haben die darauf gesetzten Erwartungen nicht in vollem Umfang erfüllt, weil sich in den größeren Orten die Kosten für Unterbringung, Futtermittel und Arbeitslöhne zu hoch stellten. Dagegen lauten die Berichte über Versuche die Aufzucht und Mästung von Schweinen in Verbindung mit der städtischen Müllbeseitigung zu bringen und die Küchenabfälle zur Fütterung zu verwerten ziemlich befriedigend. Die direkte Verfütterung der Speise- und Küchenabfälle hat sich jedoch nicht als vorteilhaft erwiesen, weil die Tiere dabei nicht gediehen und leicht Erkrankungen zum Opfer fielen. Man ist deshalb dazu übergegangen die Küchenabfälle unter so starker Erhitzung, daß alle schädlichen Keime zerstört werden, zu Kraftfutter zu verarbeiten. Das so erzeugte Futtermittel, auch Mehlkogen oder Futtermehl genannt, eignet sich nicht bloß zur Fütterung von Schweinen und zeichnet sich besonders durch seine milcherzeugende Wirkung aus. Die Gewinnung dieses Futtermittels setzt aber voraus, daß die Küchenabfälle vor Verunreinigung bewahrt bleiben. In Charlottenburg, wo eine dahingehende Müllbeseitigung seit 1907 besteht, freilich erst jetzt in voller Strenge durchgeführt wird, hat sich die Einrichtung gut bewährt.

Nicht minder beachtenswert ist für kleinere landwirtschaftliche Gemeinden die Förderung ihrer Nahrungsmittelproduktion durch rationellere Bodenkultur und Verwertung der gewonnenen Produkte. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hat in dieser Richtung manche Erfolge zu verzeichnen; es kann noch sehr viel mehr erreicht werden. Was selbst von kleinen Gemeinden auf diesem Gebiet geschehen kann, zeigt das Beispiel der Gemeinde Oberstetten im württembergischen Oberamt Münsingen. Die Gemeindegemarkung umfaßt dort bei 557 Einwohnern 1754 Hektar, worunter 389 Hektar Wald. Die schönen Gerechtigkeitswaldungen, die genossenschaftlich unter Aufsicht des Gemeinderats bewirtschaftet werden, nehmen eine Fläche von 334 Hektar ein. In der Oberamtsbeschreibung von 1825 wird die Gemeinde noch als arm bezeichnet, heute gehört sie zu den wohlhabenderen des Bezirks. Der Aufschwung begann im Jahr 1889 mit der Gründung eines Darlehnskassenvereins. Hierdurch wurden die Bauern mit den Vorteilen des genossenschaftlichen Zusammenarbeitens vertraut. Man begann mit dem gemeinsamen Einkauf von Sämereien, dann folgten andere landwirtschaftliche Bedarfsartikel, schließlich auch künstlicher Dünger, dessen Anwendung die Ertragsfähigkeit des Bodens beträchtlich steigerte. Sämtliche Bauern sind genossenschaftlich organisiert. Ihre gemeinschaftlichen Einkäufe beziffern sich jährlich auf zirka 50 000 Mark, 500 Mark pro Mitglied. Seit etwa 12 Jahren hat sich zu dem genossenschaftlichen Einkauf auch der gemeinschaftliche Absatz gesellt. Die dabei gewonne-



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Ludwig Quesel

Krieg 1915

Sowohl militärisch wie politisch haben uns die ersten beiden Monate dieses Jahres eine gewisse Klärung gebracht. Bei der Überlegenheit der Defensive im modernen Krieg ist nicht einzusehen, wie das französisch-englische Heer eine wesentliche Änderung der Kriegslage im Westen herbeiführen könnte. Andererseits liegt für Deutschland kein zwingender Grund vor über das Erreichte hinaus im Westen neue territoriale Erfolge zu erzielen. Wenn die von den Deutschen besetzten Departements auch nur 3,7 % des gesamten Gebiets der Republik ausmachen, so ist der Druck, den diese Besetzung auf das ganze französische Volk ausübt, doch sehr groß. Auf die industriellen Anlagen, die sich in der Kriegszone befinden, entfallen 68,8 % der französischen Kohlen-, 78,3 % der Koks-, 90 % der Eisenerz- und 76 % der Rohstahlgewinnung. Nicht weniger groß als der Verlust an industrieller scheint die Einbuße an menschlicher Kraft zu sein, den die Republik bisher im Krieg erlitten hat. Die französische Regierung hat die Verluste bisher allerdings streng geheim gehalten, um so mehr Beachtung verdient die Bemerkung Hervés, der auf der Pariser Konferenz der französischen Sozialisten am 8. Februar nach einem Bericht der Humanité erklärt haben soll, daß »500 000 der Unseren« tot seien. Wenn diese Angabe richtig wäre, so hätte Frankreich einen Menschenverlust erlitten, der bei dem dort herrschenden Zweikindersystem im nächsten Vierteljahrhundert überhaupt nicht ersetzt werden kann. Zugleich sagt uns diese Verlustziffer aber auch, daß große englische Truppenmassen notwendig sind, um das Gleichgewicht der Kräfte einigermaßen aufrechtzuerhalten. Damit gerät Frankreich immer mehr in Abhängigkeit von England. Schon jetzt liegt die Verteidigung der französischen Kanalküste in der Hauptsache in den Händen der Engländer, und es scheint sich immer mehr herauszustellen, daß die britische Regierung das im Krieg erreichte Kondominium über die französischen Departements am Kanal auch nach dem Frieden aufrechterhalten möchte, und zwar in einer um so ausgeprägteren Gestalt, je

schwächer die französische Republik aus dem großen Völkerringen hervorgehen würde. Was die militärische Lage im Osten betrifft, so darf man jetzt wohl annehmen, daß nach der vernichtenden Niederlage der 10. russischen Armee in Masuren die Aufnahme einer Offensive großen Stils für die russische Armee sehr schwierig, wenn nicht unmöglich geworden ist. In Anbetracht dieser Sachlage ist es daher durchaus begreiflich, wenn die britische Regierung zurzeit ihre größten Hoffnungen auf den Hungerkrieg setzt. Daß aber auch ihm gegenüber Deutschland nichts weniger als wehrlos ist, zeigt unser Minen- und Unterseebootkrieg in den großbritannischen Gewässern, der Gleichem mit Gleichem zu vergelten sucht. Ein Überblick über die Gesamtlage zeigt uns also, daß es unseren Feinden, wenn sie ihre Koalition nicht ganz wesentlich erweitern können, nicht gelingen wird Deutschland niederzuwerfen.

Welche Aussichten bieten sich nun unseren Feinden für eine Erweiterung ihrer Koalition? Da ist zunächst zu bemerken, daß man mit dem Verlangen nach japanischer Hilfe in den letzten Wochen merkwürdig still geworden ist. Die Forderungen Japans an China, über die uns ein Telegramm der Times vom 12. Februar informierte, wären jedenfalls jetzt nicht gestellt worden, wenn die japanische Regierung größere Truppenmassen nach Europa zu werfen beabsichtigte. Sollten gar die Meldungen zutreffend sein, daß Japan ein Protektorat über ganz China anstrebt, so wäre an eine Entsendung japanischer Truppen nach Europa selbst bei einer sehr langen Dauer des europäischen Krieges nicht zu denken. Sehr gering sind in den letzten Wochen auch die Aussichten des Dreiverbands auf portugiesische Waffenhilfe geworden. Gerade in dem Moment, wo ein Eingreifen Portugals in den Krieg unmittelbar bevorzustehen schien, erfolgte der Sturz der bisherigen Regierung, und zwar infolge eines militärischen Aufstands, der durch den Widerwillen der Armee gegen den Krieg entstanden sein soll. Von der Entsendung portugiesischer Truppen nach dem westlichen Kriegsschauplatz hat man nichts mehr gehört.

Will man sich nun Klarheit über die zukünftige Haltung der übrigen neutralen Staaten Europas verschaffen, so

wird man zunächst solche mit sicherer und solche mit unsicherer Neutralität unterscheiden müssen. Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland haben ihre Neutralität streng auch gegenüber dem Dreiverband gewahrt. Wie bisher, so kann menschlicher Voraussicht nach ihre Neutralität auch für die Zukunft als gesichert gelten. Das selbe gilt auch für die Schweiz, die ihre Neutralität wacker verteidigt hat, obwohl damit schwere wirtschaftliche Schädigungen des Schweizer Volkes verbunden waren. Was den Süden Europas betrifft, so sind in Spanien keine Strömungen zu verzeichnen, die über bloße Sympathie-kundgebungen für den Dreiverband hinausgingen. Spaniens Neutralität kann für die Dauer des Weltkriegs als gesichert gelten. Als Staaten mit unsicherer Neutralität müssen dagegen Italien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland angesehen werden. Auf die Haltung Griechenlands hat die Dumarede Sasonows vom 15. Februar einiges Licht geworfen. Sasonow erklärte, daß die Beziehungen Rußlands zu diesem »erprobten Freund Serbiens« von »vollendeter Herzlichkeit« seien. So ungefähr wird man auch die Neutralität Griechenlands in Berlin, Wien und Konstantinopel eingeschätzt haben. Ob Griechenland in seiner neutralen Haltung beharrt, wird wesentlich von der künftigen Stellungnahme Rumäniens und Bulgariens abhängen. Sehr beachtenswert ist es deshalb, daß Bulgarien von Sasonow gar nicht erwähnt wurde. Aus den Äußerungen der bulgarischen Presse geht hervor, daß man das eisige Schweigen des russischen Ministers des Äußern über die Beziehungen Bulgariens zu Rußland in Sofia als eine Unfreundlichkeit empfunden hat. Nach der ganzen Sachlage ist es daher wohl ausgeschlossen, daß Bulgarien noch für die Sache des Dreiverbands zu gewinnen sein wird. Sehr herabgestimmt sind auch dessen Hoffnungen auf Rumänien. Sasonow erklärte in seiner letzten Dumarede, daß »die russisch-rumänischen Beziehungen von dauerhafter Stetigkeit seien«; allein die Kommentare, mit denen die panslawistische Presse den Ausspruch Sasonows begleitete, klangen doch in dem resignierten Satz aus, daß Rußland von Rumänien nichts mehr zu erwarten hätte. Für die Annahme, daß man in Rußland mit einer Hilfe Rumäniens nicht mehr ernst rechnet, spricht auch die Offenheit, mit der Sasonow und Miljukow in der Duma als die Hauptaufgabe des Krieges gegen die Zentral-

mächte »die Erwerbung der Meerengen und Konstantinopels« bezeichneten. Es leuchtet ein, daß bei diesem Kriegsziel des Zarenreichs die Neigung der Rumänen und Bulgaren für Rußland das Schwert zu ergreifen so ziemlich auf den Nullpunkt sinken muß. Zu den Staaten Südeuropas mit unsicherer Neutralität gehört auch Italien. Mit Spannung sah man daher allgemein dem Zusammentritt der italienischen Kammer entgegen, von der man vielfach erwartete, daß sie die Regierung zu einer Intervention zugunsten des Dreiverbands veranlassen werde. Schon in ihrer 2. Sitzung am 19. Februar verlangten mehrere Abgeordnete von der Regierung Erklärungen über die auswärtige Politik. Ministerpräsident Salandra erklärte, daß die Regierung an ihren Erklärungen vom Dezember 1914 bis jetzt nichts zu ändern hätte. Da ein Versuch die auswärtigen Angelegenheiten sogleich zur Besprechung zu bringen infolge des Widerspruchs der Regierung von der Kammer in namentlicher Abstimmung mit 254 gegen 27 Stimmen vereitelt wurde, so kann man wohl annehmen, daß die Regierung für ihre abwartende Haltung in der Kammer über eine ausreichende Mehrheit verfügt. Aller Voraussicht nach wird es der von den Vertretern des Dreiverbands offen geförderten irredentistischen Agitation nicht gelingen Italien in einen Krieg gegen Österreich-Ungarn hineinzutreiben. Vorläufig wird man in Italien wohl bei der vom »heiligen Egoismus« diktierten »wachsamen und gerüsteten Neutralität« verharren, zu der sich das Ministerium Salandra im Dezember bekannte. Ein militärisches Einschreiten zugunsten des Dreiverbands ist zurzeit mehr als unwahrscheinlich. Bei einer Zusammenfassung aller militärischen und politischen Momente wird man sagen können, daß die allgemeine Lage für die Zentralmächte sich in den ersten beiden Monaten dieses Jahres recht günstig gestaltet hat. Während die militärische Situation für den Dreiverband wesentlich schwieriger geworden ist, fehlt ihm vorläufig jede Aussicht die Koalition gegen die Zentralmächte zu erweitern. Daran ändert auch der Protest der transatlantischen Republik gegen die deutsche Kriegsgebietserklärung nichts, weil einmal die Vereinigten Staaten kaum in der Lage sind gegen uns militärisch einzuschreiten, und überdies die deutsche Regierung, soweit sich dies nur immer mit dem Handelskrieg unserer Untersee-

boote verträge, auf die wirklichen amerikanischen Interessen Rücksicht nehmen wird. Somit berechtigt der gegenwärtige Stand des Weltkriegs zu den besten Aussichten für die Zukunft Deutschlands.

× **Kriegs** ×  
**ten** Das Bächlein der Kriegsliteratur, das in den Mobilmachungswochen zu fließen begann, hat sich in letzter Zeit zu einem breiten Strom entwickelt. Zumeist aus der Leidenschaft der Zeit geboren, wird wohl der größte Teil der Bücher und Broschüren, die den Weltkrieg zum Gegenstand haben, nur den Anspruch erheben können die Stimmungen und Hoffnungen widerzuspiegeln, die die große Katastrophe der europäischen Menschheit im deutschen Volk hervorgerufen hat. Darüber hinaus hat aber die deutsche Kriegsliteratur auch eine Reihe von Erscheinungen zu verzeichnen, deren Lektüre geeignet ist unsere historisch-politische Erkenntnis zu vertiefen.

Zu diesen Publikationen gehört in erster Linie Dr. Hans F. Helmolt's Geheime Vorgeschichte des Weltkriegs /Leipzig, Koehler/. Der Titel ist freilich insoweit irreführend, als das sehr sachlich und ruhig geschriebene Buch nichts mit jenen Publikationen zu tun hat, die uns marktschreierisch die Enthüllung irgend welcher *geheimer* Vorgänge ankündigen und uns dabei doch nur Gebilde der Phantasie ihrer Verfasser bieten. Mit der sichern Hand des geschulten Historikers verwertet Helmolt den urkundlichen Stoff, der von den Regierungen der kriegführenden Staaten zur Rechtfertigung ihrer Haltung veröffentlicht worden ist. Besondere Beachtung verdient die Darstellung der innern Entwicklungsgeschichte des Dreiverbands, die die schwere Schuld Englands am Ausbruch des Krieges darlegt.

Wie der objektiv urteilende Historiker Helmolt, so sieht auch der leidenschaftliche Politiker Graf Ernst zu Reventlow in England den Feind, der Frankreich und Rußland zum Überfall auf die Zentralmächte angestiftet hat. Programatisch kommt diese Auffassung Reventlows schon im Titel seiner Schrift England, der Feind /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ zum Ausdruck.

Eine wertvolle Ergänzung der politischen Darlegungen Reventlows vom Standpunkt des praktischen Volkswirts aus gibt uns der Präsident des Hansabunds Dr. J. Rießler (England und wir /Leipzig, Hirzel/). Rießler schildert ein-

gehend die finanziellen und wirtschaftlichen Wirkungen des Weltkriegs auf England und kommt dabei zu der Schlussfolgerung, daß der glanzvoll vorbereitete Geschäftskrieg gegen Deutschland aller Voraussicht nach zu einem schlechten Geschäft für England werden wird.

Wie die vorerwähnten Schriften die hier und da noch vorhandenen Illusionen über den friedlichen Charakter der englischen Politik zerstören, so räumt Edmund von Heyking (Das wirkliche England /Berlin, G. Reimer/) mit den Urteilen über die britische Demokratie auf. Heyking hebt hervor, daß in dem gelobten Land der Demokratie nur 63% der mündigen Männer wahlberechtigt sind, während in Deutschland der Kreis der Wahlberechtigten 84% der mündigen Männer umfaßt. Von der Vergangenheit sagt Heyking, daß, wenn es je in einem Land so etwas wie eine rücksichtslose, selbstsüchtige Junkerherrschaft gegeben hat, so England ihr Schauplatz gewesen ist.

Während die bisher genannten Autoren sich völlig einig darüber sind, daß England der Friedensstörer ist, findet man in Paul Rohrbachs Schrift Zum Weltvolk hindurch! /Stuttgart, Engelhorn/ eine schwankende Beurteilung der Rolle, die England bei der Entzündung des Weltbrands gespielt hat. Das kommt wohl daher, daß die Rohrbachsche Schrift eine Sammlung von Artikeln ist, die der Verfasser in der Zeit vom 9. August 1912 bis zum 31. Oktober 1914 in der deutschen Presse veröffentlicht hat. Wie so mancher deutsche Politiker, so war auch Rohrbach bis zur englischen Kriegserklärung der Überzeugung, daß die britische Regierung wirklich geneigt sei den kolonialen Wünschen der Reichstagsmehrheit entgegenzukommen. Daß England dahingehende Verhandlungen mit Deutschland nur führte, um uns in Sicherheit zu wiegen, das erkennt Rohrbach wie viele andere erst beim Ausbruch des Weltkriegs. Die Artikel, die nach dem Kriegsausbruch geschrieben sind, sehen daher auch nicht mehr so einseitig in Rußland den Friedensstörer, obwohl auch in diesen die Schuld des Panlawismus am Kriegsausbruch bedeutend überschätzt wird. Über die Kriegsziele, die Rohrbach in seinem Buch aufstellt, zu diskutieren scheint jetzt noch nicht die Zeit. Man wird seine Vorschläge hierzu als die Ansichten eines in kolonialen und weltpolitischen Dingen kenntnisreichen Mannes vorläufig nur zur Kenntnis nehmen.

Beschäftigen sich die genannten Schriften vorzugsweise mit der Politik Englands und seiner Verbündeten in Europa, so zieht Dr. B. L. Freiherr von Mackay in seiner Broschüre *Der Orient in Flammen* /München, Hans Sachs-Verlag/ den Schleier von der britischen Orientpolitik und stellt diese als in unversöhnlichem Widerspruch zu den Interessen der europäischen Menschheit stehend dar. Wenn Mackay sagt, daß Englands Politik schließlich dazu führen werde ganz Asien den Japanern als Herrschaftsgebiet auszuliefern, so scheint diese Voraussage für China bereits ihrer Bestätigung entgegenzugehen.

× **Kurze Chronik** ×  
Gegenüber der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele, wie sie bereits in

verschiedenen Blättern stattgefunden hat, hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung offiziös festgestellt, daß die Zeit zu solchen Erörterungen noch nicht gekommen sei. Sie fügt aber hinzu: »Die Zeit wird kommen, und dann wird die Reichsregierung dankbar sein, dann wird sie es bedürfen, wie sie es immer bedarf, von einem starken Volkswillen gestützt zu sein. Ohne den vermag sie nichts.« × Das preußische Abgeordnetenhaus ist am 9. Februar zusammengetreten. Die sachliche Erörterung der Einzelmaterien des Etats fand in der Budgetkommission statt. Die Beratung im Plenum trug im wesentlichen den Charakter von bloßen Erklärungen. Über das Schicksal Ostpreußens und die Maßnahmen zu seinem Wiederaufbau fand eine allgemeine Aussprache statt.

× **Literatur** ×  
Das alte und das neue China betitelt sich eine Sammlung von Aufsätzen,

die C. Voskamp im Verlag der Berliner Evangelischen Missionsgesellschaft hat erscheinen lassen. In flott geschriebenen Essays lernen wir zunächst das alte China kennen, das sich hinter seiner mächtigen Mauer vor fremdem Einfluß verbarg. Dann erleben wir den Zusammenbruch der Dynastie, sehen das junge China emporsteigen und machen die Bekanntschaft der geistigen Urheber der Revolution. Der Verfasser hat lange Zeit als Missionar in China gewirkt, und deshalb betrachtet er die gewaltigen Ereignisse, deren Augenzeuge er war, zuweilen nur vom christlichen Standpunkt aus. Trotzdem bietet die kleine Schrift auch dem, der die Dinge von einem andern Gesichtswinkel aus beurteilt, viel Interessantes und Anre-

gendes. × Sehr sachkundig schildert uns Dr. Maximilian von Hagen die Voraussetzungen und Veranlassungen für Bismarcks Eintritt in die Weltpolitik /Berlin, Verlag der Grenzboten/. Wir erfahren daraus, daß von großem, vielleicht entscheidendem Einfluß für Bismarcks Eintritt in die Weltpolitik die »anonyme Kolonisation« des Kongostaats auf dem Weg internationaler Gesellschaftsgründung war. Nachdem Bismarck einmal zur Erkenntnis gekommen, daß Deutschland gut daran tue dem belgischen Beispiel zu folgen, wußte er die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis mit voller Schärfe zu ziehen. Mit beispielloser Hast brachte er in kurzer Zeit ein Kolonialreich zusammen, das den Umfang des Mutterlands um das Fünffache übertraf. Wer die näheren Einzelheiten, die zu diesem Vorgang führten, kennen lernen will, wird die gründliche Arbeit von Hagens mit Nutzen lesen.

### Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

**Krieg und Genossenschaftsbewegung** Wenn inmitten der Verheerungen des Krieges ein hell und hoffnungspendend hervorleuchtet, so ist es der Sieg des sozialistisch-genossenschaftlichen Gedankens, der sich jetzt auf vielen Gebieten vollzieht. In diesem Augenblick, wo es sich darum handelt aus unserer nationalen Wirtschaft die höchste Kraft, die höchste Leistungsfähigkeit für unser Volksganzes herauszuholen, sehen sich Regierungen, Behörden, Körperschaften aller Art veranlaßt in weitgehendem Maß das sonst so heilig erachtete Prinzip der Regelung von Produktion und Konsum durch das freie Spiel der Kräfte preiszugeben und an seine Stelle den Staats-, den Gemeinde-, den Genossenschaftssozialismus zu setzen. Und wenn die getroffenen Maßnahmen sich in mancher Beziehung als unzulänglich erwiesen haben, wenn manches versäumt ist, so vor allem, weil man aus Scheu vor dem Ungewohnten nicht gleich rasch und energisch genug zugriff.

Es erübrigt sich hier auf all die ja auch an anderer Stelle der Sozialistischen Monatshefte gewürdigten Tatsachen näher einzugehen, die den Sieg des Gemeinheitsgedankens dokumentieren. Nur insofern die Genossenschaft der Träger dieses Gedankens ist, interessieren uns hier die durch den Krieg hervorgerufenen Ereignisse. Da kann man wohl ohne Übertreibung sagen, daß, wenn das deutsche Wirtschaftsleben den

furchtbaren Stoß des Kriegsausbruchs und den dauernden Druck des Kriegszustands bisher so gut überstanden hat, ein großer Teil des Verdienstes daran den Genossenschaften, besonders auch den Konsumvereinen, zukommt. Dieses Aschenputtel unter den Genossenschaften hat in der Tat durch den Krieg eine völlige Rehabilitierung erfahren. Nach dem, was die Konsumvereine in diesen Zeiten geleistet haben, und wie man diese Leistungen anerkannt und sich ihrer bedient hat, muß es ausgeschlossen erscheinen, daß noch einmal wieder der frühere Standpunkt ihrer Bekämpfung in unsere innere Politik Eingang finden könnte. Von einer ganzen Anzahl maßgebender Stellen ist unumwunden zugegeben worden, daß die Konsumvereine in der ersten Zeit der allgemeinen Verwirrung nach Kriegsausbruch in mustergültiger Weise standgehalten, daß sie noch vor Festsetzung der Höchstpreise dem wucherischen Vorgehen mancher auf ihre private Bereicherung ausgehenden Händler einen Damm entgegengesetzt, daß sie ihre zu Angstkäufen und Massenabhebungen aus den Sparkassen drängenden Mitglieder zur Besinnung gebracht haben, und daß sie auch heute noch die festesten Stützpunkte aller auf eine geordnete Lebensmittelversorgung der Massen hinausgehenden Bestrebungen sind.

Diese neue Wertung der Konsumvereine hat auch in einer Reihe von Erscheinungen ihren praktischen Ausdruck gefunden. So hat man in die meisten städtischen Lebensmittelkommissionen Vertreter dieser Vereine gewählt, und die führenden Männer des Zentralverbands und der Großeinkaufsgesellschaft sind zu den Beratungen über die Höchstpreise zugezogen worden. Einen Akt von programmatischer Bedeutung darf man wohl in dem Besuch sehen, den die Spitzen der Landes- und Staatsbehörden, die Vertreter der einzelnen Ministerien und die Präsidenten der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs wie auch Preußens am 14. Januar den Anlagen der Berliner Konsumgenossenschaft in Lichtenberg abstatteten, und bei dem der Handelsminister von Sydow im Namen aller Besucher seiner Anerkennung und Freude über das Gesehene mit dem Wunsch Ausdruck verlieh, daß die Leistungen der Genossenschaft sich in Zukunft noch vergrößern möchten. Am freudigsten aber muß die Aufhebung des Beamtenverbots begrüßt werden, weil sie geeignet ist uns große Scharen neuer

Mitglieder zuzuführen und der vorhandenen Zersplitterung der Genossenschaftsbewegung ein Ende zu machen. Alle Eisenbahn- und Postbehörden und öffentlichen Werkstätten (Spandau), die früher ihren Beamten und Arbeitern die Beteiligung an den sozialdemokratischen Konsumvereinen verboten oder ihnen das Fernbleiben wenigstens nahegelegt hatten, haben auf entsprechende Anfragen nunmehr erklärt, daß einem Beitritt nichts mehr im Weg stünde. Auch der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten hat auf eine Anfrage des Zentralverbands wegen der Zugehörigkeit von Geistlichen und Lehrern zu den Konsumvereinen geantwortet, daß von seiner Seite aus ein solches Verbot nie ergangen sei, daß er aber, soweit es von nachgeordneten Behörden seines Ressorts erlassen sei, den Konsumvereinen freistelle sich an diese zu wenden. Vielleicht ist es auch ein Ausfluß dieser veränderten Stellung, wenn das als Berufungsinstanz angerufene preußische Kammergericht am 13. Oktober, im Gegensatz zu der Entscheidung des Landgerichts Berlin vom 16. Februar 1914 in dem Prozeß der Volksfürsorge gegen die Deutsche Volksversicherung (siehe diese Rundschau, 1914, 1. Band, pag. 368) dahin entschieden hat, daß in den Propagandaheften der letztgenannten Gesellschaft die Behauptung, die Gelder der Volksfürsorge sollten dazu dienen der Umsturzpartei einen Kriegsschatz zu schaffen, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zur Höhe von 500 Mark zu unterlassen sei. Daß auch in den Kreisen der Bevölkerung selbst die große Lehrmeisterin Not den Boden für die Erkenntnis des Wertes der genossenschaftlichen Organisation bereitet hat, zeigt sich in den steigenden Mitgliederziffern der Konsumvereine. Keine noch so lebhaft agitierte hat ihnen bisher so viele neue Mitglieder zugeführt wie diese wenigen Monate Kriegsnot. So kommt es, daß der Umsatz der Vereine, trotz der besonders in der ersten Zeit überaus starken Arbeitslosigkeit, trotz der Abwesenheit so vieler Familienväter und Söhne im Feld, kaum zurückgegangen, zum Teil sogar gestiegen ist. So hatte der Verband bayrischer Konsumvereine im November 1914 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs einen Mehrumsatz von 24 696, der südwestdeutsche einen solchen von 158 072 Mark, während der württembergische Verband über einen Minderumsatz von 11 360, der Brandenburger über einen solchen von

23 845 Mark und der Thüringer von 88 198 Mark berichten. Das sind natürlich gegenüber den Gesamtumsätzen ganz unbedeutende Zahlen. Im übrigen werden die Erhebungen, die der Zentralverband augenblicklich bei seinen Mitgliedern über die Kriegsfolgen vornimmt, noch nähere Aufschlüsse über die Entwicklung bringen.

Von nicht geringer Bedeutung für die Aufrechterhaltung eines geordneten Wirtschaftslebens waren auch die Summen, die die Konsumvereine ihren arbeitslosen Mitgliedern aus deren Sparguthaben oder an die Gewerkschaften, die bei ihnen Einlagen hatten, zu Unterstützungszwecken auszahlen konnten. Nach dem ersten Ansturm und mit dem Nachlassen der Arbeitslosigkeit ist der Sparkassenverkehr übrigens wieder in ziemlich ruhige Bahnen eingelenkt, wenn auch in den meisten Verbänden die Auszahlungen noch die Einzahlungen übersteigen. So betrug im südwestdeutschen Verband im November die Einzahlungen 111 046, die Auszahlungen 114 232 Mark, im württembergischen 50 303 und 71 145, im Thüringer 104 670 und 127 957 Mark, wohingegen der Brandenburger Verband mit 286 989 und 173 866 sowie der nordwestdeutsche Verband mit 467 017 und 316 637 Mark sogar einen Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen aufwiesen. Außerordentlich umfangreich ist auch die direkte Hilfstätigkeit der Konsumvereine zur Linderung der durch den Krieg erzeugten Not sowohl innerhalb als auch außerhalb des Kreises ihrer Mitglieder. Fast alle Konsumvereine haben zum Teil recht erhebliche Summen für diese Zwecke bereitgestellt, sei es in Form von barem Geld sei es in Form von Waren, die an die Bedürftigen verabfolgt wurden. In vielen Vereinen haben die Angestellten und Arbeiter zu diesem Zweck auf einen größeren oder geringern Prozentsatz ihrer Gehälter verzichtet. Zum Besten unserer armen Verwundeten hat der Zentralverband eine von Bruno Paul entworfene Rote Kreuz-Postkarte herausgegeben, die für 2 Pfennig in den Vereinsläden verkauft wird und deren Ertrag ausschließlich dem Roten Kreuz zufließt. Bis zum 3. Februar waren von dieser Karte über 1 Million Stück verkauft worden.

Die in meiner letzten Rundschau (1914, 2. Band, pag. 1140) erwähnte Kriegsversicherung der Volksfürsorge hat großen Anklang gefunden. Bis zum 30. Januar waren 22 340 Kriegsteilneh-

mer mit 30 666 Anteilen versichert, so daß also für die Hinterbliebenen die Summe von 153 330 Mark bereitstand. Die Verwaltung der Landesversicherungsanstalt Elsaß-Lothringen hat übrigens beschlossen unter gewissen Voraussetzungen ihren Mitgliedern Zuschüsse auf Kriegsversicherungsanteile zu gewähren. Auch einzelne Konsumvereine gewähren ihren Mitgliedern solche Zuschüsse, während der Konsumverein Ludwigshafen jeden seiner ins Feld gehenden Angestellten mit einem Anteil versichert hat.

Endlich sei noch der Beteiligung der Konsumvereine an dem Ende Dezember gegründeten Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen gedacht, dem außerdem noch die Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen, ferner eine Anzahl sozialer Wohlfahrtseinrichtungen angehören. Dieser Ausschuß, dem zurzeit zirka 7 Millionen Mitglieder, die mit ihren Angehörigen 18 Millionen Personen repräsentieren, angeschlossen sind, hat schon eine energische Tätigkeit im Interesse der Konsumenten entfaltet. Er regte bereits in einer Eingabe vom 12. Januar die Beschlagnahme unserer Getreidevorräte an, machte ferner Vorschläge im Interesse unserer Kartoffel- und Fleischversorgung, einer organisierten Nahrungsmittelabfallverwertung durch die Gemeinden usw.

Soviel Gutes die Konsumvereine in diesen harten Zeiten geleistet haben, so hätten sie doch noch mehr leisten können, wenn sie von jeher die Anerkennung und Unterstützung gefunden hätten, die man ihnen heute endlich zuteil werden läßt. Besäßen, um nur ein Beispiel zu erwähnen, statt nur einige wenige, recht viele der Konsumvereine große Schlächtereien, so hätten sie schon längst dazu übergehen können in größerem Umfang Schweine abzuschlachten und zu Dauerware zu verarbeiten; sie hätten dadurch große Quantitäten jetzt verfütterten Getreides der menschlichen Ernährung erhalten können. Das mußte nun versäumt werden. Es soll uns indes nicht hindern uns der Erfolge zu freuen, die die Idee der Genossenschaftlichkeit jetzt auf dem Boden des von den Kriegsnotwendigkeiten diktierten Wirtschaftslebens feiert.

✕ **Kurze Chronik** ✕  
In Mailand starb im Oktober, im Alter von 64 Jahren, Luigi Bufoli, der Begründer und Führer der italienischen Genossenschaftsbewegung.



Sein wichtigstes Lebenswerk war die Schaffung der auch in dieser Rundschau des öftern erwähnten Unione Cooperativa in Mailand. Er legte im Jahr 1883 den Grund zu dieser Genossenschaft, die heute mit ihren Zweigunternehmungen, der Volksherberge, dem Schlafhaus für Bedürftige, der Niederlage in Berlin und der Gartensiedlung Milanino die berühmteste und vielseitigste Genossenschaft Italiens darstellt. Buffoli war auch schriftstellerisch tätig und gehörte zu den bekanntesten Persönlichkeiten in der genossenschaftlichen Internationale. × Am 31. Januar fiel auf dem östlichen Kriegsschauplatz der Privatdozent der Nationalökonomie an der Universität Tübingen Dr. Eduard Jacob, dessen Volkswirtschaftliche Theorie der Genossenschaften auch in dieser Rundschau (1913, 2. Band, pag. 689) gewürdigt worden ist. × Am 11. Februar verschied in einer Nervenheilanstalt Adolf Schuster, der Geschäftsführer des Krimmitschauer Konsumvereins. × Am 12. Februar starb der Geschäftsführer des Konsumvereins für Frankfurt am Main Martin Bernhard an einem Herzleiden. × Die 3 größten Vereine des Zentralverbands deutscher Konsumvereine sind gegenwärtig der Konsumverein Leipzig-Plagwitz mit 27,2, der Vorwärts in Dresden mit 25,4 und die Produktion in Hamburg mit 23,5 Millionen Mark Umsatz im letzten Geschäftsjahr. × Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hat ihre Mitgliederzahl im letzten Geschäftsjahr von 77 155 auf 86 514 vermehrt; der Umsatz stieg von 16 255 805 auf 18 787 090 Mark. Die Genossenschaft hat ihren Produktivbetrieben eine neue Bäckerei mit 10 Backöfen zugefügt. 26 139 Sparkointinhaber hatten am Schluß des Geschäftsjahrs ein Guthaben von 5 383 836 Mark, wovon im Lauf der ersten Kriegswoche  $\frac{1}{4}$  Million ausgezahlt wurde. Der Überschub der Genossenschaft betrug neben 4% festem Rabatt 177 097 Mark. × Der Spar- und Konsumverein Stuttgart, der älteste und größte süddeutsche Verein, feierte vor kurzem in der durch die Zeitumstände gebotenen Form das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens. × Der Verband schweizerischer Konsumvereine blickte am 25. Januar auf ein 25jähriges Bestehen zurück. Nach mehrmals fehlgeschlagenen Versuchen einer Zusammenfassung der schweizerischen Genossenschaften fand im Jahr 1890 in Olten die Errichtung

des jetzigen Verbands statt, der heute nahezu die gesamten Konsumentenorganisationen der Schweiz umfaßt.

× **Literatur** Als 2. Band der Mannheimer Hochschulstudien /Mannheim, Bensheimer/ ist kürzlich Die konsumgenossenschaftliche Gütervermittlung, ihre Technik und wirtschaftliche Bedeutung von Robert Schloesser erschienen. Der Verfasser hat sein Thema auf Grund eingehender Studien der einschlägigen Literatur und einer Reihe praktischer Beobachtungen gemacht und gibt eine im ganzen durchaus zutreffende Schilderung und Würdigung der deutschen Konsumvereinsbewegung von der im Zentralverband vertretenen modernen Auffassung aus. Vom Standpunkt des Konsumenteninteresses ausgehend, kommt er zum Schluß zu dem Wunsch nach einer möglichst umfassenden Regelung der Güterverteilung auf genossenschaftlichem Weg, wobei er aus praktischen Gründen (über die sich freilich streiten läßt) die Errichtung von getrennten Genossenschaften für die verschiedenen sozialen Bevölkerungsschichten empfiehlt. Die berechtigten Argumente dieser Forderung ließen sich übrigens durch Errichtung verschieden ausgestatteter Läden berücksichtigen. Schloesser hält indessen auch die Ausbildung anderer Formen der Warenvermittlung neben den Konsumvereinen für möglich, wobei aber auch diese Formen voraussichtlich unter der starken Kontrolle der Konsumenten stehen würden. × Im Auftrag des Vorstands des Brandenburgischen Revisionsverbands hat der Verbandssekretär H. Hildebrandt vor kurzem eine Arbeit 50 Jahre Verbandstätigkeit veröffentlicht. Die interessante Schrift entreißt eine ganze Anzahl für das Studium und das Verständnis der deutschen Konsumvereinsbewegung wichtiger Vorgänge der Vergangenheit. × Eine Übersicht über die Gründung, die Kämpfe und die Entwicklung der Volksfürsorge ist von der Verlagsanstalt des Zentralverbands deutscher Konsumvereine in Hamburg herausgegeben worden. Die ein interessantes Stück Genossenschaftsgeschichte darstellende Schrift enthält auch alle offiziellen Dokumente und Gerichtsurteile, die sich an die Gründung des bedeutungsvollen Unternehmens anschlossen. × In einer kleinen, in der Manzschon Buchhandlung in Wien veröffentlichten Schrift Die Wirtschaftsgenossenschaften hat Eugen Schwied-

land eine allerdings nur die äußeren Verhältnisse berücksichtigende Übersicht über die verschiedenen Arten der genossenschaftlichen Organisation gegeben.

### Geistige Bewegung / Max Grunwald

**Krieg und geistige Bewegung** Soweit die allgemeine geistige Bewegung der deutschen Nation sich nicht in der Betätigung ihrer politischen Parteien und der Presse dokumentiert, kann man drei große Strömungen beobachten, die in einem bestimmten Verhältnis zu dem gegenwärtigen Krieg, seinen Ursachen und Zielen stehen. Die erste und wichtigste, weil beherrschende Linie, die sich in der geistigen Bewegung der Gegenwart abhebt und zu einem besondern Verhältnis zum Krieg gekommen ist, entspringt der Psyche des tätigen Kämpfers, des Kriegers selber. Der Soldat, der in dem ernsten Zwang der kriegerischen Notwendigkeiten steht und allein in dem solidarischen Zusammenarbeiten innerhalb der militärischen Organisation und Technik die individuelle Möglichkeit sieht Besonderes zu leisten, ist von einer unvergleichlichen Würde, Ruhe und Sachlichkeit. Er achtet den tüchtigen Feind wie sich selbst, er bewundert das Genie des Gegners gleichermaßen wie das in der eigenen Armee. Er berauscht sich nicht an Worten und Gefühlen sondern allein, um mit Goethe zu sprechen, an einem tätigen und lebendigen Leben. Es ist, als ob sich die Geradlinigkeit der militärischen Ökonomie und Technik direkt auf das soldatische Denken und Handeln überträgt. Darum sieht gerade der wahre Krieger immer über den Krieg hinweg nach dem Frieden als Zweck und Ziel. Dieser sein höherer Zweck führt ihn niemals zu einer intellektuellen und moralischen Isolierung sondern verbindet ihn innerlich mit der tiefen Kultur aller Nationen. Er gibt dem Krieg, was des Krieges ist, nicht mehr. In diesem Geist liegt ebensoviel Konzentration für den Augenblick wie Weitblick für die Zukunft, und der Krieg als Erzieher ist hier wenigstens wieder eine Tatsache. Wir befürchten von der Rückkehr unserer Krieger daher auch keine Verstärkung eines üblen Chauvinismus, sondern wir vertrauen der kühlen Sachlichkeit, mit der sie die gegenwärtigen, Kämpfe so wundervoll durchführen, daß sie sich auch im Frieden erhält und bewährt. Diese Richtung wird das nationale Leben außerordentlich vertiefen können und damit

als verstärkte Voraussetzung einem vernünftigen und notwendigen Internationalismus synthetisch zugrunde gelegt werden können.

Die beiden anderen Linien, die sich deutlich im geistigen Leben der Gegenwart abheben, bilden, wie in jeder großen elementaren Bewegung, starke Gegensätze zu einander.

Die eine erschöpft sich in Reden und Resolutionen einer ungeheuren Wortenergie gegen die Feinde und alles, was an Eigenheiten außerhalb des deutschen Volkes dasteht. Diese Richtung möchte die gegenwärtige Abschließung Deutschlands, die doch nur dem Zwang und der Not der Zeit ihr zeitlich begründetes Dasein verdankt, zu einem Grundsatz in alle Ewigkeit hinein festlegen. Diese in ihrer Einseitigkeit nicht nur völlig unhistorische sondern sachlich vollkommen unorientierte Tendenz übersieht die Gebundenheit aller nationalen Kultur an den großen Organismus des Weltverkehrs. Sie wird deshalb sicherlich mit dem Ende des Krieges, das den Weltverkehr ökonomischer, intellektueller und moralischer Potenzen wieder öffnet, ganz automatisch verschwinden. Einen Niederschlag dieser geistigen Richtung finden wir bei einem Teil der deutschen Professoren, die von jeher, wie man weiß, in der Politik ihres Vaterlands eine von Sachkenntnis ungetrübte Beweglichkeit entfaltet haben. Wir finden sie bei einigen Literaten, deren Überheblichkeit im umgekehrten Verhältnis zu ihren Leistungen steht, und wir finden sie schließlich unter dem Strich einiger Tageszeitungen, wo dann dieser Strich nicht nur eine räumliche sondern auch eine charakteristische qualitative Scheidung bedeutet. Diese Richtung beweist von neuem, wie bitter sich ein einseitiger Intellektualismus gerade in katastrophalen Zeiten und Erscheinungen rächt. Es fehlt einer solchen Tendenz jeder Maßstab, weil sie ohne jede Beziehung zu anderen Größen, die sie messen und damit vergleichen müßte, ihr bewußt isoliertes, anarchisch-individualistisches Dasein fristet. Sie kennzeichnet sich auch dadurch, daß ihre eigene Erhabenheit, die an sich als bloße Kraft sehr wohl vorhanden sein kann, mit dem Lächerlichen aufs engste verbunden ist. So jagt sie auf der einen Seite wolkenhohen völkischen Idealen nach, um dabei nichts anderes als Fremdwörter zu fangen, gegen die sie das Jahrhundert in die Schranken fordert. Hier hört jeglicher Ernst auf, und die geschichtliche Komik beginnt.

Ein Gegenbild zu diesem Extrem, wenn auch freundlicher, so doch letztlich nicht weniger gefährlich, bilden die menschlich sympathischen Apostel des Friedens und der Ausgleichung aller nationalen Gebundenheiten. Diese Menschheitsfanatiker übersehen wieder nach der andern Seite die Grenzen des Internationalismus. Sie übersehen die historische und psychologische Kraftquelle des Nationalen als Voraussetzung einer vernünftigen Internationalität. Wie die ersten den Krieg als Selbstzweck sehen, so leugnen die letzten jede historische Situation, die einen Krieg als Zweck und Ziel setzen kann, und während bei jenen eine starre Konzentration eines einseitig entwickelten Intellekts zu beachten bleibt, erscheinen bei diesen Intellekt und Gefühl zu einer gallertartigen Einheit verschwommen, die genau so gefährlich wird. Es bleibt bedauerlich, wenn auch historisch erklärlich, daß diese zweite Linie sogar bis in die Reihen der Sozialisten hineinführt. Es soll vorbehalten sein diese großen Linien an einzelnen Beispielen hier in andern Zusammenhang zu demonstrieren.

✕ **Kriegschrif-** Der Krieg beeinflusst das **ten** gesamte geistige Leben unserer Tage in derart entscheidender Weise, daß ein Bericht über die Kriegsliteratur, und selbst solcher Schriften, die in ihrem wesentlichen Inhalt in die politische oder in die geschichtswissenschaftliche Rundschau gehören, auch in dieser Rubrik gerechtfertigt erscheint, die sonst nur den geistigen Strömungen gewidmet ist. Die besondere Literatur über den Krieg stürmt legionengleich auf das Publikum ein; nur weniges aber davon wird die Zeit, in der es geboren wurde, inhaltlich überleben, das andere und meiste wird lediglich als äußeres charakteristisches Zeichen der Zeit bleiben. Aus der kaum übersehbaren Masse des Materials kann deshalb in einer Rundschau nur einiges wenige festgehalten werden. Für heute die wesentlichsten großen Broschürensammlungen.

Von der sozialdemokratischen Partei sind mit erfreulicher Promptheit unter Eduard Bernsteins Redaktion die Dokumente des Weltkriegs /Berlin, Vorwärts/ erschienen, eine einfache Sammlung der offiziellen Weiß-, Blau-, Grauw.-bücher, in denen die einzelnen Regierungen ihren Notenwechsel den Parlamenten vorgelegt haben. Sie behalten dauernden historischen Wert.

Der Vorwärtsverlag bemüht sich auch eine sachliche Orientierung über die Kriegsländer zu verschaffen. Die aktuelle Nützlichkeit solcher knappen Monographien, die inhaltlich zwar nichts Neues bringen, aber das Alte gut disponiert und ausgewählt zusammenstellen, bleibt unbestritten. Der Anfang ist überdies sehr gut geglückt. Das 1. Heft dieser Sammlung, die sich Mächte des Weltkriegs betitelt, behandelt das Zarreich, sein Gebiet als soziale und wirtschaftliche Erscheinung, seine Bevölkerung und das Finanzwesen des zarischen Regimes. Eine besondere Darstellung findet die auswärtige Politik und die effektive Kriegsmacht Rußlands. Das sehr instruktive und nützliche Heftchen ist anonym erschienen, obwohl die Autorschaft für jeden Kenner der sozialdemokratischen Schriftsteller leicht zu erraten ist. Das 2. Heft stellt die Türkei und Ägypten dar und hat Heinrich Cunow zum Verfasser. Man freut sich hierbei erneut, daß diese Kraft dem Tagesdienst wieder entrückt wurde und sich umfassenderen Arbeiten widmen kann. Cunow verfügt über Klarheit des Ausdrucks und ist stets bestrebt das Tatsächliche auch theoretisch einzureihen. Er behandelt Land und Leute, den Islam, die jungislamitische Bewegung, die Balkanwirren und die auswärtige türkische Politik und schließt ebenfalls mit einer Zusammenfassung der türkischen Kriegsmacht.

Die Berliner Universitätsprofessoren geben ihre Deutschen Reden in schwerer Zeit heraus /Berlin, C. Heymann/; diese sollen hier vorerst nur summarisch angezeigt werden. Ihre Tendenz wird von starken und politischen Persönlichkeiten getragen, wie von Kahl, Liszt, Seering. Die Rhetorik pakt, auch wo man dem Inhalt nicht zustimmt. Die Reden enthalten überdies in ihren religiösen und kulturellen Teilen tiefere Gesichtspunkte, rückschauend und vorschauend. Auf der gleichen Linie stehen die Deutschen Vorträge hamburgischer Professoren /Hamburg, Friedrichsen/, nur daß sie temperamentvoller sind, weil noch einseitiger und in der Leidenschaft offener. Daneben zeigen sie auch viel hanseatische Vorurteilslosigkeit und den freien Blick, den die Nähe des Meeres schaffen hilft. Neben kolonialen und ethnographischen Problemen geht ihr sachlicher Inhalt der Kunst und der Erziehung nach.

Von Hirzel in Leipzig kommt, augenscheinlich unter Karl Lamprechts Führung, eine Reihe von Reden und Auf-

sätzen: Zwischen Krieg und Frieden, die gutes tatsächliches Material mitbringen; sie sind außerdem in einzelnen Erscheinungen von einer erfrischenden, kühlen und objektiven Darstellung. Ihr Inhalt betrifft vor allem völkerpsychologische, ökonomische und verkehrspolitische Fragen.

Im ganzen weniger erfreulich spricht eine Sammlung politischer Flugschriften an, die Ernst Jäckh unter dem Gesamttitel *Der Deutsche Krieg* herausgibt /Berlin, Deutsche Verlagsanstalt/. Außer Binz (Die chemische Industrie und der Krieg), der prachtvoll kurz und inhaltreich referiert, ist fast alles mit aufdringlich viel Worten und desto weniger Tatsachen dargestellt und in den Beweisen durchgeführt. Diese Methode zeigt leider auch das Heftchen unseres Genossen Anton Fendrich *Der Krieg und die Sozialdemokratie*. Man kann diesem großen Problem unmöglich rein literarisch-lyrisch beikommen. So aber wird hier verfahren; das Geschichtliche und Politische verschwindet dabei gänzlich oder wird völlig subjektiv verarbeitet. Diese Methode schadet desto mehr, je offensichtlicher sie, und sicher aus den besten Absichten, einer neuen Entwicklungsmöglichkeit helfen will.

Von ernsthaften Einzelersehnungen sei für heute nur auf Ferdinand Tönnies' *Englische Weltpolitik in englischer Beleuchtung* /Berlin, Springer/ sehr empfehlend hingewiesen. Die englische Geschichte, vom Anfang bis zum Fall Napoléons, dann im 19. und 20. Jahrhundert wird unter dem ausschließlichen Gesichtswinkel des Titels konzentriert und mit starkem Temperament beleuchtet. Bewundernswert bleibt über den besonderen Fall hinaus auch die philologische Akribie in den Belegen.

× **Kurze Chronik** Mitten im Krieg ist am 25. Oktober die neue Universität Frankfurt eröffnet worden. Sie umfaßt 5 Fakultäten (Jura, Medizin, Philosophie, Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften). Die wichtigsten Lehrstühle sind mit Ehrlich, Neißer, Göppert, von Arnim, Schrader, Brendel, Freund, Lorenz und Arndt besetzt. × Gleichfalls während des Krieges fand in Berlin die Eröffnung des Theaters der Freien Volkshöfen statt (siehe die Rubriken Technik und Kunstgewerbe, in diesem Band, pag. 56 ff. und 62 f.). Leider ist das Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, so daß sein Fortbestehen nur durch höchst be-

denkliche Kompromisse ermöglicht werden zu können scheint. Über das durch bedingte bisherige künstlerische Versagen wird hier bereits in der Rubrik Bühnenkunst (in diesem Band, pag. 213 f.) berichtet. Die Freie Volkshöhne, die ihre künstlerische und kunstpädagogische Aufgabe 25 Jahre hindurch erfüllt hat, wird hoffentlich einen Weg finden nach dem Krieg wieder ihrem alten Ideal nachzugehen. × Die Berliner Arbeiterbildungsschule hat sich dem Berliner Bezirksbildungsausschuß angegliedert. × Der Zentralbildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei hat den Bildungsausschüssen folgenden Leitgedanken zur Weiterarbeit gegeben: »Der Charakter aller Veranstaltungen muß auf die Kriegslage Rücksicht nehmen; ihr Zweck soll sein die moralische Widerstandskraft des einzelnen und der Gesamtheit gegen die vielen erschütternden und niederdrückenden Ereignisse zu stärken.« × Von den 52 000 Studierenden aller deutschen Universitäten stehen etwas mehr als 36 000 im Feld oder werden anderweitig zu militärischen Zwecken gebraucht. Für die gesamten deutschen Hochschulen ergibt sich bei den Vorlesungen eine Besuchsziffer von ungefähr 25 % der Immatrikulierten; die übrigen sind für den Krieg beurlaubt.

× **Literatur** Eine sehr große Aufgabe, die kaum ein einzelner wird lösen können: die Entwicklung des Bildungswesens der ganzen menschlichen Geschichte darzustellen, inhaltlich zu erfassen und systematisch zu ordnen, will Hermann Hadlich in einem pädagogischen Unterrichtswerk lösen, das unter dem Titel *Entwicklungsgeschichte des Bildungswesens am Vorabend des europäischen Krieges* erschienen ist /Leipzig, Teubner/. Das Buch ist, wie angedeutet, als Unterrichtswerk gedacht, und zwar zunächst für Oberlyzeen, Lehrerinnenseminare und ähnliche Anstalten. Aber es hat den Ehrgeiz darüber hinaus durch die Stoffsammlung, durch die geordnete Zusammenstellung und durch ein reiches positives Material zu wirken. In engen Grenzen ist dem Verfasser seine Absicht durchaus gelungen. Nur geht die Persönlichkeit, die stark genug ist sich durchzusetzen, in den individuellen Auffassungen über die gewöhnliche Art eines Lehrbuchs hinaus. Aber was sonst ein bedenklicher Fehler wird, ist hier in einer bestimmten Art ein Vorzug. Denn, indem wir die Persönlichkeit des Ver-

fassers spüren, wissen wir uns gegen ihren Einfluß kritisch zu wehren. Doch fragt es sich, ob die Kreise, auf die das Buch zunächst wirken soll, dieses Maß von Kritik besitzen. Ich möchte das Buch daher weit mehr der allgemeinen Bildung empfehlen als den Unterrichtszwecken, wie sie der Verfasser vor Augen gehabt hat. Das Buch gibt eine kurze, klare und übersichtliche Darstellung der wesentlichsten Höhen der Geistesgeschichte. Es fängt mit dem Altertum an, behandelt das Mittelalter, die Renaissance, dann die große Linie des Humanismus und der Reformation, weiter die Zeit, die zur Natur zurück will, das Allgemeinmenschliche über alles stellt und mit seinen Ausläufern in der großen Zeit der deutschen Klassik endet. Der letzte Teil behandelt vor allem die Naturwissenschaften, das Heraufkommen der Technik und vergißt auch nicht das Ökonomische als Basis zu bewerten. Immer wird zwar die pädagogische Absicht in den Vordergrund gestellt, aber doch auch für weitere Zwecke Material und Anregung gegeben. Was das Buch als Ganzes auszeichnet, ist die enorme Zusammendrängung des Stoffs, die zwar die Gegenstände nicht erschöpfen kann und auch nicht will, aber doch nichts Wesentliches vermissen läßt. Das Buch kommt daher auch für ernsthafte Arbeiterbildung in Betracht, so kritisch es gerade für diese Zwecke benutzt werden muß; sie wird kaum ein besseres Mittel finden können sich den ungeheuren Weg, den das Bildungswesen bisher zurückgelegt hat, klarzumachen. × Zu gleicher Zeit ist der von Paul Schlager herausgegebene *Pädagogische Jahresbericht* von 1913 herausgekommen /Leipzig, F. Brandstetter/, der ein solches Kompendium des Bildungswesens für die neueste Zeit nach allen speziellen Einzelheiten hin auf das umfangreichste unterstützt. Dieses Werk hält sich noch mehr im Rahmen des Pädagogischen und des rein Schulmäßigen, aber es umfaßt dafür für diese Zwecke die gesamte letzte Literatur, gibt von jedem Werk einen knappen Inhalt und orientiert so über das große Gebiet erschöpfend. Es behandelt neben der allgemeinen Pädagogik, Psychologie und Philosophie die Religion, die Mathematik, die Realien und die deutsche Sprache, den Sprachunterricht im Englischen und Französischen, die Kunstziehung und das Zeichnen, dann aber auch die Arbeitsschule und den Elementarunterricht, das Fortbildungsschulwesen und die Staatsbürgerkunde, schließt

lich die Entwicklungsgeschichte der deutschen Schule im In- und Ausland. Das Werk ist auch in den einzelnen Abteilungen für wenig Geld selbständig zu beziehen, bringt zu jeder Abteilung ein besonderes und, wie ich betonen möchte, sehr zuverlässiges Personenregister und ist deshalb für Zwecke der besondern Orientierung in dem modernen Schulwesen nach wie vor auf das Beste zu empfehlen.

## WISSENSCHAFT

### Geschichte / Wilhelm Hausenstein

**Weltpolitik** Der Band des von Lamprecht und Helmolt herausgegebenen Weltbilds der Gegenwart, der es unternimmt die Grundzüge der Weltpolitik unserer Zeit darzustellen (Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, von J. J. Ruedorfer /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/) ist eines der gescheiterten Bücher, die in der historisch-politischen Literatur der letzten Jahrzehnte hervorgebracht worden sind, und auch da, wo die spontane Erkenntnis aussetzt, um einer mehr spekulierenden Platz zu machen, sicherlich ein ungewöhnlich gebildetes, das heißt von gepflegtem geistigen Geschmack geleitetes Buch, das sich zum mindesten mit Genuß lesen läßt. Man kann in begrenztem Sinn sogar sagen, daß dies Buch für den Augenblick, in dem es entstand, klassisch sei. In begrenztem Sinn: Denn wie der politisch-historische Instinkt in diesem Buch nicht bedingungslos durchgreift, und wie Gedanken, Bilder, Formulierungen, Syntax mehr ein hochzivilisiertes Geistesleben als Gewalt verraten, so verengert sich das Klassische dieses Buchs, das heißt für den politischen Zustand eines kultivierten Deutschen vom Vorabend des Weltkriegs Bezeichnende in Sache wie Gestaltung, in Urteil wie stilbewußtem Ausdruck mitunter zum Klassizistischen; und weder kommt dann die unheimliche gegenständliche Bedeutung der weltgeschichtlichen Lage vor dem Krieg restlos zum Vorschein, noch erreicht die Darstellung, rein als formales Vermögen gewürdigt, das Quantum elementaren Wollens, man möchte sagen: elementarer Erhebung in dieser oder jener Richtung, das man, nach dem Ausbruch des Kriegs freilich selbstverständlicher als vorher, von einem Buch über die Weltpolitik der Gegenwart fordert.

Liest man dies Buch (und es ist eines der ganz wenigen historisch-politischen

Bücher deutscher Zunge, die sich wirklich lesen lassen, weil sie auch mit philologisch geschultem Gefühl geschrieben sind), so spaltet sich die Empfindung. Wir Deutsche sind durch unsere politisch-historische Literatur so wenig verwöhnt, daß uns das Maß von Vibration, von lebendiger Vielseitigkeit, von verfeinertem Unterscheiden und differenziertem Sagen, kurz von subtiler Menschlichkeit, das in diesem Buch zirkuliert, erstaunlich scheint. Dennoch gesteht man sich alsbald, daß die Vitalität dieses klugen und kultivierten Schriftstellers schließlich weder eine staatsmännisch angreifende Muskulatur noch die Leidenschaft einer im strengsten Sinn beteiligten Darstellung enthält. Die Aufgabe objektiver Feststellung der Zeitkräfte konnte diesen Möglichkeiten jedenfalls grundsätzlich nicht im Weg stehen. Denn je objektiver eine Darstellung wird, desto aktiver, ja desto brutaler muß sie eigentlich werden; falsch ist es zu meinen, Objektivität bedeute, da doch die Geschichte selber kämpft, Gelassenheit. Es ist ein Stück Gewalt oder, wenn man will, ein Stück Brutalität, das man in diesem gut und schön gedachten Buch zuletzt am meisten vermißt. Man fürchtet, daß die schöne Unbefangenheit des Geistes ins Praktische übersetzt nicht sehr aktiv sein, ja daß sie aus vornehmem Instinkt sich im Praktischen vielleicht sogar passiv-reaktionär äußern würde. Zuweilen offenbart sich das Relativistische des Buchs, das heißt die Art die Abhängigkeit der Dinge von einander, die unvermeidliche Inkonzonanz der konsequentesten Strebungen, das notwendigerweise Unausgesprochene, das eine politische Lage als Ganzes hat, in den feinsten Wagverhältnissen nachzuweisen, schon in peinlichen Mattheiten. Gewisse Äußerungen über die Selbstverständlichkeit der Kriege oder über die Unmöglichkeit einer Internationale in der Gegenwart, um diese beiden naheliegenden Beispiele zu bringen, sind Trivialitäten. Man kann die Meinungen, die da vertreten werden, intensiver und <gerade inmitten der Feinheit dieses Buchs wird es empfindlich wahr> wählerischer verteidigen. Man kann in den Fragen des religiösen Traditionalismus, mit denen sich Ruedorffer zum Beispiel bei England befaßt, ursprünglichere oder kompliziertere Gedanken vortragen, und man kann Probleme wie den Materialismus nicht nur besser erschöpfen sondern in ihrer Vieldeutigkeit auch reiner definieren. Hier verblüffen Lücken, und

um so mehr, als der klassizistische Idealismus Ruedorffers doch mit gewissen sinnlich bewegten Lebensmotiven des 18. Jahrhunderts verquickt zu sein scheint. Aber freilich, der Relativismus dieses Buchs verhindert nicht eine gewisse Konventionalität, und sie ist um so mißlicher, als der gedankliche und darstellerische Aufwand, durch den sie vermittelt wird, zu ihr in keinem Verhältnis steht. Konventionelles darf man sagen, aber nicht aus Ermüdung. Besonders begierig ist man etwas über oder wider den Sozialismus zu hören. Aber was man hier liest, reizt die Aufmerksamkeit nicht im mindesten. Diese Tatsache gibt einen Maßstab.

Wo Ruedorffer andererseits mit seinem persönlichsten Gefühl verpflichtet ist, da wird selbst das nach unserm Gefühl Falsche, ja Billige eindringlich. Wiederum hindert dies natürlich nicht, daß man das Falsche als Falsches lebhaft empfindet. Dahin gehört beinahe alles, was Ruedorffer über das Kosmopolitische sagt. Wir müssen heute wahrlich bereit sein ge-wichtige historisch-politische Argumente wider den Kosmopolitismus durchzudenken, weil die Not der Zeit uns doppelt zwingt. Aber es bleibt für die, denen es aufgegangen ist, was der Sozialismus bedeutet, einigermaßen grotesk, wenn gesagt wird, der internationale Gedanke sei ein Ringen um den einzelnen Menschen: ein Ringen um seine individuelle Seele, um seine schlechthin menschlichen Beziehungen, die aus irgendeinem Grund innerhalb der für Ruedorffer bisher geschichtlich einzig gültigen Form der Gesellschaft, nämlich der nationalen, nicht verwirklicht werden konnten, etwa um familiäre oder wissenschaftliche oder künstlerische Beziehungen, als wären sie wirklich individuell, oder ein Ringen um seine privatwirtschaftlichen Interessen, als ob sie in internationalen Verknüpfungen wirklich noch individuell wären. Es versöhnt nicht, wenn zuletzt auch bei der Betrachtung dieses Problems noch ernstliche politische, das heißt auf Anschauung des Kollektiven gestimmte Gedanken vorgetragen werden. Man hat die Lücke einmal gefunden. Die grundsätzlich unmögliche Einstellung ist geschehen, auch wenn Ruedorffer ihr dann selbst widerspricht. Politiker und Historiker dürfen nicht tun, was da allerdings geschehen ist: Sie dürfen das Problem der Internationalität nicht von einem sozusagen weimarschen Standpunkt anschauen. Sie sollen nicht sagen, daß der Mensch als Mensch

Weltbürger sei, weil eben damit politisch und auch historisch nichts gesagt ist. Diese Wahrnehmung ist schön und sogar richtig, aber sentimental und daher sowohl unhistorisch als unpolitisch. Ein Buch über die Weltpolitik der Gegenwart hätte gerade das Problem der Internationale als das wichtigste streng politisch und nur politisch herausarbeiten müssen: wobei es methodisch zunächst einerlei gewesen wäre, ob man bejaht oder verneint hätte. Alles kam darauf an die rein politischen Beziehungen dieses Problems herauszuholen und über die privaten Seiten des Problems in solchem Zusammenhang kein Wort zu verlieren.

Dieser Widerspruch gegen das Buch Ruedorffers klingt speziell. In Wirklichkeit aber deutet er die prinzipielle Natur des Buchs mehr an als man meint. Das Buch will Tatsachen und Tendenzen zeigen. Aber so sehr auch aus allgemeinen und besonderen Gründen die Aufgabe als Aufgabe der Inventarisierung gestellt sein mochte, so mußte sie eben doch pragmatisch energischer ausgreifen, wenn sie überhaupt gestellt war. Ist das Fehlen des Pragmatischen ein freiwilliger methodischer Verzicht? Oder handelt es sich hier um das Naturell dieses Politikers und Schriftstellers? Man neigt dazu das zweite zu glauben. Wie man hört, verbirgt sich unter dem Namen Ruedorffer ein deutscher Diplomat oder zum mindesten ein Mann, der in unmittelbarer Nähe der Reichsleitung steht. Es erscheint paradox, daß dieser Mann ein Buch über die Weltpolitik der Gegenwart mit einer erkenntnistheoretischen Grundlegung der Geschichtswissenschaft, also mit immerhin reichlich akademischen Argumenten einleitet, wie er übrigens auch ein besonderes Buch über Philosophie der Politik geschrieben hat. Man möchte sagen, er sollte solches nicht können, und je besser diese Einleitung sei, desto verhängnisvoller sei sie. So wirkt auch die ganze bewußte oder unbewußte Orientierung nach dem Weimarer Individualismus hin, die eine Seite des Buchs ausmacht, nicht eigentlich als beruhigendes Prinzip für darstellerische Aufgaben sondern als ein im tiefsten Grund unpolitisches Moment überhaupt, dem dieser Historiker und Politiker nicht entrann, so gründlich er auch mit der Politik der Gegenwart vertraut ist. Sollte es richtig sein, daß dies Buch etwas vom Wesen der deutschen Politik der letzten Jahre spiegelt, daß es also einigermaßen offiziös ist, dann ist es allerdings ge-

rade durch seine angedeuteten Qualitäten ein sehr politisches Dokument: sozusagen über sich selbst hinaus. Denn dann beweist trotz aller Energie in der Hervorkehrung des nationalen Gedankens als des einzig politischen die ruhige und feine Sympathie für Frankreich, die klare und beinahe sympathisierende Erkenntnis der materiellen und psychologischen Voraussetzungen der englischen Weltpolitik, die abwinkende und dämpfende Geste in der Richtung des intransigenten deutschen Nationalismus, die vertrauende Ruhe gegenüber dem deutschen Sozialismus und, alles in allem, der fast musische, fast sogar quietistische Klassizismus dieses distinguierten Buchs, daß man in der verantwortlichen Reichsleitung auf diesen Krieg nicht hingearbeitet hat.

Die Orientierung dieses Buchs erscheint deutsch in einem geistig-konservativen Sinn: geistig-konservativ, obwohl das Buch auch mit allen Komplikationen moderner Politik, mit den Handels- und Verkehrsfragen, mit den Zoll- und Steuerfragen, mit den Problemen des Kapitalismus und des Sozialismus in vorurteilsloser, wenn auch nicht annähernd erschöpfender Art bekannt ist. Dies Buch bewiese vielleicht einer spätern Generation, sofern es wirklich etwas vom Geist der Ära Bethmann Hollweg spiegelt, daß wir sogar eher philosophisch als imperialistisch regiert waren. Ob es politisch heilsam war, wenn es so war, ist eine Frage für sich. Interessant und wichtig wäre es, wenn es wirklich sich so verhielte. Wie dem nun sei, einstweilen bleibt das Buch auch ohne diese besonderen Beziehungen ein menschliches Denkmal: bereichernd für jeden durch souveräne und meist eindringliche gedankliche Verbindung wie durch glänzende literarische Bewegung.

× Großmächte Der schwedische Hochschulhistoriker Rudolf Kjellén hat am Vorabend des Krieges ein Buch über die Großmächte der Gegenwart geschrieben /Leipzig, Teubner/, das neben Ruedorffers Buch wohl als die wichtigste erreichbare Veröffentlichung des Augenblicks bezeichnet werden darf. Ruedorffers Buch ist ohne Zweifel viel bedeutender. Wenn das Buch des Göttinger Historikers dem des deutschen politischen Denkers an Eindringlichkeit (oder, wenn man will, an platonischer Dialektik) nachsteht, so mag das allerdings zum Teil an der anders gearteten Aufgabe liegen, die das zweite Buch

sich gestellt hat. Ruedorffer setzt die Tatsachen im großen ganzen voraus; teilt er sie mit, so beschränkt er sich auf Dinge, die dem Zweck einer bestimmten Beweisführung dienen. Die Hauptsache bleibt dort eine höchst vergeistigte Anschauung der Zusammenhänge; das Aufzeigen der historischen Immanenz, wie sie von Ruedorffer genommen wird. Kjellén geht den umgekehrten Weg. Zwar wäre es ganz verkehrt zu sagen, Ruedorffer analysiere jenseits der Erfahrung. Es ist ein Vorzug seines Buchs, daß es sich im Sinnlichen flüssig hin und her bewegt. Kjellén dagegen nimmt das Empirische ganz elementar: fast primitiv-statistisch. So wird sein Buch für den Lernenden zur Voraussetzung des Buches von Ruedorffer. Kjellén vermittelt das Material. Gleichzeitig aber besitzt er so viel instinktive Wahl im Aufnehmen historischer und politischer Eindrücke, auch so viel Bedürfnis ergiebig zu kombinieren, daß die Inhaltsfülle seines Buchs nicht eine Sekunde stockend wird. Dies ist also eines der Bücher, die in der schweren und dem Historiker sehr nötigen Kunst erfahren sind den Stoff darzubieten, indem sie ihn bewegen, und die Bedeutung des Stoffs zu erhellen, indem sie, ohne eigentlich zu rasonnieren, den Stoff durch mannigfache Wendung und Verbindung seine bestimmenden Profile zeigen lassen. Ein sehr sinnlicher Geist hat in diesem Buch die Regie geführt. Das fällt schon auf, wenn man sieht, mit welcher sinnlichen Bestimmtheit und mit welcher Geschwindigkeit Kjellén geographische Gestaltungen wahrnimmt und die Kartographie in wertende politische Anschauung umsetzt. Es fällt auch auf, wenn man sieht, wie Kjellén etwa die französische Verwaltungsorganisation, also eine recht abstrakte Tatsache, als sinnliche Erscheinung, als sichtbares Symbol erlebt, und wie er auf dem Weg lebendiger Vorstellung die Bedeutung dieser Erscheinung als einer durch und durch unrepublikanischen, ganz zentralistisch-monarchistischen und absolutistisch-hereditären Tatsache nachweist. Es fehlt nicht an Flüchtigkeiten und ge läufig vorgebrachten Oberflächlichkeiten, und man muß wohl sagen, daß es nicht in einer überragenden inhaltlichen oder formalen Bedeutung begründet sein kann, wenn dies Buch politisches Modebuch wird, was es dem Anschein nach werden will. Das Buch greift im ganzen nicht über die Erkenntnisse hinaus, die in der Luft liegen. Zu höheren

Kombinationen dringt es nicht vor. Aber sehr gut erfüllt es den Zweck eines Kompendiums, das sich die Aufgabe stellt das politische Material der Zeit anzudeuten und die Logik dieses Materials zu skizzieren. Dies Buch versteht den Stil des Kompendiums; das Metrum des Baus ist kurz, der Vortrag im Tempo rasch, aber doch gleich weit von Hast wie von Umständlichkeit; die Tatsachen sind parat, die Erkenntnisse im einzelnen oft schlagend, die Formulierungen energisch und genau, die Anteile des Darstellers an den einzelnen Kapiteln gleichmäßig ohne Langeweile, lebhaft ohne Voreingenommenheit. Die Übersetzung von Dr. C. Koch scheint anständig, wiewohl das Buch gegenüber dem Original immerhin verloren haben dürfte.

× **Kurze Chronik** Die Geschichtswissenschaft hatte im Jahr 1914 den Tod dreier verdienter Historiker zu beklagen. Am 20. April starb der ordentliche Honorarprofessor der Rechtsgeschichte an der Berliner Universität Dr. Karl Zeumer, der insbesondere als Mitglied der Monumenta Germaniae Historica Ausgezeichnetes geleistet hat. × Am 25. August starb der Generaldirektor der Königlich preussischen Staatsarchive Professor Dr. Reinhold Koser, dessen Arbeiten über Friedrich den Großen und seine Zeit zwar keineswegs methodisch erschöpfend sind, weil sie in der ältern akademischen Geschichtsauffassung befangen bleiben, aber immerhin den ersten Versuch einer monumentalen Darstellung jener Zeit und ihres Helden auf Grund der Akten bedeuten. × Am 27. September starb der Professor für alte Geschichte an der Münchener Universität Robert von Pöhlmann, als dessen bemerkenswerteste Publikation uns sein 2bändiges Werk über die Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt hinterließ, eine Arbeit von fast bis zum Destruktiven getriebenen historischen Kritizismus.

× **Literatur** Der Francksche Verlag in Stuttgart bringt eine Reihe von Darstellungen zur Geschichte der Balkanstaaten. Man notiert die Geschichte der Bulgaren von Kurt Floericke und die Geschichte der Türken von Albrecht Wirth, die 1913 erschienen. Diese Bücher sind Populärhistorie; tiefere Erkenntnisse vermitteln sie nicht. Doch werden sie manchem als bequeme Einführung in wenig



dargestellte Gebiete nicht unwillkommen sein. In den beigegebenen Illustrationen wechselt sehr feines Material leider mit gänzlich wertlosem. × Eine muster-gültige, der Nachahmung ebenso wie der Erweiterung würdige Publikation ist die von Teubner verlegte *Quellen-sammlung* zur deutschen Geschichte. Im einzelnen sei hier auf folgende Bände hingewiesen: auf die Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien und die Politischen Testamente der Hohenzollern; die erste Sammlung ist von R. Fester, die andere von G. Küntzel und M. Haß herausgegeben. In dergleichen exakten Urkundenpublikationen, die zudem den Vorzug der Handlichkeit und der Billigkeit haben, kann nicht genug getan werden.

## KUNST

### Bühnenkunst / Rudolf Kurtz

**Volksbühne** Das Melodrama, in Frensen's Romanen durch einen episch-salbungsvollen Kuralstil verdeckt, legt sich in dem Schauspiel Sönke Erichsen, das die Volksbühne zu Berlin in ihrem Haus am Bülowplatz gab, keine Beschränkungen auf. Diese wackeren Holsten reden wie sie es bei Sudermann gelernt haben. Ein greiser Schlossermeister bemerkt, er habe etwas in seinem Herzen eingesargt; aber der Sarg wolle nicht dicht schließen. Ich würde das einem Tischler verzeihen: Mitgliedern anderer Berufe läge es vielleicht näher einfach zu sagen, sie können etwas nicht vergessen. Diese tief sinnige Fettigkeit ist symptomatisch für den dramatischen Stil des Dorfpastors. Manches findet man verzeihlich, weil es zu rührend anfängerhaft ist. Diese kargen Küstenmenschen sind von einer verblüffenden Bereitwilligkeit sich gegenseitig Aufschlüsse über ihre Seele zu geben: und sie tun es unter Verbrauch des gesamten Arsenal's der Theaterlyrik. In dem Augenblick, wo einer kalte Schauer über seine Seele laufen fühlt, singt der andere wie Klaus Groth von der Heimat. Gegen die bürgerliche Anständigkeit Gustav Frensen's kein Wort; aber die abgründige Verlogenheit dieses Schauspiels wurzelt in einer hiervon grundsätzlich getrennten Gefühlsschicht. All diesen Leuten kommt kein wahres Wort über die Lippen: alles ist von ranziger Schminke überfärbt, alles dünst: eine schließende Symbolik aus. Ein Gesang von der Heimatserde sollte es werden, von der

Heimatserde, die den ganzen Menschen haben will, und wer ihr nur einen Bruchteil entzieht, dem bleibt sie fremd, den stößt sie von sich. Es ist Frensen nirgendwo gelungen das zu einem Vorgang von künstlerischer Bedeutsamkeit zu erheben. Alles bleibt im Anekdotischen stecken, alles wird gesagt, nichts ist gestaltet. Alle Figuren sind verblaßte Theaternummern, alle Situationen traurige Bühnenerinnerungen: der Verfasser scheut nicht zurück den Helden an einem Herzschlag zur Strecke zu bringen. Ein Zeichen, wie bedeutungslos diese ganze Rederei ist: Es ergibt sich kein organisches Schicksal des Helden, also muß er auf mechanische Weise im 3. Akt beiseite gebracht werden. Man schüttelt sich und verläßt geärgert und gelangweilt das Theater.

Schauspieler, die an den geistigeren Künsten moderner Dialogführung erzogen sind, hätten vielleicht einen Schimmer von Wirklichkeit in dieses gefühlvolle Festspiel gebracht. Aber die Mitglieder der Volksbühne sind harmlose Draufgänger, voller Freude an einem Wort, in das sie ihre ganze Seele legen können. Es ist das provinziellste Ensemble der Reichshauptstadt. Es ist vielleicht das richtige für eine Bühne, die mit einem sehr großen, sehr bildungsfähigen und nirgendwo raffinierten Publikum rechnet. Rudolf Werner nahm die grobe Kontur Sönke Erichsen's nicht eine Nuance schwieriger als es im Buch steht. Er bellte sich in Wut, er erröte vor Zorn, er schrie, er wurde weich, er stampfte auf: er gab alles, was von einem Schauspieler guten Mittelmaßes zu erwarten ist. Er hütete sich den einfachen Tatbestand zu differenzieren: er setzte eine geschickte Routine an eine leblose Sache und erreichte wenigstens einen Schein von Bühnenlebendigkeit. Das gelang auch den meisten anderen Schauspielern: überall gewandte Routine, nirgendwo eine Spur von Persönlichkeit. In diesem ganzen Ensemble ist kein einziger Künstler, der irgendwo von seinem Text abstach, der den Text in seine bessere Menschlichkeit mit hinaufnahm: wehe, wenn sie einmal vor größere Aufgaben gestellt werden, wo eine gewisse bühnliche Gewandtheit nicht ausreicht. Ab und zu schien es mir, als ob bei Sophie Betke Spuren einer Begabung sich hervordrängten, die das lächerliche Sentiment der Rolle durchbrach. Man muß abwarten, bis statt dieser grobfädigen Kalendergeschichten fei-

ner, gestuftere Sprachkünste ihre Rechte verlangen. Nun noch ein Wort von der Volksbühne überhaupt. Keine Bühnengründung hat eine größere Enttäuschung mit sich geführt. Ein Theater, das unter normalen Umständen sich einer starken Unabhängigkeit vom Publikum erfreut, hat bisher in allem versagt. Nicht nur die Wahl der Stücke ist in höchstem Maß anfechtbar: das Ensemble ist von einem ungeübten, stillosen Provinzgeschmack zusammengestellt. Ich habe eine Aufführung von Wenn der junge Wein blüht gesehen, die in Neubrandenburg nicht geduldet worden wäre. Der Götz: er wird im Schillertheater, hieran gemessen, klassisch gespielt. Die Kreuzschreiber waren erträglicher, weil anständige Routine aus diesem Volksstück immer eine unauffällige sachliche Darstellung herausholen wird. Aber ist es die Aufgabe der Volksbühne irgendwelche Komödien von irgendwelchen Routiniers erträglich darstellen zu lassen? War hier nicht eine Gelegenheit geboten jüngere begabte Schauspieler um ein paar feste erprobte Kräfte zu scharren? Die Volksbühne hat zu einer Änderung ihrer Organisation bereits schreiten müssen. Ich will also von einer detaillierten Kritik absehen. Das aber ist außer Zweifel: gelingt es nicht das Ensemble neu zu gruppieren, statt eines namenlosen, provinziellen Regisseurs einen Mann mit eigenen kräftigen Gedanken zu finden, so ist das Schicksal dieser Bühne besiegelt. Das anspruchlose Publikum wird vielleicht keinen Einspruch erheben. Es ist möglich, daß Kayßlers Eintritt sogar für einzelne Leistungen eine gewisse Sphäre von Respekt schaffen wird. Aber, die Darbietungen im ganzen betrachtet: tritt keine grundlegende Änderung im Sinn der oben vermerkten Forderungen ein, so bedeutet die Schaffung eines eigenen Hauses für die Mitglieder der verbündeten Vereine eine Schädigung. Sie werden sich vielleicht einen Abend mehr oder weniger angenehm unterhalten. Aber von Kunst ist weiter keine Rede. Die Volksbühnenbewegung wird dann, wenn sie sich treu bleiben will, andere Wege, außerhalb dieses Hauses, suchen müssen.

× Theatertrusts Die Zusammenfassung mehrerer Bühnen in einer Hand überträgt die Erscheinungsformen des modernen Kapitalismus auch auf die Theaterwirtschaft. Zweifeltlos wird hierdurch

für den Unternehmer eine rationellere Verteilung der Ausgaben hergestellt. Vielleicht wird sogar eine Qualitätssteigerung des Gebotenen eintreten. Wenn ein großzügig finanziertes Theaterunternehmen eine kleinere Bühne einschlingt, wird diese durch Mitbenutzung des vorhandenen lebenden und toten Materials erheblich billiger arbeiten und weit mehr bieten können, als es ihr der ursprünglich niedrige Etat gestatten würde. Es ist eine spezifische Eigentümlichkeit des Theaterunternehmens immer nur einen Teil der vorhandenen Kraft in Wirksamkeit setzen zu können. Der weitaus größere Teil des Fundus ruht in der Kammer, wird zur Abendvorstellung nicht gebraucht, ebenso ist mindestens ein Drittel des Personals an jedem Abend spielfrei. Denn: das vorhandene Material kann nun einmal nicht von einer Vorstellung aufgebraucht werden. Wenn nun der Unternehmer Gelegenheit hat den freien Teil seiner Kräfte an einer andern Bühne nutzbringend zu verwenden, sinkt sein Budget im Verhältnis zur vermehrten Einnahme erheblich. Ökonomisch betrachtet müßte jeder Theaterdirektor, der mit einem größeren Material und Personal zu arbeiten gezwungen ist, Verwertungsmöglichkeit für den unbeschäftigten Teil suchen. Aber so glatt die Rechnung aufgeht; so schwer ist die künstlerische Schädigung, die der Gesamtheit des Schauspielersstands dadurch zugefügt wird. Durch die bequeme Verschiebung des Personals an mehreren Bühnen kann der Personalbestand erheblich verkleinert werden. Das sonst freie Drittel wird einfach nicht mehr engagiert. Natürlich werden hiervon die schwachbezahlten am meisten betroffen. Wenn außerdem eine jetzt sehr in Gunst kommende Art sich weiter behauptet, wird die finanzielle Schwächung des Schauspielersstands bald allgemein bemerkbar werden: Einzelne Direktoren engagieren von Fall zu Fall und sparen sich überhaupt die Kosten eines dauernden Engagements der Episodenspieler. Hierüber wird vielleicht beim Vorliegen eines sehr charakteristischen konkreten Falls gesprochen werden müssen. Die Kunst kann hierbei nur eine Schädigung erfahren. Sie ist nun einmal auf Individualität gestellt, und jede Form der Schablone, der Einordnung in den Großbetrieb senkt den Todeskeim in sie. Das Experiment, der Stachel zu neuen Eroberungen findet keine Stelle mehr: die kartellisierten Bühnen werden

immer das Gesicht des Meisters tragen. Es wird wie mit den Kinos werden: die im vornehmen Westen abgespielten Stücke werden langsam bis in den äußersten Norden gelangen. Das Problem ist zurzeit noch nicht spruchreif, da es sich noch nicht in genügender Schärfe verwirklicht hat. Fest steht nur, daß die Verstrahlung die Kraft des Schauspielers ökonomischer ausnutzt: ob dies im Künstlerischen eine Bereicherung bedeutet, muß von der Zukunft erwartet werden.

× **KurzeChronik** ×  
In dem von den deutschen Truppen besetzten Lille gibt das Nürnberger Stadttheater eine Reihe von Vorstellungen. In der Oper führt man den Freischütz und den Lohengrin auf: sicher eine lobenswerte Wahl. Dagegen hat man im Schauspiel nur minderwertige Kriegsstücke neuesten Kalibers gewählt. Unsere Krieger verdienten auch fern von der Heimat anderes zu sehen. × Im Berliner Königlichen Schauspielhaus wird Sophokles' Antigone gegeben, zum großen Teil mit der Mendelssohnschen Musik. Helene Thimig verkörpert die Antigone.

## KULTUR

### Kunstgewerbe / Paul Westheim

**Ostpreußens** Die Vorbereitungen zum **Wiederaufbau** Wiederaufbau Ostpreußens sind im Gang. Die Vorfagen, die gegenwärtig zur Entscheidung stehen (siehe auch diese Rundschau, 1914, 2. Band, pag. 1155 ff.) scheinen vom Standpunkt des Architektonischen eine durchaus annehmbare Lösung zu finden. Eine genaue Aufnahme der Brandschäden hat ergeben, daß, was den Regierungsbezirk Königsberg angeht, die meist durch vorsätzliche Brandstiftung verursachte Häuserverwüstung nicht den Umfang hatte, der nach den ersten Berichten befürchtet werden mußte. Auch die zuletzt geräumten Gebiete sollen nach Mitteilungen der Regierungskommission keineswegs gänzlich verwüstet sein. Im allgemeinen wird es sich daher nicht um einen völligen Neuaufbau ganzer Ortschaften handeln, vielmehr sind in den zum größern Teil erhaltenen Plätzen einzelne Straßenzüge oder Quartiere auf gute Art und in guter Form wieder einzugliedern. Das bedingt eine Unsumme von Kleinarbeit, die naturgemäß von einer Zentralinstanz nicht geleistet werden kann. Es werden örtliche Organe notwendig, die durch eine über-

geordnete Zentralstelle zusammengehalten sind. In diesem Sinn scheint auch bereits in Königsberg die Entscheidung getroffen zu sein. Die Zentralinstanz wird von der sogenannten Kriegshilfskommission gebildet, an deren Spitze der Regierungspräsident steht, und zu der Sachverständige für alle Gebiete zugezogen werden können und zum Teil auch schon zugezogen worden sind. Ihr fällt es zu die großen, allgemeinen Richtlinien für den Wiederaufbau zu geben, die Voraussetzungen zu schaffen und letztgültige Entscheidungen zu treffen. Für die Leitung der eigentlichen Bauarbeit sollen lokale Instanzen geschaffen werden, derart, daß das Gebiet in eine Reihe von Bezirken aufgeteilt wird, an deren Spitze jedesmal ein Bezirksarchitekt steht. Seine Befugnisse, die eine gewisse Ähnlichkeit mit denen der Bauberatungsstellen haben dürften, sind noch nicht genau abgesteckt; auch ist die sehr schwierige Frage nach der Wahl der geeigneten Personen noch ungelöst.

Als eine wertvolle und höchst wichtige Maßnahme ist schon am 19. Januar dieses Jahres eine Bauordnung für die Gebiete erlassen worden, die von den Russen besetzt gewesen waren. Sie gibt dem Oberpräsidenten das Recht in den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern die sogenannte lex Adickes einzuführen, das heißt, es werden die Streitmöglichkeiten, die sich aus der im allgemeinen Interesse wünschenswerten Umlegung von privaten Grundstücken häufig ergeben, beseitigt. Bei den Bauordnungen können ferner im Interesse eines formal einheitlichen Ortsbilds gewisse Höhengrenzen festgelegt, bestimmte Materialien, Verputze oder Anstriche verlangt und Einordnung in die Gestaltung des Straßenbilds vorgeschrieben werden. Dafür werden die von den Kleinwohnungsbauern dringlich geforderten Erleichterungen betreffs der Mauerstärken usw. gewährt, auch wird in eine Differenzierung der Straßen nach Wohn- und Verkehrsstraßen gewilligt.

Diese Bauordnung als erster Schritt zu der Wiederherstellung Ostpreußens ist vielversprechend. Mit ihr hat eine Reihe der wichtigsten Bestimmungen, die von Volkswirten und Städtebauern zur Förderung der Kleinsiedelung seit Jahren erstrebt werden, Gesetzeskraft erlangt. Ebenso wird dem Wunsch nach einer künstlerischen Einheitlichkeit Rechnung getragen. Es kommt nur darauf an, daß die im einzelnen von den Gemeinden zu erlassenden Bauordnungen in

diesem Geist weiter entwickelt, und daß diese Paragraphen schließlich durch die gestaltende Kraft schöpferischer Persönlichkeiten erfüllt werden, die als Bezirksarchitekten noch zu finden sind.

× **Kleidermode** Der Krieg hat auch das Problem der deutschen Mode aufs Tapet gebracht.

In den ersten Tagen der Kriegserregung, da es als eine vaterländische Notwendigkeit erschien alle fremdsprachigen Firmenschilder zu überkleben, erblickte man auch eine vaterländische Pflicht in der Abkehr vom französischen *Modetand*. Es war natürlich sehr leicht der deutschen Frau in Aufsätzen, in Aufrufen und Versammlungen zu sagen, daß sie sich mit ihren Toilettesorgen in Zukunft von Paris zu emanzipieren habe. Von seiten der Frauen, die sich sonst, soweit sie Geld und Geschmack hatten, gegen alle derartigen Bestrebungen ablehnend verhielten, ist natürlich kein Widerspruch erfolgt. Sie hörten von der Unmöglichkeit aus Paris neue Modelle zu erhalten, hörten etwas von dem nationalen Interesse das viele Geld für ihren Putz im Land zu behalten, und da sie an Opfersinn den anderen nicht nachstehen wollten, so waren sie bereit es von nun an einmal mit einer deutschen Mode zu versuchen. Diese Bereitschaft der Konsumenten ist auch der wesentlichste Aktivposten, der für eine deutsche Mode bislang ins Feld zu führen war. Denn alles übrige ist auch jetzt noch Glaube und Hoffnung. Die Aufgabe selbständig Moden zu schaffen ist in Deutschland für alle beteiligten Kreise, für die Konfektionäre, die Modenzeichner, Künstler, Schneider und Fabrikanten der zahllosen Hilfsindustrien so völlig neu, daß sich in keiner Weise sagen läßt, ob bei diesen Bemühungen auf einen wirklichen Erfolg zu rechnen ist. Wir können gar nichts anderes tun als alle die, die jetzt deutsche Mode machen wollen, ihr Geschick zeigen zu lassen. Man muß abwarten, was aus den vielen Versprechungen, die uns von Schreibern und Rednern gemacht worden sind, herauskommen wird. Daß der Schwierigkeiten unendlich mehr sind, als im ersten Anlauf geglaubt worden war, hat man inzwischen wohl allseitig erkannt. Die vielen Entwürfe, Modelle, Schritte und Unternehmungen, die als untauglich befunden werden mußten, dürften das zur Genüge lehren. Ganze Kategorien

von Menschen: Architekten, Kunstgewerbler, Plakatzeichner, Theoretikerinnen des Eigenkleids, drängen herzu und bilden, da bei uns eine Instanz, die genügend Autorität in Modedingen besitzt, nicht vorhanden ist, eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Sie sind dabei ja sicherlich von den besten Absichten beseelt, nur fehlt ihnen das eine, das gerade für Modedinge unerlässlich erscheint: der gepflegte Geschmack. Etwas Brauchbares dürften zunächst nur die zu bieten haben, die sich mit ihren Vorschlägen recht eng an die gegebenen Linien der Weltmode halten. Alles, was im Gegensatz zum Weltgeschmack stände, was auch nur von ferne den Namen einer deutschen Tracht rechtfertigen würde, wäre nicht nur für jeden zukünftigen Verkehr über die Landesgrenzen hinaus undenkbar sondern auch für die deutschen Frauen selber unannehmbar, die doch in wirklicher Kleidung, nicht in einer Art Verkleidung herumgehen wollen.

× **Kurze Chronik** Der Schöpfer und Leiter des Hamburger Kunstgewerbemuseums Justus

Brinckmann ist gestorben. Er war einer der sorgsamsten Pfleger und eifrigsten Förderer des künstlerisch bestrebten Handwerks. Wie er wohl als erster in Deutschland auf die Affichenkunst eines Toulouse-Lautrec oder der Beggartstaffs hinwies, wie er die Heimatkunst der Vierlande entdeckte, so war er für uns auch der vorzüglichste Vermittler des ostasiatischen Kunsthandwerks. Alles, was er sammelte, zeugt von einer unendlichen Liebe und einem nicht weniger großen Verständnis für das echte Handwerk. × Um der Not der belgischen Spitzenklöpplerinnen zu steuern, die schon in Friedenszeiten dank der Ausbeutung durch ein skrupellos zu nennendes Verlagssystem nicht gering war, ist unter Förderung der deutschen Verwaltung in Brüssel, 23 Rue du Nord, ein Bureau zur Förderung der Spitzenheimindustrie während des Krieges geschaffen worden. Ein gemeinnütziges Unternehmen, das ohne jeden Gewinn arbeiten will, und das durch Ausschaltung des Zwischenhandels die von den Heimarbeiterinnen gelieferten Arbeiten zu einem erheblich niedrigerem Preis herausbringen kann als er sonst für derartige Handspitzen gezahlt werden müßte.